

**GENOSSENSCHAFTSWESEN IM BALTIKUM – GESTERN, HEUTE,
MORGEN**

VERBINDUNG VON PRIVATEM NUTZEN MIT STÄRKUNG DES
GEMEINWOHLS

verfasst von

Jürgen Lewerenz

(Gestützt auf eigene Erfahrungen in acht Jahrzehnten)

Aufgezeichnet Anfang 2021

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Mein Curriculum vitae

**PERSÖNLICHE VORSTELLUNG MIT BEZUG ZUM INHALT DER
AUFZEICHNUNG**

**GEGENSEITIGKEIT ODER GEGENEINANDER – EIN WEG ZWISCHEN
INDIVIDUALISMUS UND KOLLEKTIV
und
GEMEINSAM STÄRKER – DER GENOSSENSCHAFTSIDEE EINE ZUKUNFT
GEBEN**

PAN-EUROPÄISCHE GENOSSENSCHAFTSPRINZIPIEN

GENOSSENSCHAFTLICHE VERBANDSPRÜFUNG

AUFBAU EINES MODERNEN BALTISCHEN GENOSSENSCHAFTSWESENS

WAS KÖNNEN GENOSSENSCHAFTEN AN BESONDEREM BIETEN ?

VERTRAUEN IN GENOSSENSCHAFTEN

STÄDTISCHER UND LÄNDLICHER RAUM

GENOSSENSCHAFTSMITARBEITER SIND DIENER DER KUNDSCHAFT

KLAFFENDE LÜCKE IM BALTISCHEN UND EUROPÄISCHEN
GESELLSCHAFTSGEFÜGE

PROMOTOREN DES WIEDERAUFBAUS DER BÜRGERLICHEN
WIRTSCHAFTSWEISE

NACH DER WENDE ENSTANDENES REGELWERK FÜR GENOSSENSCHAFTEN IN
ESTLAND, LETTLAND UND LITAUEN

**LEBENSSTATIONEN DES VERFASSERS UND IHR BEZUG ZUM
GENOSSENSCHAFTSWESEN UND SEINEM UMFELD**

VORSPANN

**DIE STIFTUNG LIVLÄNDISCHE GEMEINNÜTZIGE UND IHRE
PARTNER**

VOR DER POLITISCH-ÖKONOMISCHEN WENDE IM OSTEN

BERUFSSSTART: GEWERKSCHAFTSBANK IM NACHKRIEGS-
WESTDEUTSCHLAND

FRÜHERE GEWERKSCHAFTSBANKEN IN ITALIEN UND IN DEUTSCHLAND

LATEINAMERIKANISCHE UND KARIBISCHE ARBEITERBANKEN

ANREGUNGEN AUS DER „NEUEN WELT“ FÜR EIN ERNEUERTES
GENOSSENSCHAFTSWESEN IM BALTIKUM

MIKROKREDIT – VOM „KALTEN KRIEG“ BIS ZUR „WENDE IM OSTEN“

STATIONEN AUSSERHALB EUROPAS

CHILE

KOLUMBIEN

URUGUAY

PERU

BANGLADESCH

USBEKISTAN

START INS BEFREITE BALTIKUM UND WAS SICH DARAUS ERGAB

BERATER FÜR DIE WIEDERERRICHTETE ESTNISCHE.: NOTENBANK IM
AUFTRAG DER EU-KOMMISSION

DER VORLAUF: ESTLAND IN DER FRÜHEN NACH-WENDE-ZEIT

STEINIGER WEG ZU EINER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WÄHRUNG FÜR
ESTLAND (UND DAMIT ZUM EURO)

GEMEINSAMER AUFBAU EINES MODERNEN BALTISCHEN
GENOSSENSCHAFTSWESENS AUS EIGENER KRAFT

MEINE LITERARISCHE BEFASSUNG MIR DEM BALTISCHEN
GENOSSENSCHAFTLICHEN UND KOMMUNALEN BANKWESEN

BEZÜGE ZUR ÖSTLICHEN OSTSEE IN MEINEM FAMILIEN-LEBEN

MEIN LANGER WEG VON DER OSTSEE IN DIE WELT UND WIEDER AN DIE
OSTSEE ZURÜCK

OSTSEE-FAMILIE

EINHEIRAT IN EINE FAMILIE „BERGISCHER ADLIGER“ MIT BEZIEHUNG ZU
LIVLAND

SCHLUSSWORTE

Einleitung

Zur Einleitung dieser Aufzeichnung stelle ich mich persönlich und gleichzeitig mit Bezug zum Gegenstand der Aufzeichnung vor.

Mit Hilfe der Darstellung meines Weges in die Region Baltikum lenke ich den Blick auf die **Grunderfordernisse für die Aktivierung der Leistungskraft des sog. Mittelstandes** (= kleinere Selbständige in Stadt und Land, aber auch andere mit bescheidenem Einkommen).

Genossenschaftliche Verhaltensweisen und Strukturen, wie sie im Baltikum bis zum „Zweiten Weltkrieg“ überall erfolgreich arbeiteten, stehen dabei an erster Stelle.

Der Leser wird feststellen, dass viele Kapitel sich kritisch mit „Gemeinschaftssinn“ und „Gemeinwohl“ befassen. Das Genossenschaftswesen hat auch die Stärkung dieser Kernelemente der gedeihlichen Entwicklung der Bürgergesellschaft zum Ziel und ist deshalb – auch ohne besondere Hervorhebung – immer mit von der Partie.

Vom Bürgertum getragene **„echte“ Genossenschaften sind im Baltikum noch nicht wiedererstanden**, weil die Einsicht in ihre Notwendigkeit fehlt und auch weil die formalen Voraussetzungen noch nicht geschaffen wurden. Die Politik ist hier zu Reformen aufgerufen, beginnend mit einem adäquaten **Regelwerk für Genossenschaften**.

Diese Aufzeichnung will zu **baltischen Aktionen für die „Renaissance bürgerlicher Genossenschaften“** ermutigen, möglichst in einem grenzüberschreitenden baltischen Verbund und begleitet von Kooperation mit anderen EU-Ländern.

Mein „curriculum_vitae“

Meine (**ostpreußische**) Herkunft aus einer Familie mit enger Verbindung zu einer dortigen **landständischen Gegenseitigkeits-Bank** und die Umstände nach dem Zweiten Weltkrieg führten mich (1953) zur damals neuen **Bank für Gemeinwirtschaft**, bei der ich lernte und fünf Jahre tätig war, bevor ich Jura und Verwaltungswissenschaften studierte, promovierte und nach dem **Ersten Juristischen Staatsexamen** Referendar bei der **Deutschen Bundesbank** wurde.

Gleich nach dem Bankassessor-Examen wurde ich für die Beratung der **kolumbianischen** Behörde für **Genossenschaftsaufsicht und -förderung** (1968-71) beurlaubt.

Nach der Rückkehr ließ ich mich zum **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** – BMZ versetzen, dem ich bis zur Pensionierung – 2001 - angehörte.

Dem ersten Kolumbien-Einsatz schloß sich (1980-83) die Beratung einer großen **ländlichen Genossenschaft** im gleichen Lande an.

Von 1973 bis 1976 war ich Entwicklungshilfe-Referent an der deutschen **Botschaft in Lima** und übte später (1996-99) eine gleiche Funktion **in Dhaka** aus.

1991 wurde ich „Nationaler Experte“ für den Bereich Finanzwesen bei der **EU-Kommission** (PHARE), die mich (1992-93) als Berater für die estnische Nationalbank (**Eesti Pank**) einsetzte, wo ich die neue **Landeswährung** konzipierte und bei ihrer Einführung half.

Seitdem widme ich mich (bis zu meinem Ausscheiden aus dem Dienst, neben meinen hauptberuflichen Funktionen) ehrenamtlich dem **Wiederaufbau der bürgerlichen wirtschaftlichen Selbsthilfe in den baltischen Ländern**, was mich und die von mir (2011) errichtete **„Stiftung Livländische Gemeinnützigke“** mit der **„Deutschbaltischen Studienstiftung“** zusammenführte, die dereinst das von mir begonnene Werk fortsetzen wird.

Ich habe nicht nur in vielen Ländern auf meinem Spezialgebiet „Genossenschaftswesen“ gearbeitet, sondern auch – auf jeder meiner Stationen – über längere Zeit eng mit den dortigen Menschen zusammengelebt.

Um dem Leser einen Einblick in meine persönlichen Prägungen zu verschaffen, habe ich ergänzend einiges dazu am Ende dieser Ausarbeitung dargestellt.

Ich bezwecke mit meinen bisweilen anekdotenhaft formulierten Wahrnehmungen bei meinem Gang durch die Welt allerdings weniger die Belustigung des Lesers, als die Schärfung des Blicks für fundamentale Usancen und Strukturen einer gedeihlichen, von den Bürgern wesentlich mitgestalteten Gesellschaft.

(Deshalb schließen sich vielen „Anekdoten“-Kapiteln - als „Kondensate“ gekennzeichnete - Nutzenanwendungen an.)

Seit zwei Jahren entwickeln sich dynamisch Synnergien zwischen der „**Stiftung Livländische Gemeinnützig**“ und der „**Deutschbaltischen Studienstiftung**“, sowie deren „Marke“ „**Deutsch-Baltisches Jugendwerk – DBJW**“.

Jüngstes Ergebnis ist das Angebot eines **Forschungsstipendiums** für Deutsche und Balten, das aus dem Vermögen der „Stiftung Livländische Gemeinnützig“ (seit Anfang des Jahres 2020 von einer Ewigkeits- in eine Verbrauchsstiftung umgewandelt) finanziert wird.

(S. dazu auch die Web-Sites www.dbjw.de und www.livlaendische-gemeinnuetzige.org .)

Ein etwa zeitgleich entstandener Ansatz ist meine Vereinbarung mit dem **estnischen „Ministerium für ländliche Angelegenheiten“**, sich – als Vorstufe einer umfassenden Reform des baltischen Genossenschaftswesens - der zeitgerechten Gestaltung des **Genossenschaftsrechts in den drei baltischen Ländern** zuzuwenden.

Ich knüpfe eingangs an eine einige Monate später abgehaltene weitere deutschbaltische Veranstaltung (= „**Deutsch-Baltische Konferenz Digital 2020**“) an, auf der das Thema dieser Ausarbeitung behandelt wurde; auf ihr wurde – unter anderem – auch das Thema „**Baltisches Genossenschaftswesen**“ behandelt und zwar unter dem Motto:

**„GEGENSEITIGKEIT ODER GEGENEINANDER – EIN WEG ZWISCHEN
INDIVIDUALISMUS UND KOLLEKTIV“**,

In deren – digitalem - „**Diskussions-Forum**“ (siehe www.dbjw.de , dort weiterhin abrufbar unter **Cluster A**, Motto: „**Mutuality or one against the other – a way between individualism and collectivism?**“) wurde Wesentliches zum Thema publiziert.



Mein Anwesen in Estland (Gemeinde Lääne-Nigula, Teilgemeinde Pürksi), erworben 1996, gemeinsam mit meiner (inzwischen verstorbenen) Ehefrau Christa wiederaufgebaut und an die Ver- und Entsorgungssysteme angeschlossen. 2017 von mir schenkweise an den schwedischen Verein (sog. estnischer Strandschweden) „Rickul-Nuckö Hembygdsföreningen“ (www.rnhf.se; info@rnhf.se) mit der Bedingung übertragen, es weiterhin nutzen zu dürfen.

GEMEINSAM STÄRKER – DER GENOSSENSCHAFTSIDE EINE ZUKUNFT GEBEN

Dieses dem zuvor erwähnten verwandte Motto wurde ausserdem als Kapitel-Überschrift ausgewählt, weil dieses auch den Mitte Mai dieses Jahres (= 2021) stattfindenden - „Wirtschaftskurs“ des „**Deutschbaltischen Jugend- und Studentenringes e.V.**“, Darmstadt, - bestimmen soll.

(Die Veranstaltung ist eng **mit den „Deutsch-Baltischen Konferenzen“ vernetzt und damit auch mit meiner Arbeit im Namen der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ und in meinem eigenen Namen.**)

● PAN-EUROPÄISCHE GENOSSENSCHAFTSPRINZIPIEN

Eingangs zu diesem Kapitel Grundsätzliches zum **traditionellen Genossenschaftswesen**, wie es heute noch in Westeuropa praktiziert wird und wie es vor dem „Zweiten Weltkrieg“ auch überall im Baltikum zu Hause war.

Zunächst die gesetzliche Definition der Unternehmensform Genossenschaft im deutschen Genossenschaftsgesetz – GenG:

§ 1 Wesen der Genossenschaft

(1) Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern (Genossenschaften), erwerben die Rechte einer "eingetragenen Genossenschaft" nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Ein Beleg dafür, dass sich die noch heute in Deutschland anerkannten Grundgedanken auch im Regelwerk des Genossenschaftswesens im Zwischenkriegs-Baltikum finden, ergibt sich etwa aus einer lettischen Quelle in deutscher Sprache (= „Rigasche Zeitschrift für Rechtswissenschaft“, 10. Jahrgang 1937/38, 4. Heft, Randziffern 210 ff.), in der die am 17.06.1937 im lettischen Ministerkabinett verabschiedete (aber wegen der Zeitumstände nicht in Kraft getretene) Novellierung der noch aus der russischen Zeit stammenden genossenschaftsrechtlichen Bestimmungen kommentiert wird.

(Ergänzende Anmerkung: Die lettische Novelle enthält auch einige der heutigen europäischen Werteordnung zuwider laufende – man kann es so benennen – rassistische Neuerungen, die zeigen, dass die damalige lettische Legislative durchaus für das offen war, was in Deutschland schon einige Jahre zuvor durchgesetzt worden war.. Dieses „giftige“ Erbe ging mit dem Land 1939 unter.)

Dort gibt es auch eine „Legaldefinition“. Sie lautet:

„Danach bezwecken die Genossenschaften neben der gemeinsamen Vollbringung wirtschaftlicher Aufgaben die Förderung des materiellen und geistigen Wohlstandes nicht nur der Mitglieder, wie es bisher vorgesehen war, sondern auch der übrigen Einwohner ihres Tätigkeitsbereiches.“

Dies greift auf das zurück, was bei seinem Inkrafttreten noch auf das gesamte „Russische Reich“ ausgerichtet war (zu dem die „baltischen Ostseeprovinzen“, also die heutigen Länder Estland, Lettland und Litauen, ausgerichtet war, nämlich das „Russische Genossenschaftsgesetz“ vom März 1917 (Kerenski-Regierungszeit).

Dieses – in der späten „Zarenzeit“ vorbereitete – Gesetz konnte wegen des bolschewistischen Umsturzes im russischen Kernland (und den sowjetisch gewordenen Gebieten nicht mehr angewandt werden, wurde aber nach der Unabhängigkeit der Länder Estland und Lettland von diesen (bis zu ihrem Untergang 1939) fortgeführt.

(Eine weitere Quelle in diesem Zusammenhang ist: Liudmila Isaenko. „Die Lage der russischen Genossenschaften während des Ersten Weltkrieges“. In: „125 Jahre Genossenschaftsgesetz 100 Jahre Erster Weltkrieg“. Hrsg. Heinrich-Kauffmann-Stiftung, Adolph von Elm-Stiftung. S. 207-226. Beiträge zur 9. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte am 7.-8. Nov. 2014 im Hamburger Gewerkschaftshaus.)

Für die ehemals ebenfalls unter russischer Herrschaft stehenden Gebiete, nämlich Litauen und östliches Polen, fehlen dem Verfasser über Einflüsse des russischen Genossenschaftsgesetzes auf deren nationales genossenschaftliches Regelwerk eindeutige Belege. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass es auch dort

Fortwirkungen gab.

(Was Polen angeht, dürfte auch das seinerzeitige deutsche Genossenschaftsrecht, das auch für die Preußen bzw. Deutschland zugefallenen westlichen Gebietsteile galt, dort Spuren hinterlassen haben.)

Zusammenfassend kann ausgesagt werden, dass bis zum „Zweiten Weltkrieg“ in Estland und Lettland für das Genossenschaftswesen die gleichen Grundregeln galten. Für Litauen und Polen kann angenommen werden, dass auch bei diesen Ländern das russische Gesetz deutliche Spuren hinterlassen hat.

Das deutsche Genossenschaftsrecht von 1889 hat die Gestaltung des russischen Gesetzes von 1917 stark geprägt. Beide Rechtsordnungen sind also inhaltlich miteinander verwandt. Auch wenn das deutsche Genossenschaftsrecht in der Folgezeit wiederholt verändert wurde, kann man von einer – bis heute geltenden, - fundamentalen Konvergenz von deren Grundanliegen ausgegangen werden.

Die zitierte heutige deutsche Definition kann demzufolge als Referenz auch für die Gestaltung des künftigen baltischen Genossenschaftsrechts eingesetzt werden, was hier unternommen wird.

Russland war zwar schon mit der „Oktoberrevolution“ aus dieser Gemeinschaftskultur ausgeschieden, aber die baltischen Länder konnten ihre traditionelle **Lebensart bis zum Zweiten Weltkrieg** fortsetzen.

Für den Bruch der Traditionen am Ende der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind **nicht allein die sowjetischen Aggressoren** verantwortlich, sondern **ebenso sehr deren nationalsozialistische Antagonisten**.

Die **Verankerung** der bürgerlichen Wirtschafts-Usancen, sowohl **im Zarenreich**, als auch in Deutschland, wurde seinerzeit **keineswegs als von außen aufgezwungen** empfunden, sondern eher als **Ausdruck europäischer Gemeinschaftlichkeit über nationale Grenzen hinweg**.

Ich skizziere jetzt, an die speziell auf Rußland und das Baltikum ausgerichteten Ausführungen anknüpfend, einige ganz Europa angehende **genossenschaftliche Grundprinzipien**, verbunden mit deren **Schicksal im Verlauf der konfliktreichen politischen Entwicklung** in unserem Kontinent:

Genossenschaften sind „**offene**“ **Assoziationen**, was bedeutet, dass sie niemand in Bezug auf seine Mitgliedschaft diskriminieren dürfen.

Dem steht nicht entgegen, dass sie sich auf Tätigkeiten in bestimmten Wirtschaftszweigen oder in gewissen Regionen spezialisieren, wenn sie deswegen aber niemand ausschließen.

Genossenschaften haben ein doppeltes Ziel, nämlich zum einen, ihre **Mitglieder** wirtschaftlich zu **fördern** und, zum anderen, **allgemeinere gesellschaftliche Anliegen** – im Gesetz als „**soziale oder kulturelle Belange**“ formuliert (und von mir im Titel dieser Abhandlung als „**Stärkung des Gemeinwohls**“ ausgedrückt) – **im Blick** zu haben.

(Derartiges wird allgemeinen Wirtschaftsunternehmen nicht abverlangt.)

Dieses noch heute in Westeuropa allorts erfolgreich arbeitende System hat die Bürgerschaft und die sie tragende Gesellschaftsordnung (wie zuvor auch in der baltischen Region) vor dem Untergang in einer der vielen Krisen – die meist gravierender als die heutigen waren – bewahrt.

Das Genossenschaftswesen – im Westen und gleichermaßen im Osten Europas – erwuchs in der Zeit der „Industriellen Revolution“ aus den sich an die Herausforderungen der Zeit anpassenden Assoziationen der Bürgerschaft.

Die regionalen (bzw. nationalen) Genossenschaften entwickelten sich in den einzelnen Regionen unseres Kontinents zwar autochthon, doch – bis zu den Gewaltakten der autoritären Herrschaften im 20. Jahrhundert - nie abgekapselt gegen Einflüsse von außen, sondern vielmehr im vertrauensvollen, dem wechselseitigen Nutzen verpflichteten Austausch mit Gleichgesinnten in Ost und West.

Trotz der vielen der parallel laufenden regionalen Entwicklungen ergaben sich überall in Europa einander recht ähnliche Lösungen.

Diese Einheitlichkeit ist das Ergebnis des autonomen Zusammenwirkens legitimer Vertreter der europäischen Bürgergesellschaften - über die jeweiligen Herrschaftsgrenzen hinweg.

Die Genossenschaften setzen dabei auf Erfahrungen aus den vorindustriellen (berufsständischen oder nachbarschaftlichen) Ordnungen des Bürgertums in und bewahrten die Grundideen „Egalität“ und „Gegenseitigkeit“ – mithin bis heute akzeptierte typische Ausdrucksformen der Demokratie.

Sie mußten zugleich um das Vertrauen der staatlichen Autoritäten – vor allem für den Aufbau eines adäquaten gesetzlichen Regel-Systems und für die Aufsicht über dessen Einhaltung - werben.

Dabei kam den Promotoren des Genossenschaftswesens zugute, dass auch die traditionellen Führungskräfte in Politik, Staat und Wirtschaft ebenfalls neuen Herausforderungen ausgesetzt waren, weshalb sie auf die vertrauensvolle Mitwirkung der Vertreter des (an Einfluss gewinnenden) Bürgertums angewiesen waren.

Das Bürgertum schützte durch diese Partnerschaft sowohl sich selbst, als auch die Modernisierung des Staatswesens in Richtung Demokratie.

Alle am Prozess Beteiligten waren sich – damals - bewusst, auf einander Rücksicht nehmen zu müssen, um allseitigen Erfolg zu bewirken (eine Überzeugung, die in Osteuropa allerdings noch wiedererweckt werden muss).

Das damals entstandene, bis heute in seinen Grundprinzipien (zumindest im Westen Europas) erhaltene Rahmenwerk für das bürgerliche Genossenschaftswesen spiegelt sich (zumindest im Westen) im weiterhin vertrauensvollen Zusammenwirken zwischen öffentlichen Autoritäten und Vertretern der Genossenschaften – dies ist einmalig im Wirtschaftsleben – wider.

(Die **Regelwerke**, sowohl die russischen als auch die baltischen, sind – seit 1917/18, was Russland angeht und seit 1939, was die baltischen - und auch andere osteuropäische - Länder angeht - „**tiefgefroren**“, d.h. in den Archiven lagernd, erhalten und harren des „**Auftauens**“, um in den Dienst der gedeihlichen Entwicklung ganz Europas – wozu ich Russland durchaus rechne - gestellt zu werden.)

Wie überall in Europa, entstand in der „Industriellen Revolution“ in Russland (also auch im Baltikum) ein organisiertes Industrieproletariat, das aber selten von unten nach oben organisiert war, sondern meist von oben nach unten, entweder über Unternehmer-Sozial-Einrichtungen oder als von Gewerkschaften errichtete Gebilde.

Typische Einrichtungen für die Zielgruppe Arbeiter sind Konsum- oder Wohnungs-Genossenschaften.

Viele dieser Einrichtungen blieben in der Sowjetzeit bestehen, da sie der Staatsführung genehm waren, wurden aber in aller Regel **nach der Wende privatisiert**, das heißt, sie gingen in Hände ohne Beziehung zur Arbeiterschaft über oder brachen zusammen, weil sie schlecht geführt oder ausgeplündert wurden.

Da die deutschen Genossenschaften, allen Wirren der Zeit zwischen dem Ende der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und der „Wende im Osten“ zum Trotz, eine gewisse Kontinuität in ihrer Entwicklung bewahren konnten, bietet es sich an, beim Wiederaufbau dieser bürgerlichen Assoziationen im Baltikum (und auch anderswo im Europas Osten) das spezifische deutsche Know-how zu nutzen.

Das „Wissen und Können“ auf diesem Gebiet befindet sich vor allem in den Händen der etablierten Genossenschaftsverbände im Westen Europas bzw. in den Händen mit ihnen verbundener Facheinrichtungen (etwa Hochschulen) befindet.

(Gegen eine Aufwandsentschädigung, bisweilen vielleicht sogar kostenfrei, kann deren „Wissen und Können“ abgerufen werden.)

Die Verbände verfügen auch über Einrichtungen der beruflichen Aus- und Fortbildung. Diese, wiederum, haben Verbindungen zu einschlägigen Abteilungen von Hochschulen.

Die heute in Deutschland vorhandenen Modalitäten sollten allerdings nicht einfach kopiert werden, denn auch hierzulande haben durchaus Fehlentwicklungen stattgefunden; ein kritischer Blick ist stets vonnöten.

Eine bedenkenswerte Erkenntnis aus dem deutschen Genossenschaftswesen betrifft die Praxis beim genossenschaftlichen Prinzip „Jedes Mitglied hat in den Gremien nur eine Stimme“:

In den westlichen Massengesellschaften hat es sich eingespielt, dass die Genossenschafts-Mitglieder sich in aller Regel von Vertretern repräsentieren lassen.

Vertretungs-Kandidaten-Listen werden, nach Abstimmungen mit – ebenfalls auf diese Weise ins Amt Gewählten – von der Leitung der Genossenschaft erstellt und verteilt.

Dieses Verfahren kann zu unerwünschten „Kartellen“ zwischen Kandidaten und der Genossenschafts-Leitung führen, dem vorzubeugen ist.

Eine Option wäre, gleichzeitig mit den Kandidaten-Listen alternative Abstimmungs-Vorgaben zu spezifizieren. Falls keine Vorgaben gemacht werden, könnte die Vollmacht hinfällig werden.

Eine weiter gehende Variante in diesem Sinne könnte sein, die Steuerung der Genossenschaft in die Hände einer – nach demokratischen, genossenschafts-typischen Prinzipien errichteten und

geführten gemeinnützigen - „Ewigkeits-)Stiftung zu legen.

● GENOSSENSCHAFTLICHE VERBANDSPRÜFUNG

Genossenschaften haben den Auftrag „den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange zu fördern“.

Genossenschaften verfolgen also einen doppelten, so in der allgemeinen Wirtschaft nicht anzutreffenden, Zweck..

Zum einen dienen sie individuellen Bedürfnissen, nämlich denen der Mitglieder (und der mit ihnen verbundenen Individuen), zum anderen sollen sie auch das Gemeinwohl (ausgedrückt durch die Worte „soziale oder kulturelle Belange“) unterstützen.

(Es erscheint müßig, eine Rangordnung zwischen den Teilen des Doppelzwecks abzuleiten, denn sie sind gedanklich, praktisch und politisch miteinander verwoben.)

Einzigartig im Wirtschaftsleben ist das System der strikten Selbstkontrolle (genannt: Genossenschaftliche Verbandsprüfung), gekoppelt mit der staatlichen „Verleihung“ (s. stellvertretend für ähnliche nicht-deutsche Regelungen, §§ 63 und 63a GenG) des Prüfungsrechts an einen auf Eignung hierfür überprüften genossenschaftlichen Verband.

Die (bürgerlichen) Staaten drücken durch diese effektive, zugleich aber die genossenschaftliche Autonomie voll respektierende, Mitwirkung aus, dass sie den Genossenschaften hohen Stellenwert für die gedeihliche Entwicklung der Gemeinwesen und der Sozialstrukturen zuschreiben und zugleich, dass sie deren Selbststeuerung bewahren, also keinesfalls einengen wollen.

(Andererseits machen diese Ausführungen klar, warum autoritäre Regime – sowohl linker, wie auch rechter Couleur, ebenso wie ihre Epigonen - freie Genossenschaften unterdrücken.)

Die (in rechtliche Staatsaufsicht eingebundene) Verbandsprüfung schafft Vertrauen, nicht nur der Mitglieder in ihre Genossenschaft (das bedeutet, in das korrekte, kompetente und Risiken vermeidende Handeln ihrer Bediensteten), sondern auch des Publikums, also aller, die irgendwie mit ihr in Verbindung kommen.

Das Ergebnis der Überprüfung wird (s. auch hierzu das deutsche Genossenschaftsgesetz, in diesem Falle § 58) ist – neben dem Vorstand – auch dem Aufsichtsrat der Genossenschaft, seiner Leitung, aber auch seinen einzelnen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht.

(Gerade diese Modalität sollte in neuen genossenschaftliche Regelwerken im Baltikum ihren Platz finden, denn sie ist für die Mitglieder des Aufsichtsrates das besonders geeignete Werkzeug, um das Handeln des Management der Genossenschaft – im Interesse aller, die mit ihr in Verbindung treten, nachzuvollziehen, zu beurteilen und, falls Beanstandungen festgestellt wurden, Korrekturen einzuleiten.

Genossenschaftler, die sich über die einfache Mitgliedschaft hinaus in „ihre“ Genossenschaft einbringen wollen, sollten deshalb für den Aufsichtsrat kandidieren und um Unterstützer ihrer Kandidatur werben.

Sie lernen in einem für sie überschaubaren Rahmen die praktische Seite der **Wirtschaftsdemokratie** kennen und werden mit den Dingen vertraut, die ihre Fortentwicklung begünstigen oder behindern.)

Der Name „Genossenschaftliche Verbandsprüfung“ besagt, dass diese Form der Beaufsichtigung in den Händen für die Aufgabe professionell gerüsteter genossenschaftlicher (nationaler, regionaler oder auf Berufssparten spezialisierter) Verbände liegt.

Diese Form der Wirtschaftsprüfung ist in aller Regel effektiver, vor allem tiefer gehend, als es staatliche Aufsicht je sein kann, weshalb es immer wieder Stimmen – auch aus Genossenschafts-Management-Kreisen – gibt, die weichere Aufsichtskriterien wünschen.

Weil die Prüfungsberichte so aussagekräftig sind, griffen und greifen die Staatsorgane (früher im Baltikum und in Deutschland bis heute) – etwa bei der Staats-Aufsicht über Kreditinstitute und Versicherungen – gern auf Erkenntnisse der Verbandsprüfung zurück, weil der Staat nur so wirklich tief gehende Erkenntnisse über Genossenschaften erhält.

Das erleichtert dem Staat die Wahrnehmung seiner Aufgaben für das Gemeinwohl und stärkt zugleich die Reputation von Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftsgefüge.

Die Prüfer erhalten stets **freien und unbeaufsichtigten Zugang** zu allen Einrichtungen der Genossenschaft und zu ihren **werthaltigen Beständen**; sie beginnen meist mit einer „**Bestandsaufnahme**“ (auch „Status“ genannt) und deren Niederschlag in den **Büchern**.

(Falls es die Umstände erfordern, finden Prüfungen auch ohne Vorankündigung statt.)

Verbandsprüfer unterliegen **keinerlei Weisung**, insbesondere nicht solcher von Seiten der Leitung der Genossenschaft.

Sie überprüfen **nicht nur** die **formale Ordnungsmäßigkeit** ihres Rechnungswerks, sondern sie **durchleuchten** auch das **persönliche Umfeld** der Bediensteten, vor allem der Leitungspersonen.

(Dies gilt **insbesondere** für Genossenschaften im Bereich „**Finanzwesen**“, weil diese sich vorzugsweise auf „**mit anderer Leute Geld**“ stützen und weil Fehlentwicklungen bei diesen weit über die betreffende Genossenschaft und ihre Mitglieder hinausreichende Schäden anrichten können.)

Die Verbandsprüfung überprüft auch die **Professionalität** des Personals in fachlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf angemessenes „**genossenschaftliches**“ **Verhalten** – was sich etwa im Verhalten der Mitarbeiter als **Diener** der Genossenschaftsmitglieder und der sonstigen Kundschaft gegenüber manifestiert.

Das baltische Genossenschaftswesen der Vorkriegszeit betreffend ist hervorzuheben, dass es dort den heute in Deutschland existierenden durchaus vergleichbare erstklassige Einrichtungen für die **Aus- und Fortbildung** für alle Personal-Ebenen verfügte, die angehenden bzw. schon amtierenden **Verbandsprüfer** an vorderer Stelle.

Entdeckte Unzulänglichkeiten dokumentieren die Prüfer nicht nur, sondern sie schlagen auch (Stichwort: **Beraterfunktion**) **Maßnahmen für Verbesserungen** vor, was bis zur Ablösung von Führungspersonen und sogar zur Verschmelzung der beanstandeten mit einer anderen Genossenschaft führen kann.

In Deutschland – ähnlich, wenn auch nicht völlig deckungsgleich war es auch in den baltischen Ländern bis zum „Zweiten Weltkrieg“ geregelt – hängt die **Zulassung einer Genossenschaft zum Geschäftsbetrieb** von ihrer Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband ab, der den Mitgliedschafts-Aspiranten **vor** einer positiven **Aufnahme-Entscheidung intensiv überprüft**.

(Ein hier durchaus relevanter Exkurs in die Zeit der großen Finanzkrise zu Anfang dieses Jahrhunderts:

Hätte es die „Verbandsprüfung“ im deutschen Genossenschaftswesen nicht gegeben, wären die Genossenschaftsbanken spätestens in der tiefen Krise des Kreditwesens am Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts in große Bedrängnis geraten, vielleicht sogar ausgelöscht worden.

Die den deutschen Genossenschaftsbanken wesensnahen Sparkassen verfügen über ein der genossenschaftlichen Verbandsprüfung ähnliches System der Selbstkontrolle, was auch sie davor bewahrt hat, in den Sog der eben erwähnten Krise zu geraten.

Als Gegenbeispiel:

Die dem Sparkassensektor eng verbundenen „Landesbanken“ sind damals nicht zuletzt deshalb in Schwierigkeiten geraten, weil man es bei der weit **weniger effektiven Staatsaufsicht** beließ, was dem Management große Freiheiten einräumte, die dieses zu gewagten, oft ruinösen Geschäften verführte.)

An dieser Stelle ein – zeitgemäßer - Einschub zur Vernachlässigung des bürgerlichen Genossenschaftswesens im Baltikum nach der „Wende“ und zur – gerade im Baltikum recht aussichtsreichen - „Repatriierung“ des ererbten Genossenschaftswesens, um mit seiner Hilfe den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden der Corona-Pandemie entgegenzusteuern:

Die – nunmehr schon drei Jahrzehnte zurückliegende - „Wende“ im Osten Europas brachte zunächst ein Machtvakuum, eine umfassende Freiheit von jeglicher obrigkeitlicher Kontrolle und zugleich das Fehlen jeglicher Begrenzung ausbeuterische Willkür.

Das führte dazu, dass zunächst zwielichtige Ausbeuter der Hinterlassenschaften der sowjetischen Herrschaft Beute machten.

Diese wurden relativ bald von (mit den neuen Staatsorganen kooperierenden) kapitalmächtigen westlichen Unternehmungen verdrängt, die zur Sicherung ihres Geschäfts die Vorherrschaft von Recht und Ordnung etablierten.

Es entstand ein „neoliberales“ Wirtschaftssystem, das im In- und Ausland überzeugte, weil es als Gegenstück zu dem verstanden wurde, was bis zur „Wende“ vorherrschte, nämlich der Funktion der Obrigkeit als allmächtiger Unterdrücker jeglicher Bürger-Freiheit und gleichzeitig als Förderer ihm besonders genehmer Günstlinge.

Gegengewichte in Gestalt bürgerlicher Assoziationen im Wirtschaftsleben – sprich: Genossenschaften, wie sie im Baltikum früher der Dominanz gewinnmaximierender Unternehmen entgegengewirkt hatten – blieben unter der neuen Ordnung unerwünscht, wie schon im Sozialismus.

Die im Geiste des Inkaufnehmens obrigkeitlicher Allmacht erzogenen Bürger nahmen Misshelligkeiten, wenn auch oft murrend, einfach hin.

Die vor allem in den ersten Jahren nach der „Wende“ recht üppig und oft allzu freizügig vergebenen westlichen Wirtschaftshilfen verhinderten politischen Druck in Richtung Wirtschaftsdemokratie – einem Kernelement der europäischen Grundwerte-Ordnung und damit – bis heute – eine umfassende EU-Konvergenz, nicht zuletzt im Aktionsfeld „Genossenschaftswesen“.

Die Auslandshilfe wurde (und wird immer noch) als Auswüchse der entfesselten Wirtschaft kompensierendes Surrogat für auf bürgerlicher Selbstorganisation ruhender Marktgegenmacht empfunden, nicht zuletzt, weil Dienstleistungen für die Allgemeinheit (aus den EU-Fonds) entgolten werden; ehrenamtliches Wirken kann in einem solchen Klima nicht gedeihen.

Das Fehlen bürgerlichen Genossenschaften (und von nicht-kommerziellen Selbsthilfe-Einrichtungen) dürfte nach dem Abklingen der Corona-Pandemie die – vor allem im Osten Europas, also nicht zuletzt im Baltikum – die dortige Lücke im Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge offenbar machen.

Die für die Gesundung dieser Länder und ganz Europas dringend benötigte Mobilisierung der bürgerlichen Leistungskraft wird – spätestens dann - schmerzhaft fühlbar werden und langfristig wirkende Nachteile nach sich ziehen.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn wenigstens zunächst - auf den überlieferten Grundprinzipien ruhende - Regelwerke für Genossenschaften; eine ernsthafte „Verbandsprüfung“ durchaus eingeschlossen - im Sinne der hier gemachten Vorschlägen in den baltischen EU-Staaten wiedererstanden würden.

Die Staatslenker in den baltischen Staaten sind ihren Bürgern – seit nunmehr drei Jahrzehnten - eine formale, aber in diesem Zusammenhang fundamentale „Handreichung“ schuldig geblieben, nämlich die Tradition fortentwickelndes gesetzliches Regelwerk für Genossenschaften.

Lösen sie (spätestens) jetzt – angetrieben durch die Corona-Krise – diese Obliegenheit, selbstverständlich in Abstimmung mit legitimierte Bürgervertretern, ein, verschaffen sie ihren Bürgern ein „Geländer“, das ihre Schritte in Richtung Aufbau von Selbsthilfe-Strukturen sichert, wie sie überall in den „alten“ EU-Ländern bis heute gelten und angewandt werden und wie sie, in gleicher oder ähnlicher Form, einst auch im Baltikum heimisch waren.

Erst wenn dieses Rahmenwerk installiert ist, können Bürgerassoziationen solche Selbsthilfe-Einrichtungen – vor allem Genossenschaften – rechtlich abgesichert entwickeln und in den Wirtschaftsverkehr einbringen.

Deren geschäftlicher und zugleich das Gemeinwohl stützender Erfolg, sowie die von ihnen erwarteten Verbesserungen im Wirtschafts- und im Gesellschafts-Gefüge hängen – selbstverständlich – vom Zusammenhalt innerhalb der bürgerschaftlichen Gruppierungen, ihrem Geschick in Wirtschaftsdingen, ihrer Ehrlichkeit und der Wirksamkeit ihrer Kontrollmechanismen ab.

Die Hauptverantwortung verbleibt also bei der (organisierten) Bürgerschaft. Sie muss aber, mit (formaler) Hilfe der Staatslenkung, in die Lage versetzt werden, diese Verantwortung – nicht zuletzt zur allmählichen Linderung der gravierenden Schäden infolge der Corona-Krise - übernehmen zu können.

● AUFBAU EINES MODERNEN BALTISCHEN GENOSSENSCHAFTSWESENS

Dokumentationen aus der Zwischenkriegszeit sind in allen baltischen Ländern (in den jeweiligen Landessprachen und auf Deutsch) weitgehend erhalten; sie sind noch heute brauchbare „Wegweiser“ für eine **zukunftsichere** Neugestaltung des Genossenschaftswesens im Sinne der **europäischen Werteordnung**.

Der Wiederaufbau kann deshalb notfalls auch ohne Mitwirkung von Genossenschaftlern aus den „alten“ EU-Ländern, also **aus eigener Kraft**, zumindest begonnen werden.

Die Archive sind bis heute in Sachen Vorkriegs-Genossenschaftswesen reich bestückt.

Allerdings erfordern Nachforschungen Spürsinn, zum einen weil Stichwortkarteien entweder vollständig fehlen oder, wenn neue Karteien angefertigt wurden, deren Ordnung immer noch eher den sowjetischen, als den überkommenen europäischen Systemen folgt.

Wer die Hinterlassenschaften bedeutender wissenschaftlicher Einrichtungen (z.B. die 150 Jahre umfassenden periodischen Dokumentationen der "Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät" - der Namenspatronin der "Stiftung Livländische Gemeinnützig") auswerten will, muss zum einen wissen, in welcher Form solche Sammlungen üblicherweise aufgebaut sind und zudem muss er auch die deutsche Sprache beherrschen – die frühere *lingua franca* des Baltikums.

Initiativen in diesem Sinne würden schon **in naher Zukunft** nicht nur den Mitgliedern von Genossenschaften zugute kommen, sondern – wegen des oben beschriebenen doppelten Zielansatzes von Genossenschaften – auch ihre **nationalen Gesellschaften stabilisieren**.

Profitieren würden vor allem die stets um ihre Existenzsicherung kämpfenden „**Normalbürger**“ und ihr Umfeld.

Sie würden zu einem – früher auch im überall im Baltikum anzutreffenden – krisenfesten System zurückkehren und damit, zumindest was das genossenschaftliche Rahmenwerk angeht, wieder mit Westen gleichziehen.

(Genossenschaften bedienen noch heute in Deutschland und auch anderswo in West-Europa vor allem die zahlenmäßig größte Gruppe in jeder bürgerlichen Gesellschaft, nämlich diejenigen, die weder zu den Reichen noch zu den völlig Besitzlosen zählen, mit anderen Worten, den „Mittelstand“ - so wie es früher auch im Baltikum üblich war.)

Dieses Wiederaufbauwerk wird umso eher und umso nachhaltiger gelingen, wenn die drei baltischen Länder es **gemeinschaftlich** – das heißt, sich gegenseitig unterstützend - in Angriff nehmen.

Dass eine solche Initiative allen **Mitgliedern der EU** und von den **EU-Organen** willkommen sein würde, steht außer Zweifel.

Genossenschaftliche (aber auch **kommunale Einrichtungen** mit ähnlicher Zielrichtung, beziehungsweise eine **Kombination** aus beidem) der bürgerlichen Wirtschaft sind gerade in den kleinen baltischen Ländern besonders geeignete Instrumente für die Verteidigung der Anliegen der von kleinen und mittleren Einkommen Lebenden.

Ihre **lokale Verankerung** und ihre Verbindung mit Assoziationen des Bürgertums verwirklichen auf pragmatische Weise **Wirtschaftsdemokratie**.

Anders als in den westeuropäischen Ländern mit hoher Bevölkerungszahl ermöglicht die relative **geringe Größe** jedes **der baltischen Länder** (hinsichtlich Bevölkerungszahl und territorialer Ausdehnung) eine **Nähe der Bürger zueinander** und damit Einblick in das Verhalten des Einzelnen anderen und der nationalen Gemeinschaft gegenüber.

In den großen westeuropäischen Ländern findet die Mitwirkung der Mitglieder in aller Regel nur über „Delegierte“ statt.

In den baltischen Ländern wäre es den Mitgliedern eher möglich, **selbst bei der Gestaltung** der Genossenschaften.

Moderne **baltische Genossenschaften** wären ein wirksames **Gegengewicht** gegen

die derzeitige **Dominanz** nationaler und landesfremder Unternehmen, deren alleiniges Ziel die Gewinnmaximierung ist.

(An dieser Stelle ein weiterer **Exkurs**, diesmal zum **Schicksal des baltischen Genossenschaftswesens** in der Zeit vom Beginn des „Zweiten Weltkrieges“ bis zur politisch-ökonomischen „Wende“ im Osten Europas, die noch immer nicht abgeschlossen ist:

Die **Sowjets**, die zunächst im Baltikum die Oberhand gewannen, **lehnten alles Bürgerliche**, Genossenschaftliches an vorderer Stelle, **prinzipiell ab** und **unterbanden** – recht erfolgreich - jegliche Bemühung in diese Richtung.

Die ihnen nachrückenden **nationalsozialistischen Eroberer** hatten **kein Interesse** an dem, was im Baltikum „**autochthon**“ gewachsen war, schon gar nicht an Einrichtungen, die auf dem **Zusammenhalt der Bürger** in den von ihnen eroberten Gebieten beruhten.

Sie strebten an, **alles** in ihren Besatzungsgebieten, also auch im Baltikum, Vorhandene **durch die ihnen eigene Ordnung** zu **ersetzen**.

Die Nationalsozialisten hatten in Deutschland (ähnlich wie die Faschisten in Italien und Spanien bereits Jahre zuvor) schon Anfang der 30er Jahre das gesellschaftliche Leben in ihrem Vorkriegs-Herrschaftsbereich vollständig in ihrem Sinne „gleichgeschaltet“.

Sie wollten die gewachsenen genossenschaftlichen baltischen Strukturen durch solche ablösen, die sie schon, sechs Jahre vor Kriegsbeginn, **im „Altreich“ in ihrem Sinne „gleichgeschaltet“** hatten; wie dort, sollte auch im eroberten Baltikum künftig alles **dem „Führer“** (und seinen – landesfremden und einheimischen - Vasallen) **untergeordnet** sein.

Nach dem erwarteten – aber glücklicherweise ausgebliebenen - „**Endsieg**“ sollte in den Ostgebieten Europas **alles „auf ewig“ auf das „Großdeutsche Reich“ ausgerichtet** werden.

Den **aus dem „Altreich“ Stammenden** war, anders als etwa den Balten, eine **Herrenrolle** zugeacht; die im Osten Beheimateten, die **Balten** eingeschlossen, sollten die **Diener** dieser Herren werden.

Die Sowjets fanden bei ihrem endgültigen Sieg gegen Ende des Zweiten Weltkrieges keine genossenschaftlichen Strukturen mehr vor.

Dennoch **fürchtete** ihre Führung das **Wiedererstarken nationaler bürgerlicher Traditionen**, also auch des Genossenschaftswesens, und unternahm ihre Ziele sichernde Aktionen.

Die Sowjetunion verteuflte alles, was noch an den großen Feind Deutschland erinnerte.

Das Genossenschaftswesen wurde als dem Osten aufgezwungenes fremdländisches **Machwerk von „Okkupanten“** (= den Deutschen) charakterisiert.

(Anders Denkende schwiegen aus Angst vor Repressalien, selbst im engsten Familienkreis.)

Alle noch sichtbaren **Spuren** des Vorherigen wurden **akribisch getilgt**, selbst ausgebliehene, aber durchaus noch lesbare Inschriften auf ehemaligen Genossenschafts-Gebäuden; diese wurden – buchstäblich – mit Meißel und Drahtbürste beseitigt.

In diesem Zusammenhang eine für sich selbst sprechende Anekdote aus der Zeit dies Kriegsendes, mir berichtet von einer Bibliothekarin der Universität Tartu:

Russische Soldaten waren selbstverständlich auch in der Bibliothek. Ihr Blick fiel auf die Kästen mit den Stichwortkarteien.

Doch nicht die Karteien interessierten die Soldaten, sondern die Schubladen der Kästen. Sie nahmen alles mit, um in ihnen persönliche Habseligkeiten aufzubewahren. Die

Inhalte der Schubladen, die Karteien, kippen sie einfach aus.

Die fast nicht wiedergutzumachenden Folgen ihres Tuns kamen ihnen natürlich nicht in den Sinn, was diesen Menschen nicht vorgeworfen werden kann.

Dieses **perfekte Auslöschen** hat bewirkt, dass noch heute die **Überzeugung** allgegenwärtig ist, so etwas wie ein **bürgerliches Genossenschaftswesen habe es im Baltikum nie gegeben**.

Die Sowjetmacht ersetzte die früheren freien ländlichen Genossenschaften durch ihre **staatlich dirigierten Kollektive**, die sie, nach bürgerlichem Verständnis, fälschlich ebenfalls Genossenschaften nannten.

Diese **Begriffsverwirrung** wirkt bis heute nach. Die heutigen Einwohner der baltischen Länder haben **nur die sowjetische Variante** der Gemeinschaftlichkeit in Wirtschaftsdingen kennengelernt; die „Gehirnwäsche“ ist der Sowjetmacht also durchaus gelungen.

Die **Kollektiven zerfielen nach der „Wende“**. Was blieb, ist die **Diskreditierung des Begriffes Genossenschaft** und die **Unkenntnis der baltischen Traditionen** auf diesem Gebiet.

Noch eine weitere Hinterlassenschaft behindert bis heute den Wiederaufbau selbstverantwortlicher Strukturen, nämlich die **Erwartung, dass eine staatliche Autorität** – notfalls von oben nach unten rigoros durchgreifend - alle lebenswichtigen Dinge **zufriedenstellend regelt**.

Defizite bei der Staatslenkung werden zwar gern und oft bekrittelt, doch die eigentlich naheliegende Konsequenz, dass das **Bürgertum selbst** selbst das **Ruder ergreift** oder zumindest mitrudert und so **Abhilfe** in Gang setzt, hat es, nach wie vor, sehr **schwer**.

Nach der politisch-ökonomischen Wende in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde die Wirtschaft nach **neoliberalen** Prinzipien gestaltet, inspiriert vornehmlich durch **anglo-amerikanische** Fachliteratur in diesem Geiste.

Die **genossenschaftlichen Vorkriegs-Traditionen**, die **neben Profitstreben die Verbesserung allgemeiner gesellschaftlicher Anliegen** umfassten, wurden als **antiquiert** und **eher fortschrittshemmend** eingestuft

Das überlieferte **genossenschaftliche Regelwerk** (Gesetze; Regelungen für das Zusammenwirken zwischen Staat und autonomen Einrichtungen der Selbsthilfe-Wirtschaft, z.B. bei der genossenschaftlichen Verbandsprüfung und der genossenschafts-spezifischen Aus- und Fortbildung im Rahmen) wurde – anders als das allgemeine bürgerliche und das Recht der gewinnmaximierenden Wirtschaftsunternehmen - **nicht reaktiviert**.

(In der frühen Wendezeit wurden in den baltischen Ländern (ebenso, wie auch in anderen „Reformländern“ lediglich mit Sondergesetzen, z.B. in Estland: „Savings and Loan Associations Act“ vom 09.02.1999, für Nordamerika typische „Savings and Loan Associations“ implantiert.

Ihr Ansatz läuft dem genossenschaftlichen Erbe der baltischen Länder (= offene, am Markt konkurrierende Bürger-Einrichtungen) zuwider, weil sie sich im Passiv-, wie im Aktivgeschäft nur ihre (meist armen) Mitglieder bedienen können. Sie sind vom allgemeinen Wirtschaftsleben abgekoppelt; ihnen fehlt damit Dynamik. Da ihnen für ihr Kerngeschäft Wachstumspotential fehlt, suchen sie meist Zuflucht bei Randgeschäften, wie etwa beim Grundstücks-Makeln.)

Eine Anregung für künftige **Diskussionen über die „Wirtschaftliche Selbsthilfe in Bürgerhand“**:

Für die **baltischen Länder** könnte eine innovative **Kombination** von „**Genossenschaftsbanken**–“ mit dem der „**Kommunalbanken**“ (Sprich:

„Sparkassen“ oder „Stadtbanken“) eine Variante mit Zukunft sein.

(Siehe zu allem hier Dargestellten auch die Kapitel ' „Mikrokredit“ – Vom „Kalten Krieg“ bis zur „Wende im Osten“.)

● WAS KÖNNEN GENOSSENSCHAFTEN BIETEN?

Hierzu einige Beispiele für Leistungen, die von anderen Unternehmungen nicht oder zumindest nicht so “zielgruppengerecht” angeboten werden:

- Beratung in Finanzangelegenheiten (geschäftlich und privat);
- Rechnungswesen für Gewerbe, Landwirtschaft, freie Berufe;
- Kreditgarantie-Gemeinschaften;
- Zugang zu Förderprogrammen (Nationalstaat und EU);
- Gemeinschaftseinrichtungen (durchaus auch zeitgemäße, wirklich freie Kollektive);
- Qualitätskontrolle für den Export in andere EU-Länder oder weltweit, aber auch für den Binnenmarkt;
- Gemeinsamer Einkauf für Gewerbe (Handel, Dienstleistungen, produzierende Unternehmen) und Landwirtschaft, aber auch für nichtgewerbliche, etwa künstlerische, Zwecke;
- Marketing für jede Art von Unternehmen;
- Produktabsatz im In- und Ausland für jede Art von Unternehmen;
- Erledigung oder Hilfe beim Erledigen im Bereich öffentliche Abgaben;
- Risiko-Absicherungen (Krankheit, Alter, Invalidität, Begräbniskosten, Schutz des Betriebes und des Heims).

Die Liste ließe sich nahezu unbegrenzt fortführen. Es kann aus der Aufzählung abgeleitet werden, dass überall dort, wo gemeinsames wirtschaftliches Handeln auf Dauer Vorteile gegenüber dem Auftreten als Einzelkämpfer erwarten lässt, eine genossenschaftliche Organisation möglich ist – vorausgesetzt, das nationale Recht ist entsprechend ausgestaltet (was im Baltikum aber noch nicht wieder der Fall ist).

Es kommt aber nicht nur darauf an, “was” angeboten werden kann, sondern auch “**wie**”, d.h. in welcher Weise, vor allem dem Genossenschafts-Mitglied gegenüber.

Das zeigt sich etwa in Konfliktfällen.

Kommt es zu Meinungsdivergenzen zwischen der Genossenschaft und ihrem Mitglied, kann dieses darauf bestehen, nicht wie irgendein Kunde behandelt zu werden, sondern wie jemand, dem die Genossenschaft (mit)gehört.

Der Genossenschaftsbedienstete ist quasi sein “Angestellter”; der Genosse ist ihm übergeordnet; sein Anliegen kann nicht einfach zurückgewiesen werden, weil es nicht den Geschäftsinteressen der

Genossenschaft entspricht.

Bei rein kommerziellen Unternehmen würde in so einem Fall wohl erwidert werden, dass der Beschwerdeführer gern sein Glück anderswo versuchen könne, denn man sei auf ihn nicht angewiesen.

● STÄDTISCHER UND LÄNDLICHER RAUM

Stadt und Land sind im Baltikum, wie überall in Europa, immer mehr zusammengewachsen.

Das hängt zum einen an den gegenüber früher erreichten Fortschritten in der Kommunikation (Erreichbarkeit selbst abseits liegender Orte durch die moderne Verkehrs-Infrastruktur und immer einfacher und billiger werdenden Nachrichten-Verkehr) zusammen, aber auch mit den schon bei Beginn der Unabhängigkeit der baltischen Länder unternommenen Agrarreform.

Dennoch gibt es bis heute ein bis heute „Entwicklungs-Nachhinken“ des ländlichen Raume – überall im Baltikum anhand der besonders auf dem Lande anhand der Ruinen von Kolchos-Wohnanlagen und Betriebsstätten ins Auge fallend – das im Interesse des Zusammenhalts der baltischen Gesellschaften dringend beseitigt werden muss.

Um das nach dem „Ersten Weltkrieg“ Begonnene gut zu Ende führen zu können, woran die damaligen Reforme des baltischen ländlichen Lebens, nicht zuletzt, durch da Eingreifen von Usurpatoren gehindert wurden, wären moderne Genossenschaften gerade heute geeignete Instrumente.

Zur Unterstützung dieses Gedankenganges lohnt es, den Gang der geschichtlichen Entwicklung in Stadt und Land in der baltischen Region zu beleuchten und damit ins heutige Bewusstsein zu holen.

Bis zu den Landreformen in Livland, in Kurland und in Alt-Estland nach dem Ende des „Ersten Weltkrieges“ bedeutete dort “bäuerliches Leben” meist vollständige Abhängigkeit der einfachen Land-Leute vom dominanten Land-Adel.

Städter hatten von alters her eine Menge von Freiheiten, was ihnen zu einem auskömmlichen, selbstbestimmten Leben verhalf; selbst den Ärmeren dort ging es weit besser als den Bauern.

Das Genossenschaftswesen fasste deshalb, ebenso wie auch anderswo in Europa, in den baltischen Regionen, beginnend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zunächst in den Städten Fuß und gelangte dort in der Wirtschaft und in den Gemeinwesen rasch zu Stärke und Einfluss.

Raiffeisens und Schulze-Delitzchs Selbsthilfe-Ansätze fanden bei der deutschen Reichsregierung Anklang, weil sie in ihnen ein Bollwerk gegen radikal umstürzlerische Aktionen verzweifelter Landbewohner sah. Die Genossenschaftsbewegung erhielt deshalb staatliche Absicherung (regulative Systeme; Steuervorteile).

Vor der Reform der Besitzverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft (im Gefolge des Zusammenbruchs des Feudalismus und der Loslösung der baltischen Länder von Russland) waren die Bauern schon von der Leibeigenschaft befreit worden.

Das von den Bauern bestellte Land musste aber immer noch vom Grundherrn gepachtet werden. Der Pachtzins war stets pünktlich voll zu entrichten. Ertrag oder Verlust des Bauernbetriebes spielten dabei keine Rolle.

Das erste Land im Baltikum, das nach der Bodenreform den Bauern Land ohne Auflagen zur Dauernutzung überließ, war **Estland**; das **Eigentum** an dem von ihnen bewirtschafteten Land verblieb **beim Staat**.

Den estnischen Bauern wurde zwar die Möglichkeit eingeräumt, dem Staat das von ihnen bestellte Land (zu günstigen Konditionen) abzukaufen. Die Leute auf dem Lande blieben aber trotz dieser neuen Rechte arm; Geld für Landkauf konnten sie mit ihren Parzellen so gut wie nie erwirtschaften.

Durch Grundpfand abgesicherte Darlehen für einen Landerwerb kamen für sie nicht infrage, weil sie dafür hätten Eigentümer sein müssen.

Zur Milderung der ländlichen Armut dekretierte deshalb die junge estnische Regierung, dass **öffentliche Fördermittel für den ländlichen Raum immer über Genossenschaftsbanken** zu leiten seien.

So entstanden im ländlichen Raum in kürzester Zeit **überall Spar- und Darlehenskassen**, die häufig mit den schon länger existierenden und meist stärkeren **städtischen Genossenschaftsbanken** (des Schulze-Delitzsch-Typs) zum wechselseitigen Nutzen zusammenarbeiteten, bis all dies gleich zu Beginn des „Zweiten Weltkrieges“ ausgelöscht wurde.

Zu einer Zeit, als das schon mehrere Jahre nationalsozialistisch orientierte Deutschland im Baltikum die Sowjets verdrängt hatte, sah es im Baltikum noch ganz anders aus als im „Dritten Reich“.

Ein prägnantes Beispiel: In **Estland** gab es zu einer Zeit, als in Deutschland schon alles mehrere Jahre nationalsozialistisch gleichgeschaltet war, noch **drei jüdische Genossenschaftsbanken**, eine in Tallinn und zwei weitere in Tartu und Narva.

In **Lettland** lief die Entwicklung des Genossenschaftswesens in der Zwischenkriegszeit anders.

Die **Landreform** fand dort **etwa ein Jahr später** statt, als in Estland, in einer Zeit, als die Wirtschaft überall in Europa steil bergab ging.

Lettland machte angesichts der Zeitumstände die kleinen Bauern sofort zu Eigentümern. Diese kamen deswegen aber nicht besser voran, weil die Wirtschaft insgesamt darniederlag.

Auf dem Lande entstanden kaum Banken des Raiffeisentyps. Alle Genossenschaften und ihre Mitglieder kämpften ums Überleben.

Die Not führte schliesslich dazu, dass die lettische Regierung, um die Landwirtschaft vor dem totalen Zusammenbruch zu retten, ein **Schuldenmoratorium** verordnete.

In **Litauen** gab es in der Zwischenkriegszeit wohl die europaweit modernsten Genossenschaften.

Es waren dies vor allem **von** alteingesessenen und zugewanderten gebildeten, deutsch sprechenden und sich mit Deutschland verbunden fühlenden **Juden aufgebaute** Einrichtungen.

Die **Auslöschungsaktionen der Nazis** traf das Genossenschaftswesen dieses Landes ins Herz.

(Als ich Ende 1999 für einen öffentlichen Auftrag für eine Untersuchung über die Kreditversorgung von baltischen Kleinunternehmen auch in Litauen recherchierte und in Kaunas den im Aufbau befindlichen „Verband der Spar- und Darlehensvereine“ besuchte, wurde mir dort auf **meine Frage, warum man nicht die Hinterlassenschaften der jüdischen Genossenschaften auf Geeignetheit für einen Neuanfang untersuche**, geantwortet, man sei doch **froh, diese Leute los zu sein**. Diese Einlassung beendete meinen Kontakt mit dem Verband.)

● **GENOSSENSCHAFTSMITARBEITER SIND DIENER DER KUNDSCHAFT**

Ein **Wesenszug** der Genossenschaften – und damit auch ihrer Angestellten – ist das **Dienen**, vor allem gegenüber den Mitgliedern, aber auch im Hinblick auf Kunden ohne Mitgliedschaft.

Nicht die Genossenschafts-Mitarbeiter sind deshalb die Herren im Verkehr mit den Nutzern, sondern diejenigen, um deren willen die Genossenschaft existiert.

Die Genossenschaft hat all ihr Wissen und Können und ihre wirtschaftliche Macht für das Wohl ihrer Zielgruppe einzusetzen – und zugleich das Gemeinwohl zu unterstützen.

Der Aufbau einer starken Stellung der Genossenschaft im Wirtschaftsgefüge ist Mittel zum Erreichen des Zwecks der Zielgruppen-Stärkung, keineswegs aber Selbstzweck.

Äußerlich mag eine Genossenschaft einem rein auf Gewinnmaximierung abzielenden allgemeinen Wirtschaftsunternehmen ähnlich erscheinen, inhaltlich ist sie aber von ihm grundverschieden.

(Genossenschaften sind, gesellschaftspolitisch betrachtet, höherrangige Einrichtungen als „Gesellschaften mit beschränkter Haftung“ oder „Aktiengesellschaften“.)

Allerdings ist zu beobachten, dass diese Rangordnung im Westen, nicht zuletzt auch in Deutschland, sich mehr und mehr verwischt und dass sich viele Genossenschafts-Mitarbeiter nicht anders verhalten als Angestellte im Dienste von allgemeinen Unternehmen, wenn sie etwa ihre Kunden „von oben herab“ als ihrem Gutdünken Unterworfenen behandeln.

(Man geht wohl nicht fehl, hier die Fortwirkung nationalsozialistischen Erbes im deutschen Genossenschaftswesen – Motto: Der Führer befiehlt, die Gefolgschaft gehorcht – auszumachen. Die deutschen Genossenschaftler standen nämlich im „Dritten Reich“ weitgehend auf der Seite von dessen Führung und profitierten durchaus von ihr, in Deutschland selbst und, nicht zuletzt, in den eroberten Gebieten, die baltischen Länder durchaus inbegriffen.)

Die (**westdeutschen**) **Genossenschaften** überdauerten nicht nur unbeschadet das Ende des Nationalsozialismus (wohl nicht zuletzt wegen ihrer Nähe zum Regime), sondern wurden danach zu erfolgreichen **Trägern des Wiederaufbaus**, zumindest im Westen.

Sie gerieten wegen ihrer Vergangenheit keineswegs in Konflikt mit den westlichen Siegermächten des „Zweiten Weltkrieges“, denn sie waren für diese willkommenen Bollwerke gegen die Ausbreitung des Sozialismus sowjetischer Prägung.

Es ist für die baltischen Länder, infolge ihrer relativ geringen Einwohnerzahl und der geringen Bevölkerungs-Dichte – das Vorhandensein der gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz vorausgesetzt – bezüglich einer Rückkehr des Genossenschaftswesens vorauszusehen, dass dort eher (im Vergleich mit Westeuropa) kleinere Genossenschaften entstehen werden.

Die im Baltikum gegebenen Verhältnisse machen es zudem wahrscheinlich, dass sich dort **direkte Wirtschaftsdemokratie**, d.h. die beständige **aktive Einwirkung der Mitglieder** auf die Entwicklung “ihrer” Genossenschaft, leichter umsetzen lässt, als in den großen westeuropäischen Ländern, wo heute fast überall nur noch mittelbare (das heißt in Vertretern der Genossenschaftsmitglieder verkörperte) Wirtschaftsdemokratie vorkommt.

● **KLAFFENDE LÜCKE IM BALTISCHEN UND EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFTSGEFÜGE**

Die mit der Öffnung der ehemals zum sowjet-sozialistischen Block gehörenden Länder dominant gewordene, weitgehend von Beschränkungen befreite Marktwirtschaft hat Normal-Bürger, das heißt Personen ohne “werthaltige” Insider-Beziehungen aus sowjetischen oder frühen Wende-Zeiten, schutzlos gemacht.

Es klappt seitdem in den baltischen Volksgemeinschaften, weit mehr als im Westen, eine **Lücke im Sozial- und Wirtschaftsgefüge** zwischen den Mächtigen in Wirtschaft und Staat und den Durchschnitts-Bürgern.

Diese Lücke **behindert** immer noch die **Kohäsion zwischen den** “alten” und den “neuen” **EU-Ländern** und deren gedeihliche Zukunft.

Das Genossenschaftssystem ist (neben ähnlich ausgerichteten kommunalen Einrichtungen – die im Osten allerdings heute ebensowenig vorhanden sind) die am besten geeignete, weil in früheren Krisenzeiten erprobte Modalität zum Schließen der **klaffenden Lücke im Gesellschaftsgefüge** der (baltischen und anderer) „Reformländer“.

Bei der **Erweiterung der EU nach Osten** ging man davon aus, dass schon bald und **ohne weiteres Zutun** der Autoritäten die **Grundwerte der Union** dort Wurzeln schlagen und auch die **Wirtschaftsdemokratie** – sprich: **Genossenschaften und kommunale Fördereinrichtungen** (sprich: Stadtbanken) – in kurzer Frist **wiedererstehen** würden.

Doch weit gefehlt, die **Zerstörung** des Früheren war **vollständig**. Archivierte **Belege früher blühender bürgerlicher Wirtschaftsorganisationen** werden immer noch **als allenfalls für Historiker nützlich** angesehen, mit anderen Worten, ohne Nutzen für die Gegenwart.

Diesen **Anfangsfehler** überzeugend zu korrigieren, erfordert Überzeugung und Engagement, was sich aber lohnt, zum eigenen Wohlergehen, zur Gesundung des Heimatlandes und auch zur Sicherung der Zukunft aller EU-Bürger.

Die angesprochene Lücke bewirkt zudem, dass auch den **militärischen Schutzstrukturen** (Stichwort: **NATO**) noch weitgehend das **Fundament fehlt**, nämlich deren **Rückhalt in** einer von demokratischen Werten überzeugten **Bürgergesellschaft**.

Insbesondere eine engagierte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den baltischen

Ländern auf dem Gebiet der **Wiedererweckung der Genossenschaftsidee** würde **keineswegs nur für die baltischen Länder von Nutzen** sein, sondern könnte darüber hinaus **im Westen** (Deutschland und anderswo) einen **heilsamen Prozess der Rückbesinnung auf die Grundanliegen der Genossenschaftsidee** in Gang setzen können.

Die Traditionen und **Werte** des Genossenschaftswesens haben im Baltikum **“tiefgefroren“** - (d.h. in den Archiven) im 1939 erreichten Zustand überlebt.

Das Überlieferte (Stand: Ende der Unabhängigkeit der baltischen Länder zu Beginn des Zweiten Weltkrieges) ist damit weder vom sowjetischem Staats-Kollektivismus **infiziert**, noch von den nationalsozialistischen Perversionen.

Durch enge Ost-West Zusammenarbeit kann einem Neustart – sowohl im Osten, als auch im Westen - der Weg gebahnt und zumindest dem Fehlverhalten **“untreuer Treuhänder der Genossenschaftsidee“** (s. oben, Punkt „Idee und Struktur“) Einhalt geboten werden, was **allen in der EU zugute** käme.

● **PROMOTOREN DES WIEDERAUFBAUS DER BÜRGERLICHEN WIRTSCHAFTSWEISE**

Die **“Junge Generation“** in Ost und West ist **herausgefordert**, beim Wiederaufbau des baltischen Genossenschaftswesens aktiv mitzuarbeiten und so Europa solidarischer und zukunftssicher zu gestalten.

Der Umstand, dass die baltischen Länder im Vergleich zu den mitteleuropäischen relativ wenige Einwohner haben, ist eher ein Vorteil als ein Hindernis auf dem Weg zu zum Erfolg.

In den kleinen baltischen Staaten können schon **kleine Gruppen Entschlossener viel bewirken**. In den großen Ländern im Wesen würden Initiativen der angeregten Art hingegen leichter effektiv verpuffen.

Infolge des Hitler-Stalin-Paktes gingen auch die **deutschen Kulturgemeinschaften** in diesen Ländern, von einem Tag zum anderen, zugrunde; damit **zerfielen** auch deren **europäische Vernetzungen**, die der Genossenschaften durchaus an vorderer Stelle.

Das von den Gewalttätern in der jüngeren Vergangenheit Angerichtete kann **nicht ungeschehen** gemacht werden. Es kann **aber** durchaus **repariert** und damit wieder **einsetzbar** gemacht werden, weil das **Baumaterial** – das Überlieferte – (in den Archiven) noch **vorhanden** ist.

Derartige Aktionen würden als Beitrag zur **Völkerverständigung** verstanden werden und den **gesellschaftlichen Frieden in den baltischen Ländern** selbst, aber auch anderswo in der EU und jenseits ihrer Grenzen, stärken, sowie, eher früher als später, **Nachahmer** finden.

Die vorgeschlagene Aufbau-Initiative würde wesentlich erleichtert, wenn **Estland, Lettland und Litauen** sich **untereinander koordinieren** würden.

Enge grenzüberschreitende **nachbarliche Kooperation zwischen Deutschen** – hier sind insbesondere die Deutschbalten und ihre Organisationen angesprochen – **und Balten** würde **bei den Organen der EU und allen EU-Mitgliedsländern Beifall** ernten und **Initiativen**

stimulieren.

● **NACH DER WENDE ENSTANDENES REGELWERK FÜR GENOSSENSCHAFTEN IN ESTLAND, LETTLAND UND LITAUEN**

Um die Jahrtausendwende entstanden in allen drei baltischen Ländern gesetzliche **Regeln für unternehmerische Gemeinschaften** in der Land- und Forstwirtschaft, die allerdings nicht an das Genossenschaftswesen der Vorkriegszeit (s. hierzu insbesondere den Punkt „Idee und Struktur“ am Anfang dieses Kapitels) anknüpfen, obgleich sie (in Lettland und Litauen) als Genossenschaften bezeichnet werden.

(Es kam den nationalen Mitwirkenden – Regierung und Verbände - bei der Gestaltung dieser neuen Gesetze, ebenso wenig wie ihren ausländischen Beratern in den Sinn, nach Vorkriegs-Regelungen für den Zielbereich ihrer Regelwerke zu forschen.

Es kann wohl unterstellt werden, dass die Motivation – vor allem für die jeweiligen nationalen Kräfte – vor allem die Bewahrung der aus dem Sowjetsystem überkommenen, nach der Wende in Schwierigkeiten gelangten ländlichen Wirtschaftseinrichtungen und die Eröffnung eines Zuganges zu den Förderprogrammen der EU, selten im Interesse der Bauernschaft oder der Allgemeinheit, war.

Selbst wenn, bei dem einen oder dem anderen, bewußt war, dass es vor dem Zweiten Weltkrieg authentische Genossenschaften gegeben hatte, wurde ein Hinwendung zu den Traditionen unterdrückt, weil diese der Absicht der Machterhaltung zuwider gewesen wäre.

Ferner ist davon auszugehen, dass auch ausländische Berater, selbst solche, die aus einem Umfeld mit „echten“ Genossenschaften kamen, eine Referenz auf diese Systeme unterließen, weil dies die Aussicht auf günstigen Erwerb landwirtschaftlichen Landes konterkariert haben würde.)

Um die Ziele der bei den neuen Regelungen Mitwirkenden abzusichern, mußte die Reform typische genossenschaftliche Ausformungen vermeiden, um die Herrschaft der „alten“ Kräfte – und der von ihnen ausgewählten Nachfolger – zu bewahren.

In **Litauen** trat das „Law on Cooperative Societies – Cooperatives“ (No. I-164) am 01.06.1999 in Kraft; obgleich sein Titel erwarten lässt, dass alle Wirtschaftsbereiche angesprochen sind, ergibt sich aus dem Gesetzestext seine Einschränkung auf die Land- und Forstwirtschaft.

(Das entsprechende **lettische** Gesetz liegt mir zur Zeit der Abfassung dieser Abhandlung - noch -nicht vor; meine Erkenntnisse beschränken sich auf Verlautbarungen der „Latvian Agricultural Cooperatives Association“.)

Estland verallgemeinerte später mit Novellierungen den Geltungsbereich des Regelwerks für diese Assoziationen für jegliche Wirtschafts-Branche.

Das Land erließ einen (so der Gesetzestext auf Englisch) „**Commercial Associations Act**“ (Riigikogu Act; in force from 24.05.2020; translation published 26.05.2020 – nicht zu verwechseln mit dem „Savings and Loan Associations Act“ (vom 09.02.1999, RT I 1999, 24, 357, in Kraft ab 01.07.1999).

Genossenschaftliche Assoziationen werden, zumindest in Estland, ähnlich wie Wirtschaftsunternehmen mit beschränkter Haftpflicht (auf Deutsch abgekürzt: GmbH, auf Estnisch, OÜ) behandelt.

Diese Unternehmensform entbehrt in allen drei baltischen Staaten der Attraktivität und führt deshalb ein Schattendasein.

Ich habe meinem (bislang im Baltikum einzigen) Gesprächspartner im estnischen „Ministerium für ländliche Angelegenheiten“ deshalb in einem Treffen mit dem Chef dieses Ressorts angeraten, im Zuge einer Reform des Genossenschaftsrechts im Sinne der Vorkriegs-Traditionen wiederzubeleben.

Da dies auch für alle drei baltischen Länder von Bedeutung sei, solle die Reform gemeinschaftlich mit den beiden anderen baltischen Staaten angegangen werden.

Der Austausch auf dieser Ebene endete (bei Beginn der Corona-Krise, der mit dem Ende der damaligen estnischen Regierungskoalition zusammenfiel).

Der dem ausgeschiedenen nachfolgende Minister wurde angesprochen; doch er reagierte nicht.

LEBENSSTATIONEN DES VERFASSERS VOR SEINER ARBEIT IM BALTIKUM

(mit direkter oder mittelbarer Verbindung zum Genossenschaftswesen)

Vorspann

Wie schon weiter oben angesprochen, geht es mir um die **Renaissance** der früher auch im Baltikum florierenden, die **Bürgerexistenzen** und zugleich ihre **nationalen Gesellschaften** sichernden **wirtschaftlichen Selbsthilfe**.

Mir ist durchaus bewusst, dass der Weg zum Wiederbeleben des wirtschafts-kulturellen Erbes der baltischen Länder zwar steinig sein wird, dass er aber dennoch Erfolg haben kann, wenn er **entschieden angegangen** wird.

Ich bin seit dem Beginn meines Berufslebens mit dem Problemkreis „Verhaltensweisen und Strukturen der bürgerlichen Wirtschaft“ befasst und habe mich diesem Thema auf der Grundlage meiner Erfahrungen in Deutschland und in Übersee gleich nach der politisch-ökonomischen Wende den baltischen Ländern für deren Wiedererweckung zugewandt.

Ich berichte über Erlebtes aus **zeitlicher Distanz**, was mich in die Lage versetzt, selbst Dinge, die einst für mich schwer zu ertragen oder die sogar existenzbedrohend wurden, unterhaltsam, wenn auch stets mit einem ernsten Kern, darzustellen.

Der Leser wird **Zeitsprünge** in den folgenden Kapiteln bemerken. Diese sind unvermeidlich, denn mein Berufsleben verlief sprunghaft.

Vor und nach meinem Estland-Einsatz für die EU-Kommission erwarb ich **Erfahrungen in Übersee**, welche in meine Bemühungen um eine gesicherte **Zukunft der „Normalbürger“ in den baltischen Länder** eingebracht wurden.

Ich gehe ganz bewusst auf die vielfältigen **Verirrungen und Perversionen ein**, denen ich bei der

Wahrnehmung meiner Aufgaben begegnet bin. Ich will nämlich auf überall vorhandene Fallstricke hinweisen.

Zugleich will ich zeigen, dass naiv-blindes Vertrauen in Ehrlichkeit und Können der Verantwortlichen in Einrichtungen der bürgerlichen wirtschaftlichen Selbsthilfe immer gefährlich ist und wie – auf bewährte Weise - daraus erwachsenden Gefahren vorgebeugt werden sollte.

(Ich habe bereits vieles an Hintergrundmaterial zum Thema dieser Aufzeichnung zutage gefördert. Siehe hierzu die Blogs auf der Website www.livlaendische-gemeinnuetzige.org.)

Die Stiftung Livländische Gemeinnützigke und ihre Partner

Die Stiftung wurde Ende 2011 allein **von mir errichtet**; sie ist – bislang – auch allein **von mir** (aus persönlichen Ersparnissen) **dotiert**; ich bin (von Anbeginn an und derzeit immer noch) ihr **Geschäftsführender Vorstandsvorsitzender**.

Die Grundzüge der Stiftungssatzung sind in der Spalte „Über uns“ auf der Website <https://www.livlaendische-gemeinnuetzige.org> eingestellt. Die Stiftungs-Koordinaten finden sich in der Spalte „Impressum“.

Die Stiftung wurde (mit Wirkung Anfang 2020) von einer sog. Ewigkeits- in eine sog. **Verbrauchsstiftung** umgewandelt, was es ermöglicht, das Stiftungsvermögen über etwa eine Dekade für Zwecke im Sinne der Stiftungssatzung (etwa Stipendien für zuverlässige Begabte, die sich wissenschaftlich mit einem der in der Stiftungs-Satzung angesprochenen Themen befassen) zu verausgaben.

Die **Stiftung** ist als mein **Alleinerbe** eingesetzt, was es ermöglichen soll, Förderungen mit Hilfe des dereinst um meine (sicherlich nicht ganz unbedeutende) Hinterlassenschaft angereicherten Stiftungsvermögens über den Zeitpunkt der Erschöpfung der derzeitigen Ressourcen der Stiftung hinaus fortzusetzen.

Ich, und damit auch die „Stiftung Livländische Gemeinnützigke“ sind, im Gleichschritt mit der im Vorkapitel angesprochenen Umwandlung, eine enge Verbindung mit der „**Deutschbaltischen Studienstiftung**“ (und über diese, mit ihrer Marke „**Deutschbaltisches Jugendwerk – DBJW**“ - Homepage www.dbjw.de) eingegangen, die das von mir Begonnene nach meinem Ausscheiden fortsetzen werden.

Organpersonen der Studienstiftung nehmen gleichzeitig **Vorstandsfunktionen** in der „**Stiftung Livländische Gemeinnützigke**“ wahr.

VOR DER POLITISCH-ÖKONOMISCHEN WENDE IM OSTEN

Berufsstart: Gewerkschaftsbank im Nachkriegs-Westdeutschland

Vom Anfang meines Berufslebens an begleiteten mich sowohl Bemühungen um das Wiedererwecken eines der Gemeinschaft zuträglichen Miteinanders, als auch hemmungslose egoistische Raffgier von Nachkriegs-Glücksrittern, die selbst unter dem Dach und im Umfeld von Unternehmen anzutreffen waren, deren Mandat die Entwicklung einer neuen, würdigen und zugleich leistungsstarken Gesellschaft im Nachkriegs-Deutschland war.

Diese Eindrücke motivierten mich schon früh, das Wissen um die formalen und mentalen Grundelemente einer

„anständigen“ Bürger-Gesellschaft, zu verbreiten und zu zeigen, dass es durchaus erprobte Alternativen zu rücksichtsloser Bereicherung und ungehemmtem Kampf um Macht in Wirtschaft und Gesellschaft gibt.

Ich beschreibe von mir in meinem Berufsleben (in Deutschland, auf meinem Gang durch die Welt und zuletzt im Baltikum) durchlebte – also authentische – Fragwürdigkeiten, weil ich schon in meiner beruflichen Anfangszeit erfahren habe, dass gerade Einrichtungen, welche sich die Verbesserung der Lage der in eher bescheidenen Verhältnissen Lebenden zum Ziel gesetzt haben, Vertrauen in ihr Handeln nur durch ständige strenge und wirklich unabhängige Überwachung erreichen können.

Mit 17 Jahren begann ich eine **Lehre** bei der damals erst wenige Jahre bestehenden, von Gewerkschaften getragenen „**Bank für Gemeinwirtschaft Nordrhein-Westfalen AG**“ in Düsseldorf.

Der Eintritt in den Bankberuf beruhte nicht auf meinem Wunsch; vielmehr war ich als Ältester unter meinen Geschwistern überredet worden, meine schulische Ausbildung abzubrechen und zum Familien-Unterhalt beizutragen. Der Vater war nämlich wenige Monate zuvor verstorben; die Familie war damit völlig unabgesichert.

Ich hatte dennoch von Anfang an die Absicht, so bald wie möglich die abgebrochene Schulausbildung nachzuholen und ein Universitätsstudium zu beginnen.

Doch zunächst war ich gehalten, die Lehre (= dualistische Ausbildung zum Bankkaufmann) zu Ende zu führen und das Abschlussexamen für den Bankberuf zu bestehen, was auch so geschah.

Ich wechselte bald nach dieser Ausbildung zu einer Tochtergesellschaft der Lehrfirma, der „Bank für Wirtschaft und Arbeit zu Berlin AG“.

Nach der Tagesarbeit in der Bank, holte ich die unvollendet gebliebene Schulausbildung an einem **Abendgymnasium** nach und erwarb **1959** die **Hochschulreife**.

Von **1959 bis 1963** studierte ich **Rechts- und Verwaltungswissenschaften** und bestand im Herbst **1963** das sog. **Erste juristische Staatsexamen** in Köln.

Ich erlangte ein Stipendium (der gewerkschaftlichen „Stiftung Mitbestimmung“, heute „Hans-Böckler-Stiftung“), das von ausgezeichneten Seminaren zu Grundproblemen der Lohnabhängigen und von Lösungsoptionen für diese Bevölkerungsgruppe – u.a. die wirtschaftliche Selbsthilfe durch Genossenschaften und Ähnliches – begleitet war.

Kurz nach diesem Examen bewarb ich mich bei der „Deutschen Bundesbank“ um ein Referendariat mit dem Ziel der Examinierung für den „Höheren Bundesbankdienst“.

Ich wurde ohne Schwierigkeiten akzeptiert, da ich neben dem erfolgreichen Hochschulstudium eine Ausbildung im Bankberuf nachweisen konnte und auch bei einer Aufnahmeprüfung einen guten Eindruck hinterließ.

Gleichzeitig (1963) mit der Zulassung zu diesem Referendariat erreichte mich die Zusage für ein Auslands-Dokorandenstudium des „Deutschen Akademischen Austauschdienstes“.

Die Bundesbank gestattete mir, die Durchführung meines Studienaufenthaltes (in Chile und in anderen amerikanischen Ländern) dem Beginn der Referendarzeit vorzuschalten.

Etwa einen Monat vor dem Assessor-Examen bei der Bundesbank wurde ich auf Anregung der „Bank für Gemeinwirtschaft AG“ für den Posten eines Genossenschaftsberaters der kolumbianischen Regierung (im Auftrag der „Friedrich-Ebert-Stiftung“) vorgeschlagen. Ich nahm dies unter den Bedingungen eines erfolgreichen Examens bei der Bundesbank und der Freistellung durch diese an.

Gleich nach der erfolgreichen Prüfung bat ich die „Deutsche Bundesbank“, mich (im Rahmen einer

für Entwicklungshilfe-Tätigkeiten bestehenden gesetzlichen Regelung) für dreieinhalb Jahre zu beurlauben. Auch dies kam problemlos zustande.

Gleich nach meiner Rückkehr aus Kolumbien wechselte ich (wegen meines bei dem Kolumbien-Einsatz entstandenen Interesses an der Entwicklungshilfe) von der „Deutschen Bundesbank“ – mittelbarer Bundesdienst – zur Bundesregierung – unmittelbarer Bundesdienst, konkret zum „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, dem ich schließlich bis zu meiner Pensionierung 2001 – allerdings unterbrochen von mehrjährigen Einsätzen, in Peru, ein zweites Mal in Kolumbien, bei der EU-Kommission, sowie gleich nach der politisch-ökonomischen Wende in Estland und letztendlich in Bangladesch – angehörte.

Doch zunächst zurück zur Arbeit im Bereich Gewerkschaftsbanken und den mit ihr verbundenen Erlebnissen:

Die (unter der Herrschaft des Besatzungsregiments zunächst regionalen) „Banken für Gemeinwirtschaft“ waren wegen ihrer Verankerung in der Arbeiterschaft für die damals durchweg konservativen Finanzkreise verachtenswerte Exoten.

Diese Banken, allen voran, ihr Zweig in Nordrhein-Westfalen (wo ich arbeitete), hatten dessenungeachtet rasch Erfolg, gerade wegen deren Verbindung zur damals überdurchschnittlich verdienenden Arbeiterschaft, denn in der westdeutschen Nachkriegswirtschaft wurden deren Gewerkschaften politisch und wirtschaftlich stark, weil sie die Arbeiterschaft in den damals blühenden Montanbetrieben (= Kohle + Stahl) mitbestimmten, was auch den gewerkschaftlichen unternehmerischen Aktivitäten zugute kam, unter ihnen an vorderer Stelle meiner Lehrfirma.

Die Gewerkschaftsbanken verstanden sich nie als allein auf Lohnabhängige ausgerichtete Geldinstitute; sie wollten moderne volksnahe Banken für alle sein. Sie waren bestrebt, durch ihren Einfluss im Wirtschaftsleben vor allem die gesellschaftliche Position der Lohnabhängigen ganz allgemein zu stärken und so verbessern.

Die „Banken für Gemeinwirtschaft“ waren das zuletzt entstandene Glied eines gewerkschaftlichen Verbundes, der sich „Gemeinwirtschaftliche Unternehmen“ nannte, von denen die meisten auf Vorläufer in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und vor dem Nationalsozialismus zurückgingen.

Zu den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der deutschen Gewerkschaften zählten in jener Zeit, neben kreditwirtschaftlichen Sondereinrichtungen der Gruppe der regionalen Gemeinwirtschaftsbanken, die Konsumgenossenschaften mit ihren Spezialunternehmen „geg“ = Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften, der Fischfangflotte „Deutsche See“ und einer Kaffeerösterei, ferner die Wohnungsunternehmensgruppe „Neue Heimat“, die Versicherungsgruppe „Volksfürsorge“, der „ACE – Auto Club Europa“, die Reisetouristik-Gruppe „Gut-Reisen“ und das Verlagsunternehmen „Büchergilde Gutenberg“.

Keine dieser Einrichtungen überlebte, entweder infolge Verschmelzung mit rein profitorientierten Gruppierungen, vielfach aber auch, weil sie durch die Kombination von schlechtem Management und Machtmissbrauch von Angehörigen ihrer Führung – die meisten von ihnen von einfachen Gewerkschafts-Funktionären zu Wirtschaftskapitänen mit außergewöhnlichen Einkommen aufgestiegen - zugrunde gerichtet wurden.

Gerade weil die Bank als „Paria“ in der Welt der etablierten Banken angesehen wurde, aber auch weil sie ein besonders förderliches Verhältnis zum Personal demonstrieren wollte, ging es ihren Lehrlingen – meine Person durchaus inbegriffen - weit besser als den Auszubildenden bei anderen Banken. Wir waren deswegen auch viel selbstbewusster als die Lehrlingskollegen anderswo.

Die Lehrlinge der „Banken für Gemeinwirtschaft“ erzielten infolge der Förderung durch den Lehrherrn auch besonders gute Abschlussexamina.

Hierzu trug ein (damals in gewerkschaftlicher Trägerschaft) durchgeführtes Ausbildungs-Modul wesentlich bei, nämlich das der „Übungsfirmen“ (englisch: *practice firms*); das System arbeitet mit fiktiven, dem wirklichen Leben nachgebildeten Geschäften mit echten Partnern, ebenfalls solche Übungsfirmen; all dies wird von gut geschulten Tutoren begleitet.

(Anmerkung: Das System der Übungsfirmen existiert noch heute, allerdings nicht mehr in gewerkschaftlicher Regie, sondern in freier Aus- und Fortbildungs-Trägerschaft. Die „Deutsche Technologieschule Pärnu“ in Estland nutzt dieses Modul für seine Unterrichtung im kaufmännischen Rechnungswesen, gemeinsam mit einer ihr ähnlichen Schule in einem anderen EU-Land.)

Trotz aller Widrigkeiten, die mich in das Bankwesen geführt hatten, profitierte ich somit von einer weit überdurchschnittlichen Berufsausbildung.

Ich lernte nebenbei auch die anderen gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen kennen, die alle, auf die eine oder die andere Weise, mit der „Bank für Gemeinwirtschaft“ verbunden waren.

Darüber hinaus machte ich eindrucksvolle Erfahrungen mit Personen aus dem gewerkschaftlichen Milieu, welche die ihnen übertragenen Machtbefugnisse eigennützig und zum Schaden derjenigen, in deren Namen sie handelten, missbrauchten.

Erlebnisse in diesem Zusammenhang:

Schon ganz zu Anfang meiner Lehre entdeckte ich auf der Leitungsetage der Bank – ich war dorthin zu einer morgendlichen Befragung einbestellt worden - dass sich am Vorabend (gewerkschaftliche) Mitglieder des Aufsichtsrats nach einer Sitzung betrunken und sich danach im Gang übergeben hatten. Für das Beseitigen der Spuren hatte noch niemand gesorgt.

Ein weiteres, noch tiefer beeindruckendes Erlebnis aus meiner Zeit als Berufsanfänger:

Der Leiter der Kölner Filiale der Bank erteilte in jener Zeit, als die Aktienkurse fast stets steil nach oben gingen, immer wieder voluminöse Wertpapier-Kauforders, die der Lehrling, in diesen Fällen ich, stets penibel in ein Orderbuch zu notieren hatte.

Kurz vor Börsenende gab der Betreffende dann Verkauforders für das zuvor Erworbene. Die Differenz zwischen geringerem Einkauf- und höherem Verkaufspreis ließ er sich stets an der Kasse in bar auszahlen.

Es gab aber, hin und wieder, auch Tage, an denen Kurseinbrüche geschahen. Er hätte dann also beim Abrechnen seiner Tagesgeschäfte etwas einschießen müssen, was er vermied, indem er mich zum Sündenbock machte.

Er bestritt in solchen Fällen stets, Kaufaufträge in der von mir notierten Höhe erteilt zu haben. Ich erkannte natürlich, dass er log, konnte aber nichts Gegenteiliges beweisen. Ich musste die Rolle des „dummen Lehrlings“ hinnehmen.

(Ein Schaden konnte mir allerdings nicht angelastet werden, denn Lehrlinge hatte man so überwachen, dass sie keinen Schaden verursachen konnten. Die Folgen unzureichender Aufsicht musste der Lehrbetrieb hinnehmen. So kam ich wenigstens ohne Ersatzpflicht davon.)

Aufmerksam geworden und um weiteren Mißbräuchen und falschen Anschuldigungen vorzubeugen, ging ich dem Verhalten dieser Person aufmerksam nach.

Ich entdeckte, dass die Kauf-Aufträge nie durch ein ausreichendes Kontoguthaben oder in einer anderen Art gedeckt waren, weshalb die Bank eigentlich die Kaufaufträge gar nicht hätte akzeptieren dürfen.

Ich fand wenig später zudem auch das Motiv für das „fraudulente“ Verhalten heraus.

Obgleich der Betreffende völlig vermögenslos war, versuchte diese Person ausreichendes Kapital für die Beteiligung an einer neuen Kölner Bank „zusammenzuscharren“.

Diese Person hatte schon einen potentiellen Partner gewonnen, nämlich einen einstigen Mitschüler aus einer sehr begüterten Familie (Herrscher über einen bedeutenden, noch heute existierenden Versicherungskonzern).

Dieser Freund war allerdings nur unter der Bedingung bereit, bei der Sache mitzuwirken, dass der Filialleiter einen seiner eigenen Beteiligung wenigsten gleich hohen Kapitalbetrag einbringen könne.

Etwa ein Jahr später hatte der „Kollege“ sein Ziel erreicht und wurde Bankier.

1954, am Tage meines 18. Geburtstags, fand ein Betriebsausflug der Bank auf einem Rheinschiff statt, das rheinauf bis Koblenz fuhr, dort umkehrte und an seinen Liegeplatz in Düsseldorf zurückkehrte.

Einige der an der Veranstaltung teilnehmenden Bank-Manager hatten von meinem Geburtstag erfahren und kamen, um mir, mit zwei vollen Schnaps-Gläsern in der Hand – eines immer für mich - zu gratulieren.

Ich hatte noch nie Alkohol genossen und wurde bald einigermaßen enthemmt.

Auch der „Defraudant“ stellte sich ein und wollte mir, seinem Opfer, ebenfalls die Hand zum Glückwunsch reichen.

Durch den Alkohol ermutigt, rief ich recht laut aus, dass ich Betrügern nie die Hand reiche.

Eigentlich hätte es jetzt einen Skandal geben müssen, zumindest so etwas wie eine Empörung. Doch das Gegenteil geschah.

Alle Anwesenden amüsierten sich köstlich.

Ich erkannte: Die Lacher wussten über alles Bescheid und hatten ihren „Kumpel“ bei seinen dunklen Geschäften gewähren lassen. (Ob sie selbst in Ähnliches verwickelt waren, weiss ich bis heute nicht.)

Finale:

Der Neu-Bankier betrieb tatsächlich über viele Jahre eine Bank unter seinem Namen.

Schließlich brach sie - so damalige Presseberichte – wegen Spekulationen eines seiner leitenden Angestellten zusammen.

Dieser Herr hatte also selbst im Sturz noch einen Sündenbock gefunden. Zuletzt war er aber doch noch selbst, ich würde sagen, wohlverdient, mit in den Abgrund gerissen worden.

1955 – zwei Jahre nach meinem Lehr-Abschluss – wechselte ich von der „Bank für Gemeinwirtschaft AG“, die sich inzwischen anderen westdeutschen Gemeinwirtschaftsbanken zusammengeschlossen hatte, zur Tochtergesellschaft in Berlin, die noch nicht unter dem Namen „Bank für Gemeinwirtschaft“ (Stichwort: Besatzungsstatut) operieren durfte und sich deshalb „Bank für Wirtschaft und Arbeit zu Berlin AG“ nannte.

In Westdeutschland waren die zügellosen, „wilden Jahre“ inzwischen vorüber; „Zucht und Ordnung“ kamen überall im Finanzwesen zügig voran, auch bei meiner Lehrfirma.

Nicht so in Berlin, der „Frontstadt“, wo sich zwielichtige Gestalten und Glücksritter aus Ost und West ein Stelldichein gaben, weil die Grenzen noch recht offen waren, was vor allem Glücksritter für ertragreiche Aktionen ausnutzten.

Mein dort spät ins Geschäft gekommener neuer Arbeitgeber musste sich noch einen „Platz an der Sonne“ erkämpfen.

Die schon länger etablierten Geldhäuser waren bereits mit gut beleumundeten Firmen liiert, weshalb besonders diejenigen bei der neuen Bank Deckung suchten, die bei den „arrivierten“ Geldhäusern kein Glück hatten.

Mir begegneten unter diesen Verhältnissen in Berlin noch viel drastischere Dinge, als ich sie schon in Düsseldorf erlebt hatte.

Auch davon werde ich für das Thema dieser Aufzeichnung durchaus relevante Vorkommnisse berichten und gebe dem folgenden Unter-Kapitel deshalb den Namen „**Wahre Räuberepisoden aus der Frontstadt**“:

Als ich meine Arbeit begann, war ich bei dieser Bank der einzige, der eine geordnete Ausbildung zum Bankkaufmann absolviert hatte.

Es gab zwei Vorstandsmitglieder, der eine war zuvor Adjutant des amerikanischen Stadtkommandanten gewesen, der mit diesem Posten „versorgt“ worden war; er war **US-Bürger**, sprach aber perfekt Deutsch, weil er einer (jüdischen) Familie **aus Breslau** entstammte. Er nahm seine Aufgabe lässig, quasi als gut honorierte Freizeitgestaltung, wahr.

Der zweite im Vorstand war ein Gewerkschaftler, der **unter der Nazi-Herrschaft im KZ** gesessen hatte und deshalb „ehrenhalber“ bei der Bank untergebracht worden war. Eine Bank hatte auch er zuvor noch nie „von innen“ gesehen.

Ich begann meine Arbeit bei der Bank kurz nach dem Jahreswechsel 1955/1956. Es war der Zeitpunkt, zu dem die Jahresbilanz für das zu Ende gegangene Geschäftsjahr zu erstellen war.

Der Bilanzprüfer war bereits anwesend, hatte aber Schwierigkeiten mit dem Rechnungswesen, weil dies den Grundregeln für eine Bank-Aktiengesellschaft krass widersprach.

Ich wurde zu seiner Unterstützung abgestellt. Gemeinsam erarbeiteten wir beide aus dem vorhandenen „Rohmaterial“ einen ordnungsgemäßen Jahresabschluss.

Die Bank fand Zugang zu westlichen Firmen, die auf „**Bartergeschäfte**“ spezialisiert waren, wie etwa den Bezug von geschlachteten Brathähnchen aus China, die ein niederländischer Großhändler gegen Erzgebirger Spielzeug tauschte, um dieses dann weltweit gegen konvertible Währung abzusetzen.

Ein anderes Tauschgeschäft war der Bezug von **Fischmehl aus Peru für die DDR** zur dortigen Futtermittel- und Düngerproduktion, dessen Wert von der DDR mit Chemikalien aus Bulgarien beglichen wurde, die dann ihren Weg in den Westen fanden.

(Gerade an Letzteres erinnerte mich, als ich, viele Jahre später, in Peru arbeitete und eine gerade frei gewordene gute Wohnung gefunden hatte, deren **Vormieter, eine im Fischmehlgeschäft herausragende dubiose Person**, kurz zuvor in einer Gangsterfehde in derselben Wohnung ermordet worden war, wodurch diese für mich frei geworden war.)

Aber auch bei meinem ersten Einsatz **in Kolumbien** begegneten mir ähnliche Geschäfte:

Die DDR lieferte damals Kraftfahrzeuge, IFA-Kleinlaster und halbfertige Wartburg-Pkws, die mit Kaffee bezahlt wurden, den die DDR ohne Mengenbeschränkung beziehen konnte, weil sie kein Mitglied des Welt-Kaffee-Abkommens war.

Der Kaffee ging allerdings keinesweg in die DDR oder in ein anderes Ostblock-Land, sondern wurde, mit Hilfe frasierter Frachtpapiere, direkt nach West-Deutschland geschmuggelt.

Die Qualität der importierten DDR-Autos war miserabel; Ersatzteile waren nicht mitgeliefert worden, worum es sie nirgendwo gab.

Die Käufer fühlten sich betrogen und protestierten öffentlich gegen ihre Regierung, die sie

zum Kauf animiert hatte.

Ich erlebte während meiner ersten Kolumbien-Zeit in Bogotá eine unvergeßliche Protest-Demonstration mit solchen „Schrottmühlen“.

(Es entstand damals sogar ein aus einem bekannten, in allen Ländern spanischer Sprache bekannten Volkslied abgeleiteter Spottgesang auf diese Autos, dessen Refrain lautet „El cariño verdadero, ni se compra, ni se vende“, etwa auf Deutsch „Wahre Liebe ist nicht käuflich, sie ist aber auch nicht verkäuflich“.)

Ich war mehrfach als Vertreter der Bank bei Verhandlungen mit den DDR-Behörden dabei und lernte so schon damals das spezifische Verhalten der Vertreter des Sowjetsystems kennen, das mir später, in der ersten Zeit meiner Aktionen im Baltikum, erneut entgegenschlug.

Besonders eindrucksvoll waren geschickte Manipulationen beim **Bezug von Treibstoffen aus Leuna** (im Rahmen von Bezugsgenehmigungen des Senats von West-Berlin):

Hieraus eine weitere eindrucksvolle – thematisch relevante - Episode:

Zwei **clevere Zwillingbrüder**, einer mit Wohnsitz in Ost-, der andere in Westberlin, hatten sich zu sehr erfolgreichen faktischen Monopolisten auf diesem Markt entwickelt.

Die beiden Brüder sahen sich derart ähnlich, dass man nie wusste, wen man gerade vor sich hatte. Beide konnten deshalb unangefochten zwischen West und Ost pendeln, denn die Fotos in ihren Ausweisen wiesen keinerlei Unterschiede auf.

Deren Monopolposition entwickelte sich so:

Der gerade im Westen agierende Bruder ging ganz früh morgens in Stehknäulen der Westberliner Arbeiterviertel, weil dort immer **Alkoholiker** waren, **die** am Ende der Öffnungszeiten **ihre Zeche nicht zahlen** konnten.

Er übernahm die Bezahlung, wenn der Säufer sich bereit erklärte, mit ihm sofort einen schon zuvor arrangierten Notartermin wahrzunehmen, was der Ausgelöste fast immer ohne Zögern annahm.

Dort wurde dann im Handumdrehen eine **Zwei-Mann-GmbH auf den Namen des Trinkers** gegründet, wobei gleichzeitig die Übertragung von dessen Gesellschaftsanteil auf den Namen des anwesenden (zumindest als solchen ausgewiesenen) Zwillingen beurkundet wurde.

Auf diese Weise brachten die Brüder rasch eine große Zahl von Gesellschaften zusammen, die sie so gut wie jeden **Zuschlag für die Bezugsgenehmigungen** der Westberliner Verwaltung **gewannen**.

Damit war die Grundlage für sehr guten Gewinn bringende Operationen geschaffen – für sie selbst, aber auch für ihre Helfershelfer auf der DDR-Seite.

Zur Helfershelferschaft der DDR-Kumpane:

Den Brüdern gelang es, einen **Kontaktmann an der DDR-Staats-Spitze** (später wurde dieser Minister, verstarb aber wenige Jahre später) für ihre Transaktionen zu gewinnen.

(Man hatte sich **im KZ kennengelernt**, wo die Brüder als Juden eingesperrt waren, der andere als Kommunist.)

Der DDR-Mann war seinem System treu, allerdings mit der Nuance, sich für einen nicht auszuschließenden Ernstfall ein Geldpolster im Westen anzulegen.

Die Brüder waren ihm dabei behilflich, wofür er auch ihnen sehr effektiv half.

Die Basis-Manipulation waren **zwei Versionen der Rechnungen für die DDR-Lieferungen**, die eine, für die dortigen Behörden, mit einer etwas geringeren Endsumme, die andere, mit

einem höheren Endbetrag, für die Westberliner Verwaltung und den West-Zoll.

Das ergab bereits eine erkleckliche Differenz, einerseits zugunsten der Brüder und andererseits auch für ihren Partner aus dem Osten.

Es gab aber noch eine **zusätzliche Quelle für die Bereicherung** aller drei Partner, die sich wie folgt darstellte:

Die in Leuna für die Befüllung der DDR-Kesselwagen und für den Zugverkehr nach Westberlin Verantwortlichen befüllten – selbstverständlich gegen eine Kompensation – eine größere Zahl von Zisternen mit Treibstoff, als in den Frachtpapieren ausgewiesen und schickten die Güterzüge so über die Grenze nach Westberlin.

Kurze Zeit vor deren Eintreffen in Westberlin hatten die Brüder schon Tankstellen-Betreiber alarmiert und dafür gesorgt, dass die Kesselwagen im Eiltempo entleert wurden, sowie dass die Tank-Lastwagen mit der Ware das Bahnhofsgelände schnurstracks verließen.

Der Zoll bemerkte zwar bald, dass die wirkliche Zahl der Kesselwagen nicht mit der in den Papieren vermerkten übereinstimmte.

Auf Nachfragen des Zolls wurde jedesmal überzeugend eingewandt, dass man aus Bequemlichkeit, nämlich **zum einfacheren Rangieren, ein paar leere Waggons über die ganz nahe Ost-West-Grenze mitgeführt** habe, die nun wieder in den Osten zurückgefahren würden.

Einer der Brüder hob regelmäßig an einem Samstag – damals waren die Banken an diesem Tag noch vormittags geöffnet – den „Differenzbetrag“ in bar ab und flog kurz darauf mit der „**Wochenbeute**“ von Berlin-Tempelhof nach Zürich.

Ich kam diesem Spiel auf die Spur, weil an einem Samstag der Kassierer der Bank unerwartet ausgefallen war und ich als Ersatz einspringen musste.

Wie üblich erschien der eine der Brüder, um das aufgelaufene Beute-Geld (sein eigenes, das seines Bruders und den Anteil des DDR-Komplizen) in bar abzuheben.

Ich zählte es ihm vor und **erbat seine Unterschrift auf der Quittung**.

Der Kunde erwiderte daraufhin, dass er die Quittung - wie schon immer praktiziert - leider erst am kommenden Montag werde unterschreiben können, weil es ihm als gläubigem Juden **am Sabbat nicht möglich** sei, das zu tun.

Die Annahme von Geld sei hingegen nach seinen Glaubensregeln an diesem Tag durchaus erlaubt.

Ich mußte mich beugen, denn die **Brüder** gehörten zu den **besten Kunden der Bank**, die „gepflegt“ werden mußten.

Das Wochenende verbrachte ich in großer Angst.

Ich fürchtete nicht so sehr, daß der Empfänger des Geldes wortbrüchig werden könnte, sondern ich stellte mir vor, dass er vor der Leistung der Quittung hätte tödlich verunglücken können.

Es lief aber alles gut ab. **Am Montag** wurde, wenn auch verspätet, so doch **ordnungsgemäß, quittiert**.

Monate später durchsuchte die Staatsanwalt die Bank in dieser dubiosen Angelegenheit. Man fand aber nichts. Das Verfahren wurde eingestellt.

Die Brüder haben das so Erwirtschaftete wohl – bis zu ihrem irdischen Ende - unbehelligt genossen.

Ihrem **DDR-Partner** war das nicht vergönnt. **Bevor** er seinen **Beuteteil in Empfang** nehmen

konnte, war er **tot**. Sein Anteil ruht wohl „auf ewig“ auf einem Schweizer Nummernkonto.

Kondensate als Denk- und Handlungsanregungen:

„Gewerkschaftsbanken“ sind eine **Variante der bürgerlichen Selbsthilfe in Wirtschaftsangelegenheiten** und dem **Genossenschaftswesen** in der Grundidee **verwandt**.

Sie **setzen kräftige** Arbeitnehmerorganisationen, das heißt **freie, demokratisch strukturierte Gewerkschaften**, voraus.

Die dargestellten Beispiele zeigen, dass eigennütziges und/oder selbstgefälliges, die **Grundmandate verratendes Handeln der Verantwortlichen** solcher Selbsthilfe-Einrichtungen zu deren Niedergang führt, wenn nicht **entschieden gegengesteuert** wird.

Blindes Vertrauen in westliche Vorbilder ist beim Wiederaufbau der Strukturen der bürgerlichen Wirtschaft im Baltikum **unangebracht**, was die geschilderten Erfahrungen des Verfassers ebenfalls zeigen sollen.

Auch die besten **Selbsthilfesysteme** in Wirtschaftsdingen sind ständig von **Verirrungen** und **Missbrauch** bedroht. Deshalb benötigen sie immer ihren Prinzipien und ihrer Arbeitsweise angepasste, zugleich autonome und weisungs-unabhängige **Selbstschutzmechanismen**.

Frühere Gewerkschaftsbanken in Italien und in Deutschland

Die deutschen Gewerkschaftsbanken der Nachkriegszeit hatten historische Vorläufer aus der Zeit nach dem „Ersten Weltkrieg“, sowohl in Deutschland, als auch in Italien, wobei die Errichtung der italienischen Arbeiterbank denjenigen der im „Deutschen Reich“
entstandenenen
voranging.

Bevor ich näher auf diese Gewerkschaftsbanken eingehe, füge ich hier Anmerkungen zum **Spannungsfeld zwischen individualistischen und kollektivistischen Organisationen der wirtschaftlichen Selbsthilfe** ein.

Die **Gewerkschaftsbanken**, sowohl die in diesem Kapitel angesprochenen, als auch die zuvor behandelten „Gemeinwirtschaftsbanken“ tragen kollektivistische Züge, verstehen (bzw. verstanden) sich aber zugleich als freie Wirtschafts-Assoziationen, was schon nahelegt, dass Konflikte zwischen kollektivistischen und individualistischen Ansätzen der Selbsthilfe-Wirtschaft, wenn es diese denn überhaupt gibt, auf einem anderen Felde zu suchen sind.

Deshalb zunächst ein Exkurs in die europäische **Geschichte der wirtschaftlichen Selbsthilfe**, mit einem Akzent auf Osteuropa.

Schon lange **vor der „Industriellen Revolution“** gab es funktionierende **kollektivistisch-genossenschaftliche Formen der Kooperation** zur Sicherung der Existenz der Schwächeren in den nationalen Gesellschaften in Europa.

Hervorhebenswert ist besonders die **russische Mir**. Sie beruhte auf einem dörflich-nachbarschaftlichen Gegenseitigkeits-System, für das die Rotation in der Nutzung des landwirtschaftlichen Bodens innerhalb der Mir-Zugehörigen kennzeichnend war.

(Vor der – russischen – Bauernbefreiung, der letzten unter den europäischen Bauernbefreiungen und damit die modernste, milderte die Mir die schlimmsten Auswüchse der Fron.)

Mit der Befreiung wurden die Bauern die Last der Fron los (verloren aber auch den Schutz der Herrschaft), sie wurden jedoch allenfalls formal Herren des von ihnen bewirtschafteten Landes, denn sie verharrten weiter in der Boden-Rotation.

Die Bestellung einer **Hypothek zur Sicherung eines Darlehens** war **unmöglich**, weil keinem Bauern auf Dauer eine bestimmte Bodenfläche zuzuordnen war.

Dennoch schafften es die russischen Bauern dem Staat – über die ihnen auferlegten Abgabenlasten für die Gewährung ihrer Freiheit – eine „sprudelnde“ Einnahmequelle zu verschaffen.

(Russland wurde es durch den **Geldzustrom** aus den Bauern-Zahlungen möglich, die **Errichtung moderner Industrien** – viele von ihnen in der Hand ehemaliger Groß-Agrarier – zu unterstützen und darüber hinaus aufwendige militärische Aktionen zu finanzieren, etwa den „Russisch-Japanischen Krieg“ von 1904/1905.

Auf die im Kapitel „Definition der Genossenschaften im europäischen Geist“ gemachten Ausführungen zum **russischen Genossenschaftsgesetz von 1917**, das infolge der sowjetischen Machtübernahme zwar nicht im russischen Kernland zur Anwendung kam, aber in den unabhängig gewordenen baltischen Ländern in der Zwischenkriegszeit, zumindest in seinen unveränderten Grundprinzipien weiter galt, wird an dieser Stelle noch einmal hingewiesen.)

Die Bolschewisten plünderten nach ihrer Machtübernahme am Ende des „Ersten Weltkrieges“ alles, was sich der Bauernstand (Mir-Angehörige und moderne Landwirte – die sog. Kulaken) erwirtschaftet hatten, um ihre Zielgruppe, das hungernde städtische Proletariat, „bei der Stange“ zu halten.

Den Ausgeplünderten wurde zudem die Kontrolle über ihre Selbstverwaltungs-Einrichtungen, die Mir, entzogen. Diese wurden zu zentralstaatlich beherrschten Zwangseinrichtungen, den Kolchosen.

Die **Sowjetunion** errichtete also ihr System, zumindest was den ländlich-landwirtschaftlichen Sektor angeht, **auf dem Fundament der von ihr usurpierten Mir**.

Die neuen Herren über das Volk **pervertierten** in ihrem Herrschaftsbereich – der nach dem „Zweiten Weltkrieg“ bedeutend ausgedehnt wurde - **alle vordem freien, demokratischen Selbsthilfe-Assoziationen** in ihrem Sinne.

Einige Jahrzehnte nach der Machtergreifung der Sowjets in Russland, reüssierten auch in Westeuropa, zunächst in Italien und dann in Deutschland auf autoritäre Alleinherrschaft abzielende populistische Gruppierungen (= **Faschismus in Italien** und Spanien und **Nationalsozialismus in Deutschland** und Österreich).

Wenn diese neuen Machthaber **auch** einer der sowjet-russischen völlig **entgegengesetzten Ideologie** anhängen, waren sie **doch in ihrer usurpatorisch-repressiven Praxis** den Herrschern über Rußland recht **ähnlich**.

Wie schon zuvor die Bolschewisten, nutzten Faschisten und Nationalsozialisten Zeiten wirtschaftlicher und politischer Depression und die dadurch verursachte verzweifelte Lage der lohnabhängigen Arbeiter für ihre Ziele.

Den Faschisten und den Nationalsozialisten gelang es, teils durch Versprechungen, teils durch Druck, die (bis dahin autonomen, weitgehend demokratischen) freiheitlichen Arbeiter-Organisationen vollständig zu unterwandern und sie sich dienstbar zu machen.

Fazit:

Sowohl die ursprünglich **freien Selbsthilfe-Einrichtungen**, als auch die **sowjetischen**, die

faschistischen und die **nationalsozialistischen** (wirklichen oder nur dem Namen nach) „volksnahen“ Wirtschaftseinrichtungen stehen in einer **gemeinsamen historischen Linie**.

Die **freien** – und nur diese - Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe (= die **Vorkriegs-Genossenschaften** und die ihnen in der Zweckbestimmung nahen **kommunalen Förder-Institutionen** aus jener Zeit) sind **werthaltige Referenzen für zeitgemäße neue Ansätze in den baltischen EU-Ländern**; die anderen aber, gleichgültig, ob nach „links“ oder nach „rechts“ tendierend, sind „unecht“ und dienen allenfalls als abschreckende Beispiele.

Ein „für und wider“ nüchtern abwägender **Vergleich zwischen staatlich verordneten und dirigierten Einrichtungen** und **freien Assoziationen von Bürgern** lohnt sich nicht nur rückschauend, sondern vor allem in die Gegenwart und, vor allem in die **Zukunft der baltischen Gesellschaften in der EU** schauend.

Der fundamentale Unterschied zwischen beiden Richtungen ist **Freiheit von Zwang**, bei den einen, den **Originalen** und **unfreiheitlicher Dirigismus und Fremdbestimmung** auf der anderen Seite.

Bürgerliche Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe können als **Verbund individuell arbeitender** Unternehmen betrieben werden; Unternehmer (in allen Wirtschaftsbereichen) können **aber auch** Betriebseinheiten vollständig oder teilweise zusammenlegen und sie „**kollektivistisch**“ betreiben. Beide Alternativen finden in einer Genossenschaft ihren geeigneten Platz.

Es gibt schon heute durchaus erfolgreiche **freie wirtschaftliche Kollektive** auch **in den baltischen Ländern** (so etwa gemeinschaftlich von Frauen betriebene **Friseursalons**, wo sie in einem **gemeinsamen Geschäftsraum mit ihnen selbst gehörenden Werkzeugen** ihre Dienste auf individuelle Rechnung anbieten).

Auch in Westeuropa unterhalten mehr und mehr **landwirtschaftliche Genossenschaftler kollektiv** Betriebsanlagen, für welche die Wirtschaftskraft einzelner Genossen nicht ausreicht.

Schließlich soll in diesem Zusammenhang auch das Beispiel der israelischen **Kibbuzim** genannt werden, weil auch sie freie, von zionistischen Siedlern, viele von ihnen aus Osteuropa stammend, aufgebaute Kollektive sind. (Sowohl Grundelemente der russischen **Mir** können im System Kibbuzim ausgemacht werden, als auch solche des europäischen Genossenschaftswesens).

In Italien wurde schon Anfang des 20. Jahrhunderts das „**Istituto per la Cooperazione**“ gegründet, später in „**Banca Nazionale del Lavoro per la Cooperazione**“ umbenannt, aus der die noch heute existierende, in der faschistischen Epoche Italiens, die damals sehr bedeutende staatliche „**Banca Nazionale del Lavoro**“ hervorging.

Die Bank wurde nach dem Zweiten Weltkrieg privatisiert und verlor ihre vormals beherrschende Stellung in der Kreditwirtschaft.

Schließlich wurde sie von der „**Banque Nationale de Paris – BNP / Banque de Paris y des Pays Bas – Paribas**“ übernommen und in deren System eingegliedert.

In **Deutschland** gab es **vor der nationalsozialistischen Zeit** mehrere **Arbeitnehmerbanken**. Deren bedeutendste war die 1923 gegründete „**Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG**“.

Im „Dritten Reich“ wurden alle diese Institutionen gleichgeschaltet und zur „**Bank der deutschen Arbeit AG**“ verschmolzen.

Diese Bank hatte wichtige Befugnisse in den im Zweiten Weltkrieg deutsch besetzten

Gebieten Osteuropas, vornehmlich in Bezug auf die von dort stammenden „Fremdarbeiter“.

Die „Bank der deutschen Arbeit“ wurde nach dem Krieg unter Zwangsverwaltung der Alliierten gestellt und dann abgewickelt.

In der Endphase dieses Prozesses spielten auch die neuen „**Gemeinwirtschaftsbanken**“ eine bedeutende Rolle.

Kondensate als Denk- und Handlungsanregungen

Diese Beispiele aus der faschistischen bzw. der nationalsozialistischen Zeit zeigen, dass **populistische** Bewegungen, einmal an die Macht gekommen, **alles Vorhandene in volksnahen gesellschaftlichen Bewegungen usurpieren**, es pervertieren und es zur **Zementierung ihrer Macht** einsetzen.

Der **Unterschied zwischen Faschismus bzw. Nationalsozialismus und Sowjet-Sozialismus** liegt darin, dass Letzterer darauf aus ist, die **bürgerliche Wirtschaft** vollständig zu beseitigen, während die beiden anderen Bewegungen das bürgerliche Erbe zwar **formal bestehen lassen**, es sich aber **inhaltlich aneignen**.

Siehe in diesem Zusammenhang auch die Kapitel „Gewerkschaftsbank im Nachkriegs-Westdeutschland“ und „Lateinamerikanische und karibische Arbeiterbanken...“, das nun folgende Kapitel.

Lateinamerikanische und karibische Arbeiterbanken

Während meiner Arbeitszeit in Peru (s. dazu auch das Kapitel „Peru“) wurde mir von der „Bank für Gemeinwirtschaft“ vorgeschlagen, für eine unter ihrer Ägide geführte **Schriftenreihe** etwas zu „**Arbeiterbanken in Lateinamerika und in der Karibik**“ zu schreiben.

Banken dieses Typs wurden damals **von den USA zur Verhinderung radikaler gesellschaftlicher und politischer Umstürze** in Lateinamerika und in der englisch sprechenden Karibik initiiert und mit personeller, sowie materieller Starthilfe voran gebracht.

Binnen kurzer Zeit entstanden **Arbeiterbanken in Argentinien, Costa Rica, Honduras, Guatemala, Trinidad und Tobago, Venezuela** und in **Puerto Rico**.

Vorbereitet, aber schließlich nicht zu Ende geführt, wurde der Aufbau von Arbeiterbanken in **Nicaragua, El Salvador, Paraguay, Jamaika** und **Kolumbien**.

Dies alles wird von mir in **mehreren Broschüren** (erschieden in der „Schriftenreihe Gemeinwirtschaft“ der Europäischen Verlagsanstalt) beschrieben (und zwar auf Deutsch, auf Spanisch und auf Englisch).

Die Hefte tragen folgenden Titel:

1. **„Die Arbeiterbanken in Lateinamerika und in der Karibik“**, (zunächst gedruckt, als Nr. 12 der Reihe und dann als Nr. 21 (mit auf Veranlassung der Herausgeber revidiertem Inhalt).

(Anmerkung: **Heft 12 wurde „eingestampft“**, weil in ihm unerwünschte – aber durchaus den

Tatsachen entsprechende – Kritik

an der argentinischen Arbeiterbank geübt wurde, die von der „Bank für 'Gemeinwirtschaft'“ kurz zuvor zu ihrem Favoriten in Lateinamerika auserkoren worden war. Mir ist es gelungen, einige Exemplare vor dem Reißwolf zu retten.)

2. „*Bancos Obreros de América Latina y el Caribe*“, ebenfalls Nr. 21, eine wörtliche, von mir vorgenommene, **Übersetzung des aus dem Verkehr gezogenen Heftes 12, was dem Herausgeber wegen fehlender Fremdsprachen-Kenntnisse nicht aufgefallen war.**

3. „*Labour Banks in Latin America and the Caribbean*“, gleichfalls als Nr. 21, ebenfalls eine, allerdings nicht von mir gefertigte, Übersetzung des Textes der „eingestampften“ Nr. 12.

In der gleichen Schriftenreihe sind zudem Broschüren zum Thema „Arbeiterbanken“ von anderen Verfassern erschienen, sowie einige Broschüren zu allgemeineren Fragen der „Gemeinwirtschaft“.

Es sind dies folgende Titel:

Achim von Loesch, „Die Bank für Gemeinwirtschaft“, Schriftenreihe Nr. 20.

Achim von Loesch, „*The Bank für Gemeinwirtschaft*“, Series Commonweal Economy No. 20.

Oskar George, „*The BSV Bank – Bank for Investment of Savings and Capital Formation*“, Series Commonweal

Economy, No.26. Achim von Loesch, „*North-American Workers' Banks in the Twenties*“, Series

Commonweal Economy, No. 7. Yoshio Hoynden, „*Labour Banks in Japan*“, Gemeinwirtschaft Series,

No. 16. Achim von Loesch, „*German Labour Banks in the Twenties*“, Series Commonweal Economy,

No. 12. Walter Hesselbach, „Gemeinwirtschaftsbanken in Entwicklungsländern“, Schriftenreihe, Nr. 8.

W.W. Engelhardt, „Sind Genossenschaften gemeinwirtschaftliche Unternehmen?“, Schriftenreihe Nr. 29.)

Kondensate als Denk- und Handlungsanregungen

Dieser Typ einer **Selbsthilfebanks für Einkommensschwache** atmet den **Geist des „Kalten Krieges“** und erscheint schon deshalb wenig empfehlenswert als Beispiel für das Baltikum oder anderswo.

Es ist bei diesem Banktyp eine gedankliche Nähe zu den **in den Reformländern** im Osten Europas **mit nordamerikanischer Unterstützung** aufgebauten „**Spar- und Darlehensvereinen**“ (etwa in **Estland**, wo es für sie sogar ein **Sondergesetz** gibt) zu erkennen.

Eine **Verwandtschaft mit „Mikrokredit-Instituten“**, die im Rahmen der wirtschaftlich-politischen Wende im Osten als **Palliativ** gegen Auswüchse des Neo-Liberalismus in der „Dritten Welt“, aber teilweise auch in den „Reformländern“, empfohlen wurden und werden, ist ebenfalls auszumachen.

Arbeiterbanken sind das **Gegenkonzept zum konservativen** – s. die Ausführungen in den Kapiteln „Kolumbien“ und „Anregungen aus der Neuen Welt für ein erneuertes Genossenschaftswesen im Baltikum“ - **Ansatz**, dass die **Ärmsten der Armen nicht kreditwürdig** sind und diese allenfalls **durch striktes Sparen mit Konsumverzicht vorwärts** kommen können.

(Siehe zu dem angesprochenen Gegenkonzept auch das Kapitel „Bangladesch“, sowie weiterhin das Kapitel „Mikrokredit – Vom Kalten Krieg bis zur Wende im Osten“.)

Anregungen aus der „Neuen Welt“ für ein erneuertes Genossenschaftswesen im Baltikum

Mikrokredit – Vom „Kalten Krieg“ bis zur „Wende im Osten“

Gegen Ende des „Kalten Krieges“, aber noch vor der politisch-ökonomischen Wende im Osten, entwickelte sich ein besonderer Typ von „Arme-Leute-Banken“, nämlich jene der „**Mikrokredit**“-Einrichtungen, für die nicht nur Förderer aus dem Kreis der sog. „Nichtregierungsorganisationen“ (= NRO's/NGO's) Propaganda machen, sondern auch offizielle ausländische und internationale Autoritäten.

Besonders gern bezieht man sich dabei auf die „**Grameen Bank**“ in Bangladesch und ihren **Urheber** (und „Guru“) Muhammad Yunus, der eine solche Einrichtung **lange Zeit unumschränkt** regierte.

Die „**Grameen Bank**“ ist das „**Grundmodell**“ vieler Kreditinstitute dieses Typs, die zweierlei zugleich bewirken sollen, nämlich, zum einen, durch solidarisches Handeln den „Ärmsten der Armen“ einigen von ihnen Zugang zu einer eigenständigen Existenz zu eröffnen und, zum anderen, eine Alternative zur rein karitativen Armenfürsorge in den ökonomisch und sozial schwächsten Ländern der Welt zu werden.

Vereinfacht ausgedrückt, mit dem Instrument „Mikrokredit“ **sollen sich die wirtschaftlich Kraftlosen solidarisch selbst aus dem „Morast“ befreien**, in dem sie tief stecken.

Ich benutze das **Wort „Morast“**, weil es an die Erzählung des **livländisch-deutschen „Lügenbarons“ Borries von Münchhausen** anknüpft, der mit einer Fabel volkstümlich, aber einleuchtend, eine Illusion karikiert, was die Mikrokredit-Befürworter allen Ernstes als eine realistische Option empfehlen.

Da ich am Ende meiner beruflichen Laufbahn **das „Vergnügen“ hatte, Mohammed Yunus und sein Umfeld (vor Ort) über einen längeren Zeitraum zu beobachten**, berichte ich hier ausführlich über meine Erkenntnisse:

Das Projekt „Grameen Bank“ kam in Zeiten der immer intensiver werdenden Spannungen zwischen Ost und West rasch voran, weil **Yunus vom „Westen“ und von den „westlich Gesinnten“ in Bangladesch selbst ideell und materiell unterstützt** wurde.

Die Sowjetunion war mit ihrer Intention, das **Land Bangladesch** – es trägt heute immer noch den Titel „**Volksrepublik**“ - vollständig an sich zu ziehen, bereits gut voran gekommen und deshalb ein sehr ernster **Konkurrent des „Westens“ am Golf von Bengalen**.

Die Mächtigen im Lande unterstützten das Vorhaben, um mit einem neuartigen, durch externe Hilfen gestützten Lösungsansatz für das **Problem der destabilisierenden Massen-Armut** zugleich für ihr eigenes Überleben zu sorgen.

Die „**Grameen-Bank**“ praktiziert ein recht **rigoroses System zum Sichern der Bedienung der** von ihr gewährten **Darlehen**.

Mitbestimmung durch die Zielgruppen der Bank ist bei der Bank **so gut wie unbekannt**.

Zu niedrig angesetzten Verwaltungskosten der Bank überstiegen bald bei weitem ihre Einnahmen aus Zinsen und Gebühren.

Sie geriet dadurch in eine Liquiditätskrise, wurde aber **mit Staatsgeld gerettet**, weil sie für das Land „**systemrelevant**“ geworden war.

Für sein Heimatland waren Herr Yunus und sein Werk unentbehrlich geworden, denn durch seine Aktionen flossen dem armen, überbevölkerten Land dessen Lebenselixir zu, nämlich **üppige internationale Finanzhilfen**, für Bereiche auch weit jenseits der Zielgruppen der „Grameen Bank“.

(Herr Yunus erhielt sogar vor einigen Jahren für sein Lebenswerk sogar den **Friedens-Nobelpreis**, woraus auch Bangladesch weiteren Nutzen zog.)

Das „**Selbst-Vermarktungs-Genie**“ Yunus - so seine Charakterisierung durch eine bedeutende deutsche Förder-Institution - wusste nicht nur klug seinen Ruf als Philanthrop zu pflegen, sondern auch seinen **persönlichen Vorteil** zu wahren (verkörpert in einer von ihm betriebenen und **von seiner „Aura“ profitierenden Telekommunikations-Gesellschaft**.

Gerade wegen der Abhängigkeit der Bank von **ständigen Finanzspritzen ausländischer Förderer** ist zu hinterfragen, ob es sich bei ihr um eine wirkliche Selbsthilfe-Einrichtung handelt.

Deren Tätigkeit wird immer noch als **gemeinnützig und wohltätig gepriesen**. Näheres Hinsehen nährt aber **Zweifel** an dieser Einschätzung:

Darlehen werden gern Frauen gewährt, die sich mit einem eigenen Broterwerb von der Dominanz ihres Ehemannes emanzipieren wollen.

Eine eingehende Überprüfung ihres Geschäftskonzepts findet kaum statt.

Pfänder zur Absicherung der Begleichung der Kreditsumme, der Zinsen und der sonstigen Kosten gibt es so gut wie nie.

Deshalb **muss** die **örtliche Gemeinschaft**, deren Glied die Darlehensnehmerin ist, für die Bezahlung von Gebühren, Zins und Tilgung **gesamtschuldnerisch bürgen**.

Bleibt die vereinbarte **Bedienung der Schulden aus**, wird rigoros **auf die Bürgen zurückgegriffen**, die dann – wie ist es auch anders zu erwarten – die Schuldnerin verteuflern.

Selbst wenn sich trotz der (stets prekären Führung) eines Unternehmens ohne Eigenkapital und ohne betriebspezifische Grundkenntnisse der Betreiberin, die kleine Firma einigermassen über Wasser hält, führt recht häufig ein weiterer Umstand zum **Desaster, vor allem wenn die Unternehmerin verheiratet** ist.

In Bangladesch gibt nämlich stets der **Ehemann „den Ton an“** und zieht aufgrund seiner unanfechtbaren Position in sehr vielen Fällen die Darlehenssumme an sich und „verprasst“ sie – als Herr im Hause - nach seinem Belieben.

Ein solcher Mann hütet sich davor, für das Geschuldete einzustehen; er ist ja schließlich nicht der Verpflichtete.

Die **allein gelassene Frau** wird wegen der Inanspruchnahme der (in aller Regel ebenfalls armen) Bürgen ausgegrenzt oder sogar regelrecht aus der Gemeinschaft ausgestoßen,

Sehr viele **Frauen verkraften das nicht** und begehen **Selbstmord**.

Dem übergriffigen Ehemann kommt das zugute, denn er ist nach ihrem Tod völlig frei und kann ohne Einschränkung eine neue Beziehung eingehen.

(Anmerkung:

In **Indien** – dem Land, mit dem Bangladesch bekanntlich historisch eng verbunden ist - gibt es seit der Kolonialzeit auf britischen Vorbilder zurückgehende „**Thrift Societies**“, Einrichtungen, die auf eisernes Sparen als Daseinsvorsorge für ihre Mitglieder spezialisiert sind, die aber keine Darlehen an ihre Mitglieder ausreichen.)

Diese „**Mikrokredit-Banken**“ sind **Vorläufer** der in den „Reformländern“ bald nach der Wende implantierten „Spar- und Darlehensvereine“ (= „**Credit and Loan Associations**“) nach **nordamerikanischen Vorbildern**.

Als Starthilfe fertigten (in den USA und in Kanada) **Bürger mit osteuropäischen Wurzeln** und Sprachkenntnissen **Muster-Gesetze in den jeweiligen Landessprachen** der ehemals von der Sowjetunion beherrschten Länder.

Aus diesen Vorlagen entstanden schon bald nach der „Wende“ in den „Reformländern“ Landesgesetze.

(Anders als Genossenschaften europäischen Typs **operieren** die „*Associations*“ **nicht am Markt**, sondern beschränken sich auf die Bedienung ihrer Mitglieder. Der Zusammenbruch einer solchen Einrichtung richtet deshalb kaum Schaden im allgemeinen Wirtschaftsgefüge an, denn sie operiert isoliert - als „geschlossener Wirtschaftsverein“ - und **erfordert deshalb allenfalls laxe staatliche Aufsicht.**)

Die Staatsführungen in den „neuen Marktwirtschaften“ erkannten rasch, dass sie so ohne Aufwand oder Gefahr sozial dringend benötigte **Palliative in Fällen extremer Armut** – vor allem im trostlosen Umfeld früherer Kolchosen - anbieten konnten.

Heute sind diese „**Spar- und Darlehensvereine**“ **fast überall** wieder **verschwunden** oder zumindest in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht - mangels professioneller Kompetenz, wegen Mißbräuchen ihrer Manager oder wegen des zu engen des – meist noch dazu, sehr armen - Kundenkreises.

Die wenigen noch heute anzutreffenden Unternehmen dieser Art betätigen sich kaum noch in ihrem Kerngeschäft, sondern in lukrativen Neben-Aktivitäten, wie etwa dem Vermitteln von Grundeigentum oder von Versicherungen.

Beide soeben vorgestellten **Armeleute-Krediteinrichtungen** gehen zudem auf andere **US-amerikanische Vorbilder** zurück, die als „*civil action*“ (= **nicht-militärische Vorab-Verteidigung**, dem Gegenstück zur „*military action*“ im Ernstfall) im „**Kalten Krieg**“ dem westlichen Ziel des **Zurückdrängens sowjetischer Einflüsse** dienten.

Diese werden jetzt von mir (am mir besonders gut bekannten Beispiel Kolumbien) skizziert:

In Kolumbien wurde - ebenso wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern - vor allem die US-amerikanische „*Cuna Mutual Group*“, Madison, Wisconsin, mit Unterstützung der US-Administration tätig, vor allem durch ihre operative Einheit „*Credit Union National Association*“.

Sie arbeitet vor allem **im Umfeld von Unternehmen mit vielen Arbeitnehmern.**

(Die Nähe zu den früher weit verbreiteten, von Plantageneignern oder Fabrikanten betriebenen, „*company stores*“, wie bis heute noch in den USA folkloristisch besungen werden, ist leicht zu erkennen.)

Die von CUNA in **Lateinamerika etablierten Spar- und Darlehenskassen** boten ihren Mitgliedern – aber nur diesen, denn sie waren und sind ebenfalls geschlossene Einrichtungen – Darlehen vor allem für den **Erwerb langlebiger Konsumgüter** (Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge) an und zusätzlich meist Klein-Lebensversicherungen, die vor allem die Beerdigungskosten beim Tod des Familienernährers und die Sicherung des Lebensminimums der Familie in der ersten Zeit nach seinem Ableben abdecken sollen.

Dieses Modell war und ist **durchaus im Sinne der Arbeitgeber**, denn es sichert – ohne besonderen Aufwand – den Betriebsfrieden und bindet Arbeiter an den Betrieb.

Auch die Regierungen der lateinamerikanischen Staaten – mit Ausnahme des revolutionären Kuba – begrüßten diesen Ansatz, weil er als effektives **Bollwerk gegen sozialistische Umstürzbewegungen** angesehen wurde.

(Siehe hierzu ergänzend die Ausführungen zu den „Arbeiterbanken in Lateinamerika und der Karibik“.

Kondensate als Denk- und Handlungsanregungen

Die „**Mikrokredit-Banken**“, ebenso wie ihre **lateinamerikanischen Varianten**, sind **konzeptionell mit dem „Kalten Krieg“ verbunden**.

Sie sind **nirgendwo aus eigener Kraft und** nur durch solidarisches **Engagement** ihrer **Zielgruppen** und stehen schon gar nicht auf einem **autochthonen Fundament**.

Einen wirklich wahrnehmbaren **Beitrag zum Wohlergehen** ihrer Adressaten leisteten sie, wenn überhaupt, dann nur marginal und ersetzen jedenfalls nie die öffentlichen **Wohlfahrts-Transfer-Leistungen**.

STATIONEN DES VERFASSERS AUSSERHALB VON EUROPA

Chile

Als ich, Ende 1964, als Doktorand nach Chile kam, wirkten bei mir die Eindrücke aus meiner Zeit bei den deutschen Gemeinwirtschaftsbanken (s. Kapitel „Gewerkschaftsbank im Nachkriegsdeutschland“) nach, was auch dort meinen Blick auf volksnahe Wirtschafts-Institutionen lenkte.

Meine Chile-Erlebnisse wurden so zu Bindegliedern zu meinen späteren Unternehmungen im lateinamerikanischen und letztlich auch im baltischen Genossenschaftswesen.

Genossenschaften, vor allem **Konsumvereine amerikanischen Typs (Modell „company store“)** gab es zu meiner Chile-Zeit, doch spielten sie, zumindest für mich, damals keine bedeutende Rolle.

Schwerpunkt meiner Dissertation war allerdings ein völlig anderes Sachgebiet, nämlich die **Konfiskation ausländischer Vermögen** – vornehmlich solche deutscher Staatsbürger – **während des Zweiten Weltkrieges**.

Die Erkenntnisse in Chile selbst konnte ich durch Quellen aus anderen lateinamerikanischen Ländern mit Konfliktpotential auf meinem Arbeitsgebiet ergänzen, vor allem durch solche aus **Mexiko, wo bereits vor dem Umsturz in Russland eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft** versucht worden war.

Die ergiebigste Literatur fand ich am Ende meines Studien-Aufenthaltes in Lateinamerika in Mexiko-Stadt bei dort schon seit Jahrzehnten ansässigen hochbetagten, aber politisch immer noch sehr aktiven und sehr belesenen trotzistischen Buch-Antiquaren.

Zu der Zeit, als ich meine Recherchen in Chile begann, gab es bereits eine vielstimmige **Diskussion über eine gerechtere Verfügungsgewalt über landwirtschaftlichen Grund und Boden**.

Eine kleine Gruppe alteingesessener **Großgrundbesitzer** mit exzellenten Verbindungen zu den Staatsorganen hatten das „Heft in der Hand“ und verteidigten sich erfolgreich gegen irgendwelche Zugeständnisse an die Armen im ländlichen Raum.

Besonders tiefgehende Erfahrungen in Fragen der Herrschaft über nutzbares Land machte ich bei einer **deutschstämmigen Familie**, einer von vielen im Süden des Landes.

Der **Vater** dieser Familie stammte **von der Schwäbischen Alb**; er war in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts als damals in Deutschland chancenloser junger Ingenieur für eine große schwedische Firma (*Svenska Taendsticks*) ins Land gekommen.

Er heiratete eine **Frau aus einer deutschstämmigen Familie**, die sich aber schon Ende des 19. Jahrhunderts in Chile angesiedelt hatte und dort zu Wohlstand gelangt war.

Der Schwiegervater verschaffte dem schwäbischen Neuankömmling Zugang zu **Siedlungsland mit gutem Boden und wertvollem Baumbestand**, das dieser klug zu nutzen verstand, was ihn ebenfalls wohlhabend werden ließ.

Zu der Zeit als ich die Familie kennen lernte, war das Familienhaupt in der Lage, mit seiner Frau für mehrere Monate mit einem guten Geldpolster nach Deutschland zu reisen, von wo es stets mit den neuesten Ausrüstungen für Haus und Hof zurückkehrte.

Besonders eindrucksvoll für mich war ein Erlebnis mit dem ältesten Sohn der Familie, das ich hier beschreibe:

Ich half frühmorgens beim **Verladen von Rindern** in einen Güterzug.

Die für diesen Vorgang eingesetzten Arbeiter waren schon vor dem Eintreffen seines Bekannten am Verladebahnhof und hatten auf einige Waggons mit Kreide das Symbol für „*Victoria Allende*“ (= Sieg für Allende), dem damaligen Präsidentschafts-Kandidaten gezeichnet.

Als der Freund fragte, was das bedeute, wiesen ihm die Arbeiter echte Notarurkunden über ihre Einweisung in Parzellen auf seinem Grund vor, datiert auf den „Tag nach dem Sieg der Volksfront“.

1965 schrieb das Wahlrecht noch vor, dass die Erteilung eines Wahlscheines den Nachweis erfordere, dass der Antragssteller nachweisen müsse, dass er kein Analphabet sei (Stichwort: Zensus).

Den Betroffenen wurde für die **Feststellung ihrer Fähigkeit, lesen und schreiben zu können**, eine Standard-Frage gestellt, die sie schriftlich zu beantworten hatten.

Diese Frage lautete: „Wen wirst Du wählen?“

Die meisten Antragsteller antworteten ehrlich mit „Ich wähle die Volksfront“, machten dabei aber orthographische Fehler.

Die Prüfer stellten daraufhin immer fest, dass den Antragstellern selbst bei dieser kurzen Antwort gravierende Fehler unterlaufen seien, dass man sie als Schreibunkundige einstufen müsse, was die Verweigerung des Wahlscheins zur Folge habe.

(**Allende siegte erst zwei Legislaturen später**, nach einer Wahlrechtsreform, die das beschriebene „Zensus-System“ abschaffte.)

Da das **Thema Bodenreform** damit angerissen war, wollten meine Gastgeber aus berufenem Munde, nämlich von kubanischen Beratern im Landwirtschaftsministerium (diese waren ganz offiziell dort, obgleich eine rechtsliberale Regierung an der Macht war) erfahren, was diese für den eventuellen Fall einer chilenischen Agrarreform anrieten.

Allein traute sie sich nicht zu diesen Beratern; deshalb **animierten sie mich, diese in meiner Eigenschaft als Forscher zu befragen**, was ich auch übernahm.

Auf diese Weise lernte ich Personen kennen, die in Sozial-Reform-Kreisen, nicht nur in Lateinamerika, hoch geschätzt wurden, sondern die auch **bei vielen „Linken“ in West-Europa (Stichwort: 68er) geradezu verehrt** wurden.

Die jüngeren unter meinen dortigen Bekannten waren keineswegs über die Auskünfte bezüglich einer sozialistischen Agrarreform erschreckt. Sie malten sich vielmehr aus, dass sie als Kenner der Landwirtschaft durch die Reform sicher einen guten Regierungsposten erhalten würde, den sie sich gut als Alternativen zu ihrem eher bäuerlich-frugalen Broterwerb vorstellen konnte.

Eine ganz anders gestaltete Reform der Landwirtschaft gab es schließlich unter der langjährigen Militärdiktatur, deren Auswirkungen aber bis heute fortwirken und die sicher auch das Leben meines Bekannten nachhaltig veränderten, ob in ihrem Sinne oder nicht, weiß ich nicht, weil mein Kontakt zu ihnen verloren ging.

Kolumbien

Die **wesentlichsten Erkenntnisse** für meine Bemühungen um den **Wiederaufbau der Strukturen der bürgerlichen Selbsthilfewirtschaft am östlichen Rand der Ostsee entstammen meinen Erfahrungen in Kolumbien**, wo ich in zwei längeren Perioden (von **1968 bis 1971** und von **1980 bis 1983**) beratend – in der ersten Phase für eine staatliche Genossenschafts-Aufsichts- und Förderbehörde, in der zweiten Phase als Berater für eine große ländliche Genossenschaft.

Während der **ersten Kolumbien-Phase** konnte ich zwar viel Allgemeines über das Genossenschaftswesen des Landes lernen, hatte aber keinen Zugang zu konkreten Entwicklungs-Vorhaben.

Der Chef der Behörde, der ich zugeordnet wurde, war ein **Ultra-Konservativer**. Er hatte bis zu meinem Eintreffen vermutet, dass es sich bei meinem Auftraggeber um die **Politische Stiftung der FDP** handele.

Als er aber erfuhr, dass es sich um die „**Friedrich-Ebert-Stiftung**“ **die Politische Stiftung der SPD** handelte - einer bei seiner Partei verpönten politischen Kraft, **schwand** seine **Kooperationsbereitschaft**.

Der Konflikt wurde - typisch lateinamerikanisch – mit einem Kompromiss entschärft. Ich erhielt zwar ein Büro am Sitz der Behörde, musste mich aber verpflichten, es nicht zu benutzen.

Meine Bewegungsfreiheit wurde nicht beschränkt; im Gegenteil, ich wurde sogar **ermuntert, mich überall umzuschauen** und wurde sogar bei einschlägigen Organisationen eingeführt. .

Ich nahm diese **unwartete Freiheit** ausgiebig wahr.

Mittel für Reisekosten standen damals den „Politischen Stiftungen“ für ihre Auslandsarbeit in mehr als ausreichendem Maße zur Verfügung.

Während meines zweiten, des „gestalterischen“, Landes-Aufenthaltes, leitete ich ein Vorhaben zur **Modernisierung einer recht großen** (ca. 50.000 Mitglieder) **Kleinbauern- und Kleingewerbler-Genossenschaftsbank** mit Warenabteilung im Nordosten des Landes, genannt „**Caja Popular Cooperativa**“ (= Genossenschaftliche Volkskasse) in **Tunja, Boyacá**.

Die Genossenschaft war auf Initiative des **Jesuiten-Ordens** als **Gegenentwurf zu kollektivistischen Landreform-Ansätzen nach kubanischem Vorbild** errichtet worden und wurde bis kurz vor meiner Ankunft vom Orden gesteuert.

Zu Beginn meiner Arbeit für die „**Caja Popular Cooperativa**“ war es üblich, dass **bei gravierenden Säumnissen** der Genossenschafts-Kreditnehmer deren **Namen durch den Orts-Priester** sonntags vor der Messe (über an den Kirchtürmen in alle vier Himmelsrichtungen gerichtete Lautsprecher) laut „**verkündet**“ wurden, alles begleitet von salbungsvollen Worten und Volksmusik.

Eine, wenn auch ungewöhnliche, so doch durchaus **effektive Form „sozialer Kontrolle“**.

Der Orden zog sich wenig später aus der direkten Mitarbeit in der Bank zurück, **Priester** behielten aber eine ihnen (in der Satzung sanktionierte) **Funktion**, nämlich die des „*asesor moral*“ (= **Berater in Angelegenheiten der Moral**), die es ihnen erlaubte, auf jedweder Genossenschafts-Veranstaltung spontan das Wort zu ergreifen. Stimmrecht hatten sie allerdings nicht.

Auf einer Sitzung der Genossenschaft, bei der ich zugegen war, ging es um die Bitte einer bewährten Buchhalterin um eine Gehaltserhöhung; der **Priester** sprach sich **dagegen** aus; seine Begründung: Ein **Mehr an Gehalt würde nur die Trunksucht** des Ehemannes **befördern**. Die Gehaltserhöhung wurde daraufhin abgelehnt.

Zu meinem Beratungsprogramm gehörten die Einführung einer modernen Standards genügenden **Buchführung** und das Etablieren einer effizienten **Innenrevision**.

Ich hatte zusätzlich den Aufbau eines in Kontinental-Europa seit langem bewährten Überwachungssystems für genossenschaftliche Unternehmungen im Auge, nämlich die „genossenschaftliche Verbandsprüfung“, das, nach einem Testlauf bei der „*Caja Popular Cooperativa*“, überall in Kolumbien verbreitet werden sollte.

Als geeigneten Partner für diese **anspruchsvolle**, die Leistungsgrenzen der von mir beratenen Institution überschreitenden **Innovation** machte ich die erfolgreiche und kapitalkräftigere (ebenfalls auf eine jesuitische Initiative zurückgehende, aber schon Anfang des 20. Jahrhunderts entstandene) gemeinnützige **Unternehmensgruppe** „*Fundación-Social - Caja Social de Ahorros*“ aus.

Deren Kerneinrichtung war die „*Caja de Ahorros del Círculo Obrero*“ (= Sparkasse des Arbeiterzirkels).

Das Vermögen dieser Arbeiter-Sparkasse war **über siebzig Jahre ständig gewachsen**, weil sie, zum einen, Geld geschickt anlegte, aber so gut wie nichts an die Kunden dieser Sparkasse auslieh und, nicht zuletzt, weil sie von frommen Damen aus reichem Hause **ehrenamtlich** verwaltet wurde,

Für diesen Ansatz war deren Gründer vom deutschen **Kolping-Werk** und vom „**Volksbildungsverein für das katholische Deutschland**“ in Mönchen-Gladbach, inspiriert worden, was ich (nach diesem) Kolumbien-Einsatz über das (damals noch existierende) Kölner „*Jesuiten-Provinzialiat*“ erfuhr, wo man sich dieser Schlüsselperson immer noch gern erinnerte.

Aus den Unterlagen dort erfuhr ich auch die Lebensdaten dieser Person:

(Der Initiator war der **spanische Jesuit José Campoamor**, geb. 13.08.1872, in La Coruña. Seit Anfang der zweiten Dekade des 20. Jahrhunderts missionierte er kolumbianische **ledige Arbeiter**.

(Der Chef der „*Fundación Social*“ während meiner (zweiten) Kolumbien-Periode, selbstverständlich ebenfalls ein Jesuit, besuchte mich einige Jahre nach dem Ende meiner Beratungsarbeit in Deutschland.

Ich quartierte ihn – wie konnte es auch anders sein – im „katholisch-gediegenen“ Kölner „*Kolping-Hotel*“ ein, wo er sich sofort heimisch fühlte.

Dort erbat er sich, gleich nach seiner Ankunft, die Schlüssel zur (dort selbstverständlich vorhandenen) Haus-Kapelle, um die Messe abzuhalten, wozu er wegen der Reise-Umstände, an jenem Tage noch nicht gekommen war.

Die **Geschäftspolitik** der „*Caja Social de Ahorros*“ war **streng konservativ**.

Darlehen wurden **nicht** gewährt, weil die durchweg armen **Arbeiter-Kunden** von ihr als **kreditunfähig** eingestuft wurden.

Den Kunden der Sparkasse wurde vermittelt, dass sie nur **eisernes Sparen durch strikten Konsumverzicht**, keineswegs aber Schulden, voran bringen könne.

(Anmerkung: Dieser Typ einer Arme-Leute-Kasse ist das **Gegenstück zu den** in neuerer Zeit propagierten „**Mikrokredit-Banken**“. Siehe hierzu auch das Kapitel „Mikrokredit – Vom Kalten Krieg bis zur Wende im Osten“.)

Das Vermögen der „*Caja Social de Ahorros*“ war schließlich so gewaltig angewachsen, dass ihre Träger in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entschieden, dieses in ein der Zeit gemäßes Wirtschaftsgefüge einzubringen, das konkurrierend am kolumbianischen Finanzmarkt tätig sein, aber die **sozialpolitische Ausrichtung** beibehalten sollte – als bewusst gewählter **Gegenpol** zur einseitigen Ausrichtung allgemeiner Unternehmen auf **Gewinnmaximierung**.

Die Einrichtungen dieser Gruppierung wirkten sowohl unmittelbar gemeinnützig (z.B. mit Sozialeinrichtungen für Familien mit geringem Einkommens) oder mittelbar (durch entsprechende Verwendung von Geschäftsüberschüssen für Soziales).

Das **Konglomerat** „*Fundación Social – Caja Social de Ahorros*“ umfaßte bald eine **Bank für kleine städtische Gewerbetreibende** (deren bevorzugte Kunden waren unternehmerisch tätige Frauen), eine **Investitionsbank**, eine **Bausparkasse**, einen Bauträger für **Sozialwohnungen**, ein **Jugend-Bildungswerk** und einen **Ferienpark** für Menschen mit geringem Einkommen).

Alle ihre Einrichtungen hielten klare **Distanz zum** sonst in Kolumbien überall präsenten **Drogenmilieu**.

Die Gruppe verfügte über vertrauensvolle enge Verbindungen zu den Spitzen von Regierung und Politik.

Aus meinen Anregungen für die Entwicklung einer Anlehnung an die deutsche „genossenschaftliche Verbandskontrolle“ ergab sich eine **Arbeits-Partnerschaft mit dem „Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)“**.

Die „*Caja Social die Ahorros*“ - nicht aber die „*Caja Popular Cooperativa*“ - **inkorporierte** schließlich einige **Elemente des deutschen genossenschaftlichen „Verbands-Prüfungswesens“**.

Eine institutionelle Verbindung zwischen „*Fundación Social – Caja Social de Ahorros*“ und „*Caja Popular Cooperativa*“, die ich angeregt hatte, gelang jedoch nicht, obgleich – oder vielleicht gerade weil - die Repräsentanten beider Gruppierungen einander sehr gut kannten.

Rückblickend komme ich zu dem Schluss, dass schon damals in der „*Fundación Social – Caja Social de Ahorros*“ **Bedenken gegen die ethische Verlässlichkeit des Managements der „Caja Popular Cooperativa“** bestanden und dass, andererseits, der Leiter der „*Caja Popular Cooperativa*“ befürchtete, sein (in der Folge beschriebenes) unsauberes Handeln könnte so aufgedeckt werden.

Als das neue – schon weiter oben angesprochene - Rechnungswesen bei der „*Caja Popular Cooperativa*“ schließlich funktionierte, zeigte sich rasch, dass ihr **langjähriger Geschäftsführer** (er war der **beste Aus- und Fortbildungs-Stipendiat im deutschen Projekt und zudem ein bevorzugter Zögling der Jesuiten**) über lange Zeit das von ihm geleitete Unternehmen **völlig ausgeplündert** hatte.

Er hatte viele neue Niederlassungs-Gebäude der Bank errichtet und an Filial-Orten **mit „abgezweigtem“ Genossenschafts-Geld für sich selbst Grundstücke erworben und auf diesen Mietobjekte** errichtet. Dies verschleierte er über lange Zeit mit Hilfe ihm ergebener **Strohänner**.

Nachdem diese gravierenden Übergriffe ruchbar geworden war, **drohte unmittelbar ein run auf die Bank** und damit deren Zusammenbruch.

Ich informierte damals meine Projektmitarbeiter kurz über einen von mir ins Auge gefaßten Rettungsversuch und bat sie um **striktes Schweigen**, bis ich ihnen das Ergebnis meiner Bemühungen mitgeteilt haben würde.

Danach suchte ich schnurstracks den **hoch betagten**, zurückgezogen lebenden jesuitischen **Initiator der „Caja Popular Cooperativa“** auf, informierte ihn über das Vorgefallene und bat ihn zugleich, unverzüglich ein **Treffen mit der Leitung der „Fundación Social“** zu arrangieren. Dies gelang und nur wenige Stunden später fand das erbetene Treffen statt.

Ich **schlug vor**, die **„Caja Social de Ahorros“** solle (mit Rückendeckung der **Genossenschafts- und der Bankenaufsichtsbehörde**) die **„Caja Popular Cooperativa“** ohne Zögern in ihr System **integrieren**.

Dieses Ansinnen wurde aber mit dem Argument abgelehnt. Man wolle **nicht in den Sumpf der „Caja Popular Cooperativa“**, ihres **Geschäftsführers und seiner Komplizen hineingeraten**, wurde gesagt.

Dennoch hatte ich mit meiner Intervention eine wirksame Rettungsaktion in die Wege leiten können:

Die **„Fundacion Social“** erwirkte aber immerhin durch eine sofortige **Intervention beim Präsidenten der Republik** ein **Sequester der „Caja Popular Cooperativa“ in der Hand der** schlagkräftigen Staatsbank **„Caja de Crédito Agrario“** (= Kasse für Agrar-Kredit).

Unheil für die Zielgruppe der Genossenschaft und für ihre Selbsthilfe-Bank war damit abgewendet.

Die **„Caja de Crédito Agrario“** sanierte die **„Caja Popular Cooperativa“** und führte sie als **Sondereinheit** über zehn Jahre.

Die **„Caja Popular Cooperativa“** erhielt **schließlich** sogar eine **Betriebserlaubnis als Geschäftsbank** und expandierte daraufhin landesweit.

Unter anderem wurde sie **Kassenhalter für deutsche und andere Entwicklungshilfe-Vorhaben** und für eine internationale Katastrophenhilfe-Hilfe nach einem verheerenden Vulkanausbruch.

Sie geriet aber nach Jahren erfolgreicher Tätigkeit **in die Fänge der Drogen-Mafia**, die sie für Geldwäsche missbrauchte, eine **Gefahr**, der gerade solche **Selbsthilfe-Einrichtungen**, vor allem solche in Entwicklungsländern, ständig **ausgesetzt** sind.

Die **Bankenaufsicht** schloss die **„Caja Popular Cooperativa“** unverzüglich und veranlasste ihre **Abwicklung**.

Kondensate als Denk- und Handlungsanregungen

Siehe hierzu auch das Kapitel „Anregungen aus der „Neuen Welt“ für ein erneuerte Genossenschaftswesen im Baltikum“.

Uruguay

Während meines ersten Einsatzes in Kolumbien erhielt ich den Sonder-Auftrag der **„Friedrich-Ebert-Stiftung“**, mich in ein vom uruguayischen **Landwirtschaftsministerium** arrangiertes **Seminar** zum **Genossenschaftswesen** einzubringen.

Dies geschah **kurze Zeit vor der Machtübernahme durch eine** (von den USA gestützte) **Militärregierung**, die den auf grundsätzliche Umgestaltung der nationalen Gesellschaft abzielenden revolutionären Aktionen (Stichwort: **Tupamaros**) ein Ende setzte.

(Ich war schon früher einmal, **Ende 1964**, auf meiner See-Reise – zu meinem **Chile-Aufenthalt** – während eines eintägigen Stops dort in **Montevideo** gewesen, wo mich, den damals armen Europäer, die vielen Riesen-Spiel-Kasinos beeindruckten, wo Damen mit silbergrauen Haaren und grünen Sonnenbrillen ganze Banknoten-Pakete auf die Spieltische warfen, um sie zu „verzocken“.)

Gleich nach meinem Eintreffen in Montevideo fielen mir eindeutige Zeichen des fortgeschrittenen **Zerfalls des ehemaligen Wohlfahrtsstaates** ins Auge:

Am Empfang des Hotels arbeiteten drei Personen, obgleich eine völlig ausgereicht hätte. Am Aufzug standen zwei Bedienstete, die nichts anderes zu tun hatten, als, anstelle des Gastes, den Lift herbeizuholen.

Im Aufzug selbst stand ein weiterer Bediensteter, dessen einzige Aufgabe es war, den Etagen-Knopf zu betätigen.

An der Aufzugstür auf der Zimmer-Etage standen wieder zwei Mann, von denen sich jeder bemühte, meine leichte Bagage auf das Zimmer zu tragen, denn nur der Gewinner in diesem Wettkampf konnte auf ein Trinkgeld für diesen völlig überflüssigen Hilfsdienst hoffen.

In meinem Zimmer fiel mir sofort die tiefgraue Wandfarbe auf. Ich machte die Begleiter darauf aufmerksam und sagte, ein Eimer weiße Farbe hätte den Raum wohl sicher wohnlicher gemacht.

Der ältere der Begleiter äußerte, sein Vorgänger habe das auch schon immer wieder gesagt; geschehen sei aber bis dato nichts.

Von diesem Mann wisse er auch, dass im Jahre **1937** ein international bekannter Violonist - sein Name sei ihm entfallen - **in eben diesem Zimmer**, einquartiert gewesen sei und Ähnliches auch angemerkt habe.

Dann sei aber bald der Krieg gekommen und der Anstrich deshalb aufgeschoben worden, weil die Gästezahl damals stark rückläufig gewesen sei. Danach habe die Verwaltung die Sache einfach vergessen.

Nachdem ich in der Cafeteria des Hotels ein rasches Frühstück – bestehend aus ein paar trockenen Keksen und einem sehr wässerigen, lauwarmen Kaffee – eingenommen hatte, rief ich die Kontaktperson im Landwirtschaftsministerium an.

Ich wurde aufgefordert, mich um **5:30 Uhr am Folgetag** zu einer **Vorbesprechung** dort einzustellen. Ich meinte, verstanden zu haben, ich solle um 17:30 Uhr, also um 5:30 Uhr nachmittags, kommen.

Nein, nein, erhielt ich zur Antwort. Es sei wirklich **5:30 Uhr früh** gemeint.

Wirklich, als ich dann eintraf, fand ich schon mehrere Personen wartend vor, unter ihnen meine Kontaktperson.

Als ich fragte, **warum** man sich schon **so früh** treffe, wurde erwidert, dass ein nur wenig späterer Termin die Folge gehabt haben würde, dass alle jetzt Versammelten den Rest des Arbeitstages hätten stehen müssen, weil es dann **keine verfügbaren Stühle mehr** gegeben hätte.

Mir wurde auch die einsichtige Erklärung für die Stuhl-Knappheit mitgeteilt:

Es habe vor einigen Tagen eine **Personal-Abstimmung** gegeben, bei der über zwei Alternativen für den **Umgang mit dem** extrem engen **Budget** des Ministeriums entschieden wurde.

Die erste war, die zur Verfügung stehenden Budgetmittel für die Anschaffung von mehr

Stühlen zu verwenden, deren Anzahl schon lange äußerst knapp gewesen sei.

Die zweite Alternative war aber, die Mittel sollten für eine, wenn auch geringe, **Anhebung der Besoldung** der Bediensteten zu nutzen.

Man habe sich rasch und einhellig für die zweite Variante entschieden.

Auf dem Seminar selbst stachen Vertreter einer kurze Zeit zuvor gegründeten **Weinbauern-Genossenschaft** hervor, die bekundeten, bereits sehr ermutigende Ergebnisse bezüglich der Qualität ihres Weines vorweisen zu können, obgleich der Weinanbau in Uruguay vor wenigen Jahren noch völlig unbekannt gewesen sei.

Zur **Demonstration** stellten sie auf jeden Teilnehmerplatz drei Exemplare ihrer sehr **geschmackvoll etikettierten Weinflaschen**.

Ich freute mich über dieses unvermutete Präsent und auch über die Möglichkeit, die Qualität der Weine in den Flaschen probieren zu können.

Doch ich lag völlig falsch.

Die **Flaschen wurden** am Ende der Veranstaltung **wieder eingesammelt**. Man hatte nur vorführen wollen, dass es sie überhaupt gab und dass sie äußerlich ansprechend waren.

Das Seminar verlief ohne weitere berichtenswerte Ereignisse. Das damals Erlebte lagerte seitdem über viele Jahrzehnte inaktiv tief in meinem Gedächtnis.

Vor einigen Jahren besuchte ich das – auf frühere und die wenigen noch heute existierenden Konsum-Vereine spezialisierte – **Hamburger Genossenschafts-Museum**, wo ich einige – allerdings ergebnislos gebliebene – Ansätze für die Mitwirkung der Träger des Museums (= Nachfolger-Einrichtungen der **einst sehr bedeutenden gemeinwirtschaftlichen Unternehmen**, zu denen auch die westdeutschen Konsum-Genossenschaften gehörten) diskutierte.

Ich trug mich ins **Gästebuch** des Museums mit meinen Koordinaten ein.

Wenig später erhielt ich eine Mail von einer Person aus dem Umfeld des Museums, deren Name mir entfallen war, die mir mitteilte, sie habe **am Seminar in Montevideo teilgenommen** und erinnere sich immer noch gern an meine damaligen überzeugenden Ausführungen.

Ich dankte für die völlig unerwartete Nachricht und bat den Absender, meine Bemühungen um eine Verbindung mit dem Museum im Lichte meiner Bemühungen im Baltikum zu unterstützen – was allerdings nichts erbrachte.

Vor drei Jahren fuhr ich mit zwei alten Berliner Bekannten an den polnischen Ort (**Olandia, Gemeinde Kwilcz**), an den meine Familie am Ende des Zweiten Weltkrieges (im Herbst **1944**) von Ostpreußen **evakuiert** worden war, ein Gut etwa 100 km von Posen entfernt, im in der Nazi-Zeit so benannten „**Warthegau**“.

Das Anwesen wurde von dem heutigen Eigentümer anspruchs- und geschmackvoll renoviert und zu einem Treffpunkt für Individual- und Gruppen-Gäste umgestaltet.

Wir drei nahmen am Abendessen teil, wozu, darüber waren wir einer Meinung, ein **guter Rotwein** angesagt war.

Ich ging zum Weinständer und fand einen Roten **aus Uruguay**, für den ich mich sofort entschied, obgleich ich nichts von seinen Eigenschaften wusste.

Es zeigte sich, dass er von höchster Qualität und hervorragendem Geschmack war. Die Flasche war wohl deshalb noch nicht vergriffen, weil niemand dort etwas Weinen aus Uruguay wusste und die Flasche deshalb unangetastet geblieben war.

(Anbei ein historisches Foto des Anwesens, entstanden wohl Ende der 30er Jahre.)



Für mich brachte das Ereignis die – völlig unerwartete - Bestätigung, dass

meine **vormaligen genossenschaftlichen Seminar-Teilnehmer aus der Weinbauern-Zunft in Uruguay**, zumindest was die Qualität ihres Weines angeht, sehr **erfolgreich** geworden waren.

Peru

Als ich 1973 meinen Dienst als Referent für Entwicklungshilfe in der deutschen Botschaft in Lima antrat, hatte ich bereits eine vielschichtige berufliche Entwicklung durchlaufen, die mich - mental - auch bei dieser Aufgabe begleitete.

Zwei Jahre zuvor war ich von der „Deutschen Bundesbank“ zum „**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit**“ (später im Namen um den Zusatz „**und Entwicklung**“ erweitert) gewechselt, in einer Periode, als dieses von einem Politiker geleitet wurde, der „das Gute“ im Verhältnis Deutschlands gegenüber den Ländern in der „Dritten Welt“ zu verkörpern schien.

Es war die **Zeit des heiß werdenden „Kalten Krieges“**; eine militärische Konfrontation zwischen dem Sowjet-Block und dem Westen, unter der Führung der USA, schien sehr nahe. **Westdeutschland** tat sich zwar nicht mit militärischen Aktionen hervor, glänzte aber mit **großzügiger Entwicklungshilfe**.

Deren großzügige finanzielle Ausstattung verfolgte einen doppelten Zweck, einen offen in den in den Haushaltstiteln und in den Rahmenvereinbarungen mit den Partnerländern in der „Dritten Welt“ deklarierten und einen nicht offen angesprochenen, aber denjenigen am „Hebel der Macht“ auf der „Geber“-, wie auf der „Nehmer“-Seite durchaus bewussten, der sicher nicht nur gleichwertig war, sondern einer höheren Ebene angehörte.

Der kaschierte Zweck bestand darin (Stichwort: **Hallstein-Doktrin**), das jeweilige Hilfe-Partnerland von Arrangements mit den Ländern des „Warschauer Pakts“ abzuhalten. So wurde die Entwicklungshilfe zu einer „zivilen“ Waffe im Abwehrkampf.

Diese **Zweigleisigkeit** bewirkte, dass man **bei Mängeln** in den Projekten gern einmal „ein **Auge zudrückte**“, wenn wenigstens der (Haupt-)Zweck gesichert blieb oder wenigstens in die Nähe des Erfolges gerückt erschien.

Ich – dem diese Doppelgleisigkeit damals noch nicht bewusst war - ging in Peru mit Verve an die Arbeit und bemühte mich, die dortigen Entwicklungsvorhaben, vor allem die aus dem deutschen Staatshaushalt finanzierten, zu durchleuchten und die gewonnenen **Erkenntnisse** den Verantwortlichen in der Heimat **ungeschminkt** zur Kenntnis zu bringen.

Das erzeugte (nach außen nicht kundgetane) **Missbilligung** in der Zentrale des Entwicklungshilfe-Ministeriums, weil ich – unbeabsichtigt – die Präferenzen hoher Amtsträger aushebelte, wogegen sich diese (verdeckt, aber sehr effektiv, zu meinem Nachteil, d.h. durch Verhinderung jeglicher Beförderung während meines gesamten Beamtenlebens) wehrten.

(Ein Beamter aus der Führungsetage meines Ministeriums unternahm es sogar, in einem schriftlichen Vermerk auf einem Bericht von mir, meine Zurechnungsfähigkeit anzuzweifeln.

Als ich nach meiner Rückkehr vom Einsatz – beiläufig – davon erfuhr, stellte ich die Person zur Rede, zumal das, was ich damals vorausgesagt hatte, mittlerweile genau so eingetroffen war.

Der Angesprochene bestritt seinen Vermerk nicht, wandte aber ein, er sei wohl damals von seinen Untergebenen unrichtig informiert worden.)

(Ein Detail zu dieser Person wegen des mit ihr verbundenen **Bezuges zum Baltikum“**:

Der „Zweifler an meinem Verstand“ kam etwa gleichzeitig mit dem ersten Staatssekretär (Vialon) des Entwicklungshilfe-Ministeriums (gleich nach seinem Soziologie-Studium) ins Ministerium.

Er erhielt damals den Auftrag, öffentlichkeitswirksam das Bild eines „anständigen“ Nachkriegs-Deutschland herzustellen, vor allem bei dem auch von der Sowjetunion umworbenen Ländern in der „Dritten Welt“.

Das Ziel dieses Auftrages wurde auch weitgehend umgesetzt – bis auf – im breiten Publikum **wenig erfolgreiche Querschüsse der DDR**, die die Vergangenheit von Vialon in einem „**Braunbuch**“ offenlegte; Vialon konnte so im Schatten bleiben.

Der ehemalige **SS-Mann Vialon** wurde zum **Staatssekretär im Entwicklungshilfe-Ministerium**, weil er vom Finanzministerium, in das er bald nach dem Krieg gelangt war, dorthin vermittelt – besser gesagt: durch Beförderung abgeschoben und dem damaligen Entwicklungshilfe-Minister untergeschoben - worden war.

Vialon hatte im Krieg (eine über desse Ende weit hinaus gedeihende) Karriere gemacht, indem er dem Staat namhafte, bei der **Vernichtung von Juden in Lettland** angefallene **Vermögenswerte dem deutschen Fiskus zuführen** konnte.

Als ich ins Entwicklungshilfe-Ministerium eintrat, war mein erster **Chef** ein FDP-Mann aus diesem Umfeld, der mir sogleich offenbarte, dass er im Kriege der **GESTAPO-Resident in den Niederlanden** gewesen war.

Er pflegte, aus seiner Position als Referatsleiter für den Bereich Südliches Südamerika heraus, zu der auch die Verfügungsgewalt über hohe Budgets gehörten, besonders enge, von recht üppigen Fördergeldern begleitete **Beziehungen** insbesondere **zu Deutschstämmigen** im südlichen Südamerika.

(Dem Ministerium – dessen Spitze selbstverständlich von alledem wusste – gelang es geraume Zeit später, sich dieser Person zu entledigen, indem diese selbst eine schlagkräftige Handhabe beisteuerte. Er war spätabends nach einem Treffen mit seinen Parteifreunden **angetrunken im Auto auf der Heimfahrt nach Bonn**, als ihm plötzlich einfiel, dass er in Köln einen wichtigen Gegenstand hatte liegen lassen. Spontan drehte er in die Gegenrichtung um und verursachte einen **schweren Verkehrsunfall**. Das hatte ein Gerichtsverfahren zur Folge, in dem er zu einer beachtlichen Haftstrafe verurteilt wurde. Dies gab den – willkommenen - Anlass für ein **Disziplinarverfahren**, mit dessen Hilfe er aus dem Dienst entfernt werden konnte.)

Ich kam zu Beginn einer **sich volksverbunden darstellenden Militärdiktatur** nach Peru und blieb dort bis kurz vor deren Sturz.

Dass die **Putschisten** zuvor **in der** damals noch voll unter US-Kontrolle in der **Kanalzone von Panamá** für Aufgaben im Grenzbereich zwischen Zivilem und Militärischem **geschult** worden waren, erfuhr ich erst gegen Ende meines Einsatzes in Peru.

Kurz vor dem Militär-Coup in Peru war die **Regierung Allende im Nachbarland Chile gestürzt** worden, auf welche die damals in Deutschland ausschlaggebende Sozialdemokratie in der **Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus** gesetzt und für dieses Land **umfangreiche Budgetmittel** bereitgestellt hatte.

Diese **Ressourcen konnten nicht mehr**, wie vorgesehen, **eingesetzt werden**.

Weil das ausgefallene Hilfe-Empfänger-Land aber, ebenso wie Peru, im Entwicklungshilfeministerium zum gleichen Länderbereich (Südliches Südamerika) gehörte und weil man das Geld nicht verfallen lassen wollte, wurden die **Mittel für Peru pauschal** um die ursprünglich für Chile bestimmten **aufgestockt**.

Das **Peru-Budget** wurde so **extrem üppig**. Es konnten nun viele und große neue Fördervorhaben jedweder Couleur in Angriff genommen werden.

Etwa 1.000 Personen – Familienmitglieder mitgerechnet – wurden schließlich für längere Zeiträume zur Wahrnehmung von rasch konzipierten Entwicklungshilfe-Aufgaben im Lande nach Peru entsandt.

Die Beratungs-**Projekte** waren **stets „umschwärmt“**, von Kurzzeit-Fachleuten für die Anbahnung und Ingangsetzung von Vorhaben, von Verlaufsbetreuern und -kontrolleuren, von Vorbereitern von Anschlussvorhaben, von Ergebnis-Evaluierern, sowie von Journalisten und Entwicklungshilfe-“Touristen“.

Das „**Füllhorn**“ **weckte Begehrlichkeiten** auf „Gewinnmitnahmen“, verdeckt durch „Lippenbekenntnisse“ des Engagements für die Benachteiligten im Süden.

Bald begegneten mir **krasse Fragwürdigkeiten**, von denen ich hier eine Auswahl darstelle:

Ein deutscher Kandidat für die Durchführung eines voluminösen Förder-Vorhabens fragte bei mir nach, wie er eine „**nützliche Aufwendung**“ - damals die gängige Umschreibung für Bestechungen – verbuchen solle, wenn er diesen Aufwand nicht durch Falsch-Fakturieren kaschieren könne und wenn es keine Belege gäbe.

Ich habe ihn – wie hätte es auch anders sein können – beschieden, dass ich dabei nicht helfen könne, mich aber wundere, dass eine solche Frage gerade an mich, dem Aufseher über die ordnungsgemäße Durchführung von Entwicklungshilfe-Vorhaben überhaupt herantrage. Das befriedigte den Betreffenden natürlich nicht, was er aber nicht zeigte.

Ich war durch diese Anfrage auf das Thema „nützliche Aufwendungen“ aufmerksam geworden und hakte bei passender Gelegenheit nach, in diesem Falle direkt bei einem Verantwortlichen (für mit deutscher Hilfe finanzierten Groß-Vorhaben) auf der peruanischen Regierungsebene, in diesem Falle einem **Junta-General, der gerade Landwirtschaftsminister geworden war**.

Ich teilte ihm ohne Umschweife mit, dass ich aus verlässlicher Quelle gehört habe, er kassiere bei jedem von ihm positiv beschiedenen Förderantrag an die deutsche Regierung vorab und in bar 5% der Auftragswertes als „Honorar“ für sich.

Der Befragte gab das unumwunden zu und rechtfertigte sein Verhalten folgendermaßen:

Seine Amtsvorgänger, alle, wie er, im Generalsrang, seien für ihr „nützliches“ Entgegenkommen mit lukrativen Posten in der Wirtschaft entlohnt worden; sie seien allesamt unehrenhaft aus der Armee entlassen worden, was sie aber wegen der empfangenen Zuwendung nicht ruiniert habe.

Die **guten Posten** seien leider mittlerweile **vergeben**. Deshalb bleibe ihm, der eine große Familie zu versorgen habe, nichts anderes übrig, als Bares zu verlangen; dass er dafür eines guten Tages ebenfalls aus der Armee ausgestoßen werde, nähme er als unvermeidliches Risiko hin.

Eine der Kernaktivitäten der Militärdiktatur war die **Errichtung sozialistischer Landarbeiter-Kollektive nach jugoslawischem Vorbild** (= Projektverantwortung und alle Risiken bei der Zielgruppe des betreffenden Vorhabens ohne deren Mitsprache im Management) auf **riesigen, vormals gut geführten und ertragreichen Plantagen** (mit ausgeklügelter künstlicher Be- und Entwässerung) in der pazifischen Küsten-Wüste.

Die als neue Inhaber eingesetzten Landarbeiter waren überwiegend Personen **ohne formale Bildung** und auch **ohne irgendwelche berufliche Qualifikation**.

Das **Betriebs-Inventar**, durchweg mit noch nicht getilgten Bankkrediten finanziert, war vorhanden, geriet aber auf Antrag der Financiers, **unter gerichtlichen Verschluss**, weil die

neue Regierung weder Entschädigung bewilligte, noch die Kredite bediente.

Die Arbeiter waren somit gezwungen, **mit rudimentären Werkzeugen immense Flächen zu bestellen**, was sich als schier unmöglich erwies.

Ich kam einmal auf eine solche, wohl **einstmals blühende, „Hacienda“**, die, bis auf einen Hausmeister, der mit seiner großen Familie im ehemaligen Herrenhaus lebte, verlassen war.

Ich sah, dass **nackte Elektro-Drähte quer durch die Räume** liefen und fragte den Hausmeister, ob er denn nicht für das Leben seiner Kinder fürchte, was dieser bejahte.

Er schimpfte über diese Misslichkeit, sagte aber gleichzeitig, dass er von sich aus **nichts zur Abhilfe** unternehmen werde – denn **alles gehöre ja schließlich nicht ihm**.

Der Mann teilte dann noch mit, dass alle zwei Wochen ein Beamter des Landwirtschaftsministeriums für ein oder zwei Stunden zur „**Inspektion**“ komme.

Der schaue sich alles oberflächlich an und **nähme dann die meisten Eier mit**, die seine eigenen Hühner seit dem letzten Besuch gelegt hatten.

Einige der großen **Bewässerungs-Plantagen** (die von *Tinajones*) sollte mit deutscher Entwicklungshilfe **modernisiert** werden, was **potente deutsche Consultants** auf den Plan rief, insbesondere weil lukrative Gewinne, abgesichert durch die riesigen Förder-Budgets aus der deutschen Entwicklungshilfe, winkten.

Unter der Ägide eines potenten deutschen Ingenieurs-Konsortiums wurden **kapitalintensive Systeme für die Wasser-Überleitung von der niederschlagsreichen Atlantik-Seite der Anden an die pazifische Küsten**, einschließlich der Wasser-Verteilungsanlagen, geplant und von diesem auch durchgeführt.

Für die in solchen Fällen **unerlässliche Ableitung überschüssigen Bewässerungswassers** blieb die peruanische Seite verantwortlich, die aber hierfür nichts unternahm.

Vorhersehbares **Resultat: Die Böden – Hunderttausende ha – versalzen und sind auf immer verloren**.

Die **Kollektiv-Angehörigen**, ohnehin schon durch den Entzug der Maschinerie in großer Bedrängnis, wurden durch diesen Fehler **vollständig ruiniert**.

Unangefochtener (wenn auch „bösgläubige“) **Gewinner blieb die deutsche Beratungs- und Durchführungsfirma**, der man aber nichts anhaben konnte, weil die Entwässerung nicht zu ihren Obliegenheiten gehörte.

Später (und trotz des bereits offenkundig gewordenen Fehlschlags des *Tinajones*-Vorhabens) wurde, wieder unter der Ägide des **gleichen Konsortiums**, in der gleichen Gegend ein riesiges **Stauseeprojekt (Jequetepeque)** vorbereitet und verwirklicht, bei dem große **Brachflächen unterhalb einer Staumauer in nutzbares Land** verwandelt werden sollten; außerdem sollte dort **Strom produziert** und so zusätzlicher Ertrag generiert werden.

Als ich – durch das Schicksal des Tinajones-Vorhabens skeptisch geworden - bei einem aus der dortigen Region stammenden Umweltschützer nachfragte, ob es für das Groß-Vorhaben denn keine **weniger gigantische und vielleicht sogar billigere Alternative** gäbe, die vielleicht sogar das Fluten der im Bereich des künftigen Stausses liegenden Bauernstellen vermeiden ließe, beschied er mich, dass das sehr wohl möglich sei, denn **ausbaufähige kleinere Bewässerungsanlagen** gäbe es dort **schon seit Jahrhunderten** und sie funktionierten noch immer; **für deren Modernisierung** könnte man sogar **Ortsansässige mobilisieren**.

Mein **Bericht** über diese Auskunft **und meine positive Einstellung** bezüglich der angeregten Alternative kamen dem **Konsortium zu Ohren**.

Mir wurde (über Mittelspersonen) bedeutet, dass ich „**Maßregelungen**“ zu erwarten habe, **wenn ich mich** weiter **querstelle**, denn die ins Auge gefasste Firma sei auf Großvorhaben spezialisiert und wisse diese auch erfolgreich abzuwickeln.

Meine Äußerung blieb ohne Auswirkung. Die **Staumauer wurde gebaut**. Sie steht noch immer (in dieser stets durch Erbeben gefährdeten Gegend).

Die oberhalb des Staus liegenden früheren Landwirtschafts-Flächen wurden, wie geplant, geflutet.

Die vorgesehenen **neuen Landwirtschaftsflächen** wurden **unzureichend entwickelt**.

Die **ihres früheren Landes beraubten Bauern** erhielten **keinen Ausgleich**, weder in neuem Land, noch in Geld.

Die **Elektrizitätserzeugung** wurde **mangels Nachfrage nie** in Betrieb genommen.

Die Darstellung eines weiteren eindrucksvollen Erlebnisses in einem ländlichen Entwicklungs-Vorhaben in der Andenregion lasse ich nun folgen:

Unter aktiver Beteiligung von Ortsansässigen arbeitete ein **anderes deutsches Beratungs-Unternehmen** in einer bäuerlichen Region, wo eine schon vor der Kolonialzeit praktizierte Form **nachbarlicher Zusammenarbeit** bei Infrastrukturvorhaben – genannt „*minga*“ - immer noch lebendig war.

(Anmerkung: Die „*minga*“ geht zwar auf die **vor-koloniale** Zeit zurück, wurde aber **unter der spanischen Kolonial-Herrschaft weitergeführt**, weil es ihr System der „*Encomienda*“, **Schutz der Indigenen gegen europäische Siedler, durch Kronbeamte**, sog. *Encomenderos*, stärkte und Letzteren zugleich eine „Pfründe“ aus der „*minga*“ verschaffte.)

(Einschub mit einer grundsätzlichen Erkenntnis:

Der „**Mutualismus**“ ist keine ausschließlich europäische Errungenschaft, sondern ein **universelles Kulturerbe**, was dieses Beispiel belegt.)

Die Bauern hatten bereits einen Plan für die Rehabilitation und den Ausbau des vorhandenen Bewässerungssystems entwickelt; ihnen fehlte nur das Geld für die Durchführung.

Die **Beratungsfirma** brachte **Expertise** ein **und** zudem **Fördergeld**; das Vorhaben schritt deswegen zügig voran.

Ich wurde zu einer Inspektion eingeladen und reiste dorthin.

Mir fiel auf, das, anders als in den meisten Hochland-Gegenden, **kaum Kinder** anzutreffen waren.

Ich nahm den Sprecher der Bauerngruppe zur Seite und **fragte ihn nach dem Grund** für die wenigen Kinder.

Dieser erwiderte – als er sicher war, dass niemand zuhörte – man habe beschlossen, die **Kinderzahl je Familie durch ein „natürliches Verfahren“** auf höchstens zwei zu **begrenzen**.

Da **Verhütungsmittel nicht** eingesetzt werden könnten – zum einen, weil sie nicht verfügbar seien, zum anderen, weil die Frauen durchweg Analphabeten seien – habe man ein Außenstehenden vielleicht etwas drastisch erscheinendes Verfahren gewählt.

Wenn eine Familie **schon zwei Kinder** habe, **separiere** sie **jedes weitere** in einem etwas abgelegenen Raum und überlasse es dort sich selbst. Bei Neugeborenen trete schon bald der Tod ein; die **Leidenszeit** sei somit jedesmal **kurz**, äußerte der Sprecher.

Man sei sich durchaus bewusst, dass **Öffentlichkeit** dieser Praxis **abträglich** sei; deshalb bat er mich, das Gehörte für mich zu behalten, was ich bis zu dieser Niederschrift auch respektiert habe.

Ein weiteres zentrales Aktionsfeld der Militärjunta war die **Nationalisierung des zuvor vor allem von ausländischen Konzernen beherrschten Bergbaus** (vornehmlich der poly-metallische Mineralien fördernden) Betriebe in der Anden-Kordillere.)

Die Militärregierung wollte durch eigene **Aufbereitungsanlagen** für Erze so viel **Wertschöpfung**, als nur irgend möglich, **im eigenen Land** zustande bringen.

Dies begegnete von Seiten der großen Industrieländer, vor allem seitens der USA, nur verhaltenem Protest.

Man protestierte zwar gegen den – entschädigungslosen – Eingriff in Vermögensrechte, hielt sich aber ansonsten zurück.

Dies lag am schon damals recht stark entwickelten **Umweltschutz-Bewusstsein in den USA**, weil man erkannt hatte, dass **Umweltschäden**, die **beim Verarbeiten von Edel- und Halbedelmetall-Mineralien unvermeidlich** sind, so **im Rohstoffland verbleiben** würden.

Die deutsche Entwicklungshilfe stieg aber auch hier ein und zwar mit einem Vorhaben der **Zink-Verhüttung**.

Ein **riesiges Werk sollte mit deutscher Kapitalhilfe** verwirklicht werden.

Es sollte in den Bergen **oberhalb von Lima** entstehen, oberhalb eines Areals, **wo** sowohl **Wasser für die Gartenwirtschaften** in den weiter unten liegenden Flußoasen gewonnen wurde, als auch **Trinkwasser für die Hauptstadt**.

Ich berichtete diesen Umstand an das Entwicklungshilfe-Ministerium, verbunden mit dem Vorschlag einer Untersuchung über die **Vereinbarkeit dieses Vorhabens mit dem Wasserschutz**.

Mein **Bericht** wurde zunächst **ins Lächerliche** gezogen. Mir wurde entgegnet, dass mir wohl entgangen sei, dass es am geplanten Standort nie regne.

Als ich darauf erwiderte, ich hätte an selbst in ariden Region meist vorhandene unterirdische Wasseradern gedacht, wurde letztendlich der „**Deutsche Wetterdienst**“ mit einer Begutachtung beauftragt.

Dieser beschränkte sich (wohl auf entsprechende Weisung) auf die **Analyse der Wirkung des von der künftigen Hütte ausgeblasenen Rauches** und kam zu dem Schluss, dass **kaum jemand oberhalb** von ihr, also dort wo der Rauch hinziehen werde, **lebe**, weshalb Emissionen **kaum Schaden** anrichten könnten.

Dieses Projekt musste schließlich fallengelassen werden, weil die **Militärjunta** vor der Projekt-Vereinbarung mit der peruanischen **gestürzt** wurde und ihre **Nachfolger** von dem Vorhaben **Abstand** nahmen.

Mittelbar, aber dennoch effektiv, wurde so Schaden für die Landwirtschaft in der Gegend und für die Wasserversorgung von Lima und ihrem Gemüse-Anbau-Gebiet abgewendet.

Es gab in meiner Peru-Zeit auch einen erwähnenswerten **Ansatz im Bereich**

„**Genossenschaftswesen**“ (dem zentralen Thema dieser Aufzeichnung), nämlich eine **von Piloten aufgebaute Luftverkehrs-Genossenschaft**, die kleinere Flughäfen im Landesinneren bediente.

Das Militär zog dieses Unternehmen, bald nach seiner Errichtung an sich, indem es die **Genossenschaft** – in diesem Falle **gegen volle Entschädigung - enteignete**.

Den Genossenschafts-Mitgliedern floss so eine **erkeckliche Geldsumme** zu, die nicht nur für das Begleichen der restlichen Schulden aus dem Erwerb der Maschinen reichte, sondern darüber hinaus noch für die Sicherung eines weiteren guten Lebens.

Kondensate als Denk- und Handlungsanregungen

Der **große Schlag** einer **autoritären Staatsgewalt** zur Herbeiführung von **Fortschritt** und zur Sicherung allgemeiner **Wohlfahrt gelingt fast nie** und dient letztendlich nur dem Zementieren ihrer Herrschaft; die angekündigten Segnungen entpuppen sich meist als inhaltlose **populistische Propaganda**.

Eine **Mithaftung von Mitwirkenden bei Entwicklungshilfe-Unternehmungen**, die Fehler im Konzept oder bei der Durchführung zwar erkennen, aber nicht auf sie aufmerksam machen (weil darüber nichts in ihrem „Aufgabenheft“ steht) sollte ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Wo **Fördergelder üppig** vorhanden sind, gedeihen **Korruption** und **Vorteilmitnahmen**. Solche Fehlentwicklungen sind **auch heute** allerorts anzutreffen, wo externe Förderung im Spiel ist.

Demokratischer Sozialismus ist prinzipiell eine bedenkenswerte gesellschaftspolitische Option. Doch **Übergewicht von Macht verdirbt** alles und hinterlässt in aller Regel **Ruinen und Elend**.

Usbekistan

Meine Mitarbeit beim Schaffen einer stabilen marktwirtschaftlichen **Währung für Estland** hatte sich in den Kreisen des Geld- und Währungswesens auch in den „Reformländern“ im Osten, **herumgesprochen**.

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ), der (damalige) **Monopolist für die Beratungshilfe Deutschlands für Entwicklungsländer**, erteilte mir (1996) einen **Kurzzeitauftrag** für das Konzipieren eines **Vorhabens mit der Staatsbank von Usbekistan**.

Die GTZ wollte mich unverzüglich, das heißt ohne irgendeine fachspezifische Vorbereitung, nach Usbekistan schicken, weil sie die Sache als besonders dringlich einstufte.

Ich setzte mich aber mit dem Vorschlag durch, den Ermittlungen vor Ort **Konsultationen bei den einschlägigen nationalen und internationalen Einrichtungen vorzuschalten**.

Bevor ich nach Usbekistan aufbrach, besprach ich mich daraufhin zunächst mit der „**Deutschen Bundesbank**“ (konkret: der „Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen“), dann mit der „**Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung**“ und schließlich mit dem „**Internationalen Währungsfonds**“, sowie mit der „**Weltbank**“.

Vor Ort in Usbekistan wurde ich vom dortigen Repräsentanten der GTZ (pikanterweise ein

ehemaliger DDR-Staatssicherheits-Offizier) betreut, der mich gleich bei der Ankunft informierte, dass der usbekische Geheimdienst mich streng auf Kompetenz und Vertrauenswürdigkeit überprüfe; ich müsse daher mit einer **längeren Wartezeit** vor dem Kontakt mit den offiziell Zuständigen rechnen; so geschah es dann tatsächlich.

Die Wartezeit nutzte ich, um mich in der **Hauptstadt Taschkent umzusehen**. Ich war beeindruckt, was dort in der **zaristischen Zeit** alles an Hochwertigem geschaffen wurde und was an **Kulturdenkmälern aus der persischen Zeit** gelungen restauriert worden war, womit die russische Herrschaft in „**Turkestan**“ (so die alte Bezeichnung des Landes, aus dem später die Staaten „Usbekistan“ und „Turkmenistan“ hervorgingen) eine **harmonische Verbindung von Tradition und Fortschritt** zustande gebracht hatte.

Eines Abends besuchte ich ein **Restaurant** in einem hübschen **gußeisernen Pavillon** am Rande eines Parks.

Es gab dort zwar so gut wie nichts zu essen oder zu trinken, aber die Bedienung war ausgesucht höflich. Ich bekam schließlich ein Schaschlik aus zähen Hammelresten und ein warmes Dosenbier.

An einem Nebentisch wurde es laut. Ein **Mann schimpfte auf Deutsch** über Unzulänglichkeiten.

Als er vor einigen Jahren **mit Komsomol-Genossen in Usbekistan** gewesen sei, rief er aus, habe **alles, wie am Schnürchen**, funktioniert und das Essen sei vorzüglich **und** dazu richtig **billig** gewesen.

Ich zahlte rasch und machte sich davon, denn ich **befürchtete**, von dem Schreihals **als „Landsmann“ identifiziert und** von ihm **angesprochen** zu werden.

Am folgenden Tag war ich, zugleich mit einer **Berater-Delegation aus ehemaligen Treuhand-Mitarbeitern**, **beim** gerade eingetroffenen **deutschen Botschafter** eingeladen.

Die Treuhand-Leute berichteten, dass sie die **Privatisierung einer Zementfabrik und eines Baumwolle verarbeitenden Betriebes**, beide **aus der Zarenzeit** stammend, vorbereiteten.

Ich fragte sie, ob das Zivilrecht und das private Eigentum in Usbekistan schon soweit reaktiviert worden seien, dass die Unternehmen in eine marktwirtschaftlichen Erfordernissen genügende **Rechtsstruktur** eingebettet werden könnten.

Der Sprecher der Gruppe erwiderte, dass dies **irrelevant** sei, da die Unternehmen im Staatseigentum, einem der drei auch in Deutschland geltenden Eigentumsformen, bleiben würden.

(Aus dieser Antwort war für mich leicht zu erkennen, dass er den **Eigentumbegriff im Sinne des deutschen bürgerlichen Recht** – jedenfalls damals - nicht kannte.)

Der Mann meinte ergänzend noch, in Usbekistan habe es **vor der sozialistischen Zeit überhaupt keine allgemeine Rechtsordnung** gegeben, sondern **nur regionale Stammes-Usancen**.

Ich warf dagegen ein, dass die Rechtsverhältnisse der beiden von ihnen beratenen Unternehmen ursprünglich doch wohl auf der Grundlage des **russischem Zivilrecht** errichtet worden waren.

(Mit diesem Einwand konnte der Treuhand-Mann aber überhaupt nichts anfangen.)

Der Botschafter hörte zu, befürchtete wohl, die **Diskussion könne aus dem Ruder** laufen. Er schnitt sie ab und wies auf seinen gerade in Duschanbe erworbenen prächtigen Teppich hin und lud **zum Buffet**.

Die Zeit des Wartens auf Zulassung zu den usbekischen Behörden war schließlich um und ich konnte mit der Erledigung meines Auftrages beginnen.

Schon beim ersten Gespräch stellte sich heraus, dass man **nicht** an das Schaffen einer **Zentralbank nach westlichen Vorbild** dachte.

Eine nationale **Währung** gab es bereits. Sie war allerdings ein **nicht konvertibles** Zahlungsmittel.

Zugang zu ausländischer **Valuta** war **nur über den Schwarzmarkt** möglich, der deshalb auch blühte, trotz der Androhung drakonischer Strafen.

Rückfragen bei Vertretern ausländischer Unternehmen, darunter der damals schon vor Ort anwesende **Repräsentant einer großen deutschen Bank**, ergaben, dass die usbekischen Machthaber eine **bankmäßig organisierte „Kriegskasse“** aufbauen wollten, in die das im Lande geschürfte **Gold** und möglichst alle Deviseneinkünfte kanalisiert werden sollten.

Der für mich ausgewählte Gesprächspartner bei der Zentralbank informierte mich beim ersten Treffen, dass man über **meinen Hintergrund recherchiert** habe, womit er auch die lange Wartezeit begründete..

Ich sei nunmehr **vorgelassen** worden, **weil** man erfahren habe, dass **ich** der **ehemaligen Sowjetrepublik Estland** erfolgreich zu einer **marktwirtschaftlichen Währung** verholfen habe.

Das erstaunte mich, weil die „**Bank von Estland**“ seinerzeit **alles daran gesetzt** hatte, **mein Wirken** für sie **geheim** zu halten. Die Nachricht konnte mithin nur über erprobte und immer **noch funktionierende Geheimdienst-Kanäle** nach Usbekistan gelangt sein.

Ich riet der usbekischen und der deutschen Seite schließlich zu einem **Aus- und Fortbildungs-Vorhaben unter der Führerschaft der „Deutschen Bundesbank“** im Rahmen einer Partnerschafts-Vereinbarung zwischen dieser und der usbekischen Staatsbank.

Die „**Bundesbank**“ griff meinen Vorschlag auf und **entschied**, das Projekt allein, also **ohne die „GTZ“**, **durchzuführen** und auch für **alle Projektkosten** aufzukommen.

Das Vorhaben wurde über mehrere Jahre betrieben.

Ich hatte feststellen können, dass ich trotz meiner schon lange zurück liegenden Trennung von der „Bundesbank“ **aufgrund meines guten Assessor-Examens** bei ihr dort **immer noch** eine **hohe Wertschätzung** genoss.

Deshalb **bewarb** ich mich bei ihr **für Mitarbeit** in diesem Vorhabens. Die Bundesbank beschied mich, dass sie mich akzeptieren würde, falls sie für mich eine „**Planstelle auf Zeit**“ erwirken könne.

Dies aber scheiterte, weil bereits damals, **im Vorfeld der Errichtung der „Europäischen Zentralbank“**, **beschlossen** worden war, bei der „Bundesbank“ **keine neuen Planstellen** zu schaffen.

Kondensat als Denk- und Handlungsanregung

Die von „gewendeten“ **ex-KGB-Leuten** unterhaltene Verbindung zwischen Usbekistan und ihren „**alten Verbündeten**“ **in Estland** funktionierte also 1996 immer noch einwandfrei. (Heute dürfte sie jedoch abgestorben sein, was „kein Verlust für die Menschheit“ ist.)

Bedauerndswert ist allerdings, dass die so entstandene **Kommunikationslücke** nicht **durch Neues, den heutigen Verhältnissen Angemessenes, geschlossen** wurde.

Bangladesch

Nach meiner EU-Zeit in Brüssel und in Estland blieb mir (dem seiner Dienstherrin lästigen „Exoten“) nur der Ausweg, die als „**Härte-Posten**“ eingestufte – und deshalb mit gehaltlichen Extras „**vergoldete**“ - Funktion eines **Entwicklungshilfe-Beauftragten an der deutschen Botschaft in Bangladesch** (für den Zeitraum 1996 bis 1999) anzunehmen.

Dieser Auftrag **unterstützte das Instandsetzen und den Ausbau meines** kurz zuvor (1996) erworbenen **Bauerngehöfts in Estland** und ich ertrug deshalb geduldig die dreijährige Regelzeit für diesen Einsatz.

(Siehe zu „Bangladesch aber auch das Kapitel „Mikrokredit“.)

Jede dienstfreie Minute meiner drei Jahre an diesem „Verbannungsort“ widmete ich der **Fertigstellung meines Buches „Banken im Baltikum. Gestern. Heute. Morgen?“**

(Siehe auch as Kapitel „Meine literarische Befassung mit dem baltischen genossenschaftlichen und kommunalen Bankwesen“)

Ich hatte **stets meinen Laptop mit dem auf ihm gespeicherten Manuskript bei mir, selbst** auf den Rikscha-Fahrten zum und vom Büro in der Botschaft, selbst **während eines lange dauernden Hochwassers**, das bis in meine Wohnung und zum Eingang der Botschaft reichte.

START INS BEFREITE BALTIKUM UND WAS SICH DARAUS ERGAB

Berater für die wiedererrichtete estnische Notenbank im Auftrag der EU-Kommission

Der Vorlauf

Ich war gerade einmal **ein halbes Jahr** im Rahmen meiner auf drei Jahre (1991 bis 1993) angesetzten Abordnung als „**national expert**“ **bei der gerade eingerichteten EU-Kommisions-Einheit PHARE** (= „*Poland and Hungary Aid for Restructuring the Economies*“, dem Vorläufer der Hilfsprogramme für die Assoziations-Kandidaten im östlichen Europa) tätig, als sich **Opposition gegen meine Anwesenheit** aufbaute.

Der EU-Beamte, dem ich zugeordnet war, begann, an mir herumzumäkeln, nicht etwa wegen unzureichender Leistung, sondern mit dem Argument, dass **meine Anwesenheit den Karrieren der EU-Beamten in der Arbeitseinheit abträglich** sei.

Es sei nämlich abzusehen – so der Kern der Kritik - dass die Kommission, eher früher als später, zu ihr abgestellte ältere nationale Beamte für die Restzeit ihrer aktiven Dienstzeit übernehmen werde, was durchaus geeignet sei, die Fortentwicklung der Karrieren ihnen statusgleicher EU-Beamten über einen längeren Zeitraum zu blockieren.

Mir wurde klar: Dagegen anzukämpfen, wäre bestimmt aufreibend, letzten Endes wohl sogar sinnlos. **Niemand würde mich** bei einem zu erwartenden Streit **stützen**, schon gar nicht mein deutscher Dienstherr.

Zur Lösung des Problems schlug ich deshalb folgenden **Kompromiss** vor:

Ich sei zwar entschlossen, für die gesamte restliche Frist der Abordnung bei der Kommission zu bleiben, erklärte mich aber bereit, **als Berater in eines der PHARE-Zielländer** zu gehen.

Dieser Vorschlag wurde von der Kommission akzeptiert und **innerhalb weniger Tage** in die Tat **umgesetzt**.

Ich erhielt den Posten eines **Beraters bei der reaktivierten Zentralbank (= Eesti Pank)** des wenige Monate zuvor überraschend frei gewordenen Estland .

Formale Basis für diese Beauftragung war eine bei *PHARE* kurz zuvor eingetroffene (nicht näher spezifizierte) **Anforderung** der „*Eesti Pank*“ auf Abstellung **eines Fachmannes auf dem Gebiet des Bankwesens**.

Die Kommission **improvisierte** ohne weitere Nachfrage in Estland einen ihr sinnvoll erscheinenden **Auftrag**, der zum Gegenstand meines Beratervertrages wurde.

Es konnte bei einer solchen Konstellation nicht ausbleiben, dass mein **spekulativ formuliertes Mandat in Widerspruch mit der Wirklichkeit** vor Ort geraten würde. **Das geschah** dann auch genau so.

Die estnische **Zentralbank** zeigte sich bei meinem Eintreffen an dem, was die Kommission mir auf den Weg mitgegeben hatte, **teils desinteressiert, teils** war ihr das von der Kommission Angestrebte sogar **unerwünscht**.

Mir blieb daher vor Ort nichts anderes übrig, als mich flexibel **in die gegebenen Verhältnissen im Rahmen meiner beruflichen Qualifikationen** einzupassen.

Baltikum zu Beginn der Wende

Ende **Januar 1992** reiste ich, begleitet von meiner Ehefrau, mit dem Auto über Helsinki an meinen Einsatzort **Tallinn**.

Auf dem Hinweg, noch in Deutschland, kauften wir, wie man uns geraten hatte, einen **Vorrat an haltbaren Lebensmitteln** für die erste Zeit.

Die Fähre von Helsinki nach Tallinn traf spät und deshalb bei Dunkelheit **im völlig unbeleuchteten Hafen** von Tallinn ein.

Ortskundige Mitreisende – keiner von ihnen war mit einem Fahrzeug unterwegs - waren sofort von der Dunkelheit verschluckt und damit verschwunden.

Eine Stelle für die **Grenz- und Zollabfertigung** war **nirgends ausgewiesen**.

Ich konnte aber schemenhaft einen Uniformierten mit einem Schlüsselbund in der Hand ausmachen und folgte dem Mann zu einer Barackentür. Auf Russisch – nicht gerade eine von mir gut beherrschte Sprache - fragte ich ihn, ob er Pässe kontrolliere.

Der Uniformierte, ein **Russe in estnischer Uniform**, erwiderte schlicht „Njet“ und versuchte, mich von der Tür wegzudrängen, um diese abzuschließen; ich aber brachte meinen Fuß zwischen Tür und Rahmen, womit ich ihn daran hinderte.

Dann reichte ich ihm unsere Pässe hin und rief laut das **deutsche Wort „Stempel“**, zugleich eine **Handbewegung wie beim Stempeln** machend.

Der Uniformierte antwortete wieder „Njet“ und klimperte mit dem Schlüsselbund, um anzudeuten, dass er nun gehen und mich stehen lassen werde.

Ich aber liess nicht locker und insistierte ein zweites und ein drittes Mal.

Schließlich bequeme sich die Person, die Barackentür doch noch zu öffnen, Licht einzuschalten, einen Stempel aus der Schreibtisch-Schublade zu holen und – endlich - die **Pässe abzustempeln**.

Dann öffnete er sogar das Torgitter der Fahrzeugausfahrt aus dem Hafen – das ersehnte **Portal zur Freiheit**.

Draußen stand der örtliche „**Koordinator**“ des „**Programmes PHARE**“ ein Däne, den man trotz seines Experten-Ausweises **nicht auf das Hafengelände gelassen** hatte, wo er – vielleicht - den Ankömmlingen über die damals üblichen Hürden hätte helfen können.

Er geleitete uns in das **heruntergekommene „Palace-Hotel“** - heute wieder eine „Erste Adresse“.

Dorthin hatte auch er vor wenigen Tagen gewechselt, nachdem er zuvor in einem ehemaligen Parteihaus einquartiert worden war.

Im Hotel gibt es **zu keiner Zeit etwas zu essen oder zu trinken**.

Der **Zimmerpreis** – natürlich für einige Tage im Voraus in westlicher Währung zu begleichen - war **exzessiv**.

Die **Zimmertemperatur** betrug **tagsüber 14 Grad Celsius, nachts zwei Grad weniger**.

Einmal in der Woche gab es für eine **halbe Stunde heißes Wasch-Wasser**.

Aber es fand täglich, **ab Einbruch der Nacht, Striptease** in einem Barraum unter dem Dach statt. Von den Gästen mitgebrachter Wodka floss in Strömen.

Der junge dänische PHARE-Mann fühlte sich, anders als wir, in diesem Milieu offensichtlich wohl.

Am liebsten hätte ich meinen **EU-Vertrag „gekippt“**, um in Richtung Westen zurückzureisen.

Ich blieb aber trotz der Widrigkeiten „bei der Stange“, weil ich seit meinen Kindstagen gewohnt bin, mich selbst in schier ausweglos erscheinenden Situationen „durchzubeißen“.

Zudem wollte ich mich nicht der Schadenfreude meiner Kollegen in meiner deutschen Heimatbehörde wegen meines Scheiterns im Osten aussetzen.

Schon **nach zwei Wochen** wurde uns mitgeteilt, wir müßten das **Hotel unverzüglich räumen**, da gerade eine **Weltbank-Delegation** eingetroffen sei. Die estnische Regierung habe beschlossen, dass diese Vorrang habe.

Eine Ersatzunterkunft konnten weder das Hotel, noch die Zentralbank anbieten; für die Unterkunft von Ausländern zu sorgen, sei nicht deren Aufgabe.

Ich suchte dennoch den mir schon zugewiesenen **Counterpart bei der „Bank von Estland“** auf und bat ihn um Lösungshilfe. Dieser gab zunächst ebenfalls an, nichts tun zu können.

Schließlich aber vermittelt er uns an eine verdreckte, **ungeheizte Herberge für Lastwagenfahrer**.

Diese Bleibe lehnte ich wegen Unzumutbarkeit ab und wiederholte meinen Wunsch nach einer akzeptablen Lösung des Unterbringungsproblems.

Erst als ich der Zentralbank schließlich **androhte, das Problem mit der Unterkunft unverblümt nach Brüssel zu melden** und zudem damit an die Presse zu gehen, wurde eine Unterkunft in einem – damals ebenfalls heruntergekommenen - **Altstadt-Hotel** (heute, nach seiner Totalsanierung, eines der besten Häuser im gesamten Baltikum) gefunden.

Wir bekamen eine kleine Suite mit einem großen Badezimmer. **Zwischen Klo und Badewanne** konnten wir sogar – verbotener Weise, aber geduldet - mit einem mitgebrachten Elektrokoher **Essen zubereiten**.

Mehrmals am Tage kam eine ältere Hotel-Bedienstete - Typ GULAG-Aufseherin - unangemeldet und ohne Gruß mit Hilfe ihres *Passepartout* ins Zimmer. Jedesma stocherte sie mit einer Stricknadel im Inneren des Fernsehapparates herum und verschwand danach wieder, ohne ein Wort zu sagen.

Auf dem allgemein zugänglichen Flur gab es einen **Kühlschrank**. Stets wurde er „**von Unbekannt**“ **ausgeräubert**, sobald etwas Gutes hineingestellt worden war.

In einer ein wenig größeren Suite über unserer wohnte der **deutsche Botschafter**. Er hatte, anders als wir, sogar einen Kamin im Zimmer. Darin kochte er.

Unter dem Fenster zur Straße **lief die ganze Nacht der Motor eines Geländewagens** der Polizei. Die Schutzleute, Russen in neuer estnischer Montur, **wärmten sich** auf diese Weise.

In dieser Herberge blieben wir drei Wochen, **bis zum Anbruch des Frühlings**.

Da es in Tallinn nichts zu kaufen gab, nicht einmal zu Schwarzmarktpreisen, fuhr meine **Frau wöchentlich einmal** per Fähre **nach Helsinki**, um dort **das Nötigste**, wie etwa Waschmittel, ein paar Becher Joghurt, ein Stück Butter, ein wenig Salat und Gemüse, **einzukaufen**.

(Der mit meiner Frau bekannt gewordene Geschäftsträger Frankreichs bat sie vor einer solchen Einkaufsreise, ihm einen Blumenkohl – für ihn sein Wunschtraum - mitzubringen, was sie auch ausführte.)

Beim Verlassen der Fähre im Hafen von Tallinn war meine Frau bei jeder Rückkehr aus Helsinki **spöttischen Kommentaren** der **Grenz-Kontrollleute** und Zöllner ausgesetzt – damals selbstverständlich ebenfalls **Russen in estnischer Uniform**.

Sie inspizieren die Einkäufe stets gründlich und äußerten, dass **sie** ja nun wüssten, **wo etwas zu holen sei, wenn sie wieder die Macht** in Estland **übernommen** hätten, was, wie sei meinten, wohl recht bald geschehen werde.

Beim Suchen nach einer dauerhaften Unterkunft gerieten wir wiederholt in die Fänge auf harte Währung erpichter Wendezeit-„Beutegreifer“ (die erwartete Beute: eine opulente Erfolgsprämie), von denen aber schließlich keiner eine akzeptable Lösung anbieten konnte.

Ein weiterer Aufenthalts nach den Hotel-Unkerkünften wurde ein kleines Reihenhaus in einer Siedlung **in einem ehemaligen Sperrgebiet** unmittelbar an der Ostsee.

Dort wohnten früher bei Tagungen höherrangiger Funktionäre des Sowjet-Regimes und während der Sommerferien Günstlinge mit ihren Familien.

Neben uns waren dort noch **Angestellte einer finnischen Mineralöl-Firma** untergebracht und ein entsandter **deutscher Lehrer** für „Deutsch an Auslandsschulen“ mit seiner **guatemaltekischen Ehefrau**.

Wir freundeten uns mit dem Paar an und **sprachen** mit der Frau **Spanisch**, was besonders ihr sehr gefiel, da ihr Deutsch lückenhaft war.

Nach wenigen Wochen wurde uns mitgeteilt, dass wir leider ausziehen müssten, weil an diesem Ort eine **mehrtägige geheime Konferenz** – wir fanden heraus, dass es dabei um Arrangements **zwischen Estland und Rußland über den Abbau militärischer Anlagen und die Versorgung in Estland verbliebener russischer Militär-Pensionäre** ging – stattfinden werde.

Wir konnten aber, vor allem vermittelt durch die finnische Mineralöl-Firma – die damals für Estland wegen der prekären Versorgung des Landes mit Erdölprodukten von eminenter Bedeutung war – doch bleiben.

Wir wurden somit passiv an dieser Veranstaltung Beteiligte.

Vor allem die mitwirkenden Russen ergriffen **Maßnahmen, um uns zu überwachen**.

Zu diesem Zweck wurde in an unseren angrenzenden Bungalow eine „Musterfamilie“ - bestehend aus Mann und Frau, beide mittleren Alters, einem „Töchterchen“ mit artiger Schleife im Haar und einem cognac-farbenen Pudel – einquartiert.

Wir trafen uns häufig mit dem deutsch-guatemalteckischen Paar auf der rückseitigen Terrasse des Hauses, die nur durch eine dünne Wand von derjenigen des Nachbar-Bungalows getrennt war.

Gespräche konnte man **von nebenan leicht belauschen**, was die „Ehefrau“ wohl auch - wie wir bald erkannten – unaufhörlich tat.

Sie hatte dabei allerdings ein Problem. Sie **verstand kein Spanisch** und verstand deshalb nicht, worüber wir redeten, was ihren **Überwachungsauftrag konterkarierte**. Davon hatte sie wohl umgehend ihren „Ehemann“ - in Wahrheit wohl ihr **Führungsoffizier - unterrichtet**.

Dieser stellte sich jedenfalls umgehend ein und **fragte** mich, **wer wir seien**.

Ich hatte mir angewöhnt, auf solche Fragen nicht substantiell, sondern mit einer ähnlich gearteten **Gegenfrage** zu entgegnen. So ging ich auch in diesem Fall vor.

Der „Ehemann-Führungsoffizier“ antwortete darauf, er sei ein „*businessman*“. Er wich also ebenfalls aus, was bei mir den **Verdacht erhärtete**, er sei Geheimdienstler.

Er fragte dann weiter, warum wir Spanisch und nicht Deutsch miteinander sprächen. Ich antwortete wahrheitsgemäß, dass dies mit Rücksicht auf die guatemalteckische Ehefrau des anderen Deutschen an diesem Ort geschähe.

Er meinte dann nur noch, dass auch er ein wenig Spanisch verstehe, weil er einmal bei der Kaffee-Ernte in Nicaragua geholfen habe und auch einmal auf Kuba gewesen sei.

Diese kleine Geschichte wäre nicht erwähnenswert, wenn ich nicht – **Jahre später** – Bilder von **Wladimir Putin** im Fernsehen gesehen und dabei sofort das Gesicht des „Geheimdienstlers“ **wiedererkannt** hätte.

Schließlich fand sich doch noch, durch Vermittlung der Vorsitzenden eines Deutschkurse anbietenden Vereins, ein geeignetes Objekt, das wir bis zum Ende des EU-Auftrages bewohnten.

Das Haus war in der Hand des Ehemannes der Vermittlerin (eines ehemaligen Landwirtschaftsministers der „Estnischen Sowjetrepublik“ und danach Chef eines großen „**Sowchos**“ **in der ehemaligen militärischen Sperrzone an der Ostseeküste**, wo sich auch das Haus befand).

Nach der Etablierung formal-demokratischer Verhältnisse in Estland wurde dieser, weil er, nach wie vor, gut vernetzt war, **Bürgermeister in der auf dem Gebiet des früheren Kollektivbetriebes errichteten Kommune**, was ihm **Reichtum**, vor allem **durch Grundstücksspekulation**, bescherte.

Er hatte **behauptet**, das an uns vermietete Gebäude sei **sein Geburtshaus**, was sich später als **Lüge** erwies. Er hatte es lediglich kurz vor der Wende an sich ziehen können und es dann, so gut es damals ging, hergerichtet, um es **lukrativ an betuchte Neuankömmlinge**

vermieten zu können.

Estland in der frühen Nach-Wende-Zeit

Nach der Loslösung von Moskau wurde in Estland, wie auch in den beiden anderen baltischen Ländern, die unerwartet gewährte Freiheit bejubelt.

Das **westliche Ausland** sandte Glückwünsche, **hielt sich** aber, bis auf Nahrungsmittel-Hilfen mit Engagements **zurück**.

Keineswegs alle Esten (ebenso wie Letten und Litauer) **wünschten Demokratie** nach westeuropäischem Vorbild.

Vor allem die alten Kader, allen voran die ehemaligen Geheimdienstler und ihr Umfeld, strebten nach einem **nationalen**, allerdings von Moskau und anderen Kräften – etwa der EU – **unabhängigen**, nur **von ihnen gesteuerten Kommandosystem**.

Bei meinem Eintreffen im eisigen Estland sah dort **alles grau in grau** aus.

Verfall und Schmutz allenthalben, wenige halbverhungerte Tauben auf den Straßen, trübe, den Blicken anderer ausweichende Gesichter, Menschen in Lumpen, Geschäfte mit leeren Regalen - allenfalls mit ein paar gigantischen Einmachgläsern mit in ihnen „herumpaddelnden“ Tomaten „dekoriert“. Gesamteindruck: **Unwirtlichkeit und Trostlosigkeit**.

Nachspionieren, Verdächtigen, Behinderung der Bewegungsfreiheit und geheimdienstliche Verhaltensweisen bei offiziellen und halboffiziellen Bediensteten **dominierten** im öffentlichen und im privaten Leben; einigermaßen gedeihliches **Miteinander der Bürger** schien weiter **entfernt, als selbst in der Sowjetzeit**.

Alle waren sich bewusst, dass die Einrichtungen des sowjetischen Systems zwar verwaist waren, dass deren **Stamm-Personal** aber weiterhin **aus dem Untergrund wirkte**.

Die **Bürger** waren zutiefst **verunsichert** und **fürchteten** einen **Putsch** unter Führung der alten Machthaber, auch wenn niemand genau wusste, ob so etwas geschehen würde und ggf. wann, wo und wie.

Die von mir vom ersten Tage an **demonstrierte Transparenz beim Dokumentieren jeder meiner Handlungen** betrachteten die Beratungsempfänger als eine besonders **ausgeklügelte Verschleierungstaktik**.

Der **Inhalt** meines **Büro-Papierkorbs** wurde **allabendlich** peinlichst auf geheimdienstlich Verwertbares **durchfilzt**. Ich bemerkte das und teilte daraufhin meinem *Counterpart* mit, dass ich mir nicht die Mühe mache, Berichte in zwei Versionen zu verfassen, einer (geheimen) für Brüssel und einer zweiten, die ich der Zentralbank zuleite. Dem aber wurde, zumindest in der Anfangszeit, nicht geglaubt.

Viele Landeseinwohner – sowohl Alteingesessene, als auch mit der früheren Besatzungsmacht ins Land Gekommene – waren damals überzeugt, die **EU und ihre Mitglieder wollten die Gunst der Stunde nutzen**, um mit den Hebeln Beratung und Finanzhilfe die **baltischen Länder erneut zu unterwerfen**. Die „**Brüsseler**“ betrachteten diese als die „**neuen Moskowiter**“.

Steiniger Weg zu einer marktwirtschaftlichen Währung für Estland (und damit zum Euro)

(Ich bin auf die Währungsreform Estlands von 1992 auch auf der Website <https://www.livlaendische-gemeinnuetzige.org> im Blog: „Mitwirkung des Gründers der 'Stiftung Livländische Gemeinnützige' bei Estlands Währungsreform 1992. Können Sie Geld machen, Herr Lewerenz?“ eingegangen.)

Der Präsident der (gerade reaktivierten) Zentralbank, „Eesti Pank“, hatte erst wenige Tage vor meinem Eintreffen sein Amt übernommen.

Sein kurzzeitiger **Vorgänger**, ein **enttarnter KGB-Mann**, hatte, wie es solche Personen in Bedrängnissituationen zu tun pflegen, **alle Unterlagen**, darunter auch meine Bestallungsbelege, **vernichtet**.

Ich **informierte** den Präsidenten **mit** Hilfe mitgebrachter **Kopien (in englischer Sprache)** über die Zusammenhänge; er war damals der einzige in der Zentralbank, der Englisch verstand.

Nach einem ersten raschen Durchfliegen meiner Unterlagen **fragte** er mich, **was ich** in meiner Beratereigenschaft konkret **zu unternehmen gedenke**. Ich **erwiderte** ausweichend, dass ich **Aufträge der Zentralbank** erwarte.

Beim nächsten Treffen hatte der Präsident meinen beruflichen Lebenslauf und meinen EU-Arbeitsauftrag schon eingehender studiert.

Er äußerte bei dieser Gelegenheit, dass er dem **EU-Auftrag** (= Aufbau eines Bankenverbandes und Unterricht in marktwirtschaftlichen Finanzwesen) **keine Vordringlichkeit** beimesse. er habe nämlich derzeit ganz **andere Sorgen**.

Eigenes **nationales Geld** genieße bei ihm derzeit die **höchste Priorität**, sagte er, weil die Lieferung von Rubel-Banknoten aus Russland eingestellt worden sei und weil zudem Sondierungen in **Finnland und Schweden** erbracht hätten, dass man dort **Estland nicht beistehen** könne.

Er sagte, dass er im Lebenslauf von meiner Zeit bei der „Deutschen Bundesbank“ gelesen habe und **fragte unverblümt, ob ich „Geld machen“ könne**.

Ich war zunächst verblüfft und erwiderte deshalb allgemein, dass ich selbstverständlich über Kenntnisse im Geld- und Währungswesen verfüge, vor einer spezifischen Antwort aber **erfahren** müsse, **was dem Präsidenten** denn **als erwünschtes Ergebnis** vorschwebe.

Der Präsident erwiderte, dass er **von derlei Dingen nichts verstehe** und dass er darum auch **kein konkretes Ziel formulieren** könne.

Mir blieb also nichts anderes übrig, als **aus dem Stegreif**, quasi im Handumdrehen, **eigene Vorschläge** zu entwickeln.

Mir wurde sofort klar, dass meine **Mission bereits am Startpunkt zu Ende** sein würde, **wenn** es mir **nicht gelingen sollte, innerhalb von Stunden mit einem durchführbaren Ansatz Vertrauen** aufzubauen.

Ich hätte mein **Versagen** sofort der **EU-Kommission** mitteilen müssen, die daraufhin sicher nicht gezögert hätte, **mich unverzüglich abzuziehen**.

Andererseits erkannte ich aber auch, dass ich **sanktioniert** werden würde, **wenn** in Brüssel **ruchbar** werden sollte, **dass ich mich – weitab von meinem Mandat – auf einem Fachgebiet engagiere, das**

hochrangigen Institutionen (wie etwa den europäischen Zentralbanken – die EZB gab es ja noch nicht – und dem IWF) **vorbehalten** sei.

Um weiterhin bei der estnischen Zentralbank tätig sein zu können, **mußte ich** also, **einerseits**, dem **Wunsch des Zentralbankchefs nachkommen** und, **andererseits**, mein **Tun verheimlichen**.

Der Zentralbankchef hatte wohl meine **Zwangslage** richtig **erkannt** und hat sie dann später auch, für ihn durchaus **karrierefördernd, ausgenutzt**.

Bei einem Folgetreffen (nach meinem intensivem Nachdenken über mögliche **Optionen**) fragte ich den Präsidenten, ob er vielleicht Geld haben wolle, das in irgend einer Weise **an den russischen Rubel anknüpfe**. Der Gefragte erwidert ohne Zögern, dass er gerade das nicht wünsche.

Ich hakte nach und fragte weiter, ob vielleicht eine (temporäre oder endgültige) **Zwischenform zwischen sozialistischem und westlichem Geld** für ihn vorstellbar sei, etwa nach dem Modell dessen, was damals in Polen und der Tschechoslowakei ventiliert wurde. Auch das lehnt der Präsident ab.

Schließlich trug ich - sinngemäß - Folgendes vor:

Wenn keine der beiden Optionen infrage käme, müsse wohl eine zwar **improvisierte, aber dennoch möglichst sichere Neuschöpfung**, möglichst **nach erfolgreichen Vorbildern anderswo**, her.

Das gefiel und wir beschlossen, diesen gedanklichen Ansatz zur Durchführungsreife zu entwickeln.

Ich hatte bei meinem Vorschlag die **Währungsreform in Westdeutschland im Jahre 1948** als **Modell** ins Auge gefasst.

In meinen ersten Berufsjahren war diese Reform noch nicht völlig abgeschlossen; ich hatte ihre **letzte Etappe während meiner Bank-Lehre** in Düsseldorf unmittelbar **miterlebt**.

Nachdem also das Grundsätzliche geklärt war, nahm ich sofort Kontakt zum **Archiv der „Deutschen Bundesbank“** auf und bat, mir möglichst bald einen **vollständigen Satz der 1948er Umstellungsgesetze** zu übersenden. Das Material traf schon wenige Tage später ein.

Es handelte sich um „**Besatzungsrecht**“ und deshalb waren die Gesetzestexte **in drei gleichwertigen Sprachversionen, englisch, französisch und deutsch**, abgefasst. Ich wählte die **englische Version als Referenz** aus.

Am Zustandekommen der Währungsreform Deutschlands hatten seinerzeit **hochrangige Experten aus vier Ländern** – aus den USA, aus Großbritannien, aus Frankreich und aus Westdeutschland - mitgewirkt. **Perfektion** konnte ich deshalb „**blind**“ **unterstellen**.

Ich gelangte zu der Überzeugung, dass **Fehler am ehesten vermieden** würden, wenn aus den beschafften Gesetzes-Texten (in englischer Sprache), möglichst **ohne irgendeinen Abstrich, Regelungen estnischen Rechts** entstehen würden.

Der **Präsident** war überzeugt und **folgte** diesem Vorschlag, wohl auch deshalb, **weil die westdeutsche Währungsreform von 1948** so **erfolgreich** gewesen war.

Eine **Kommission des „Estnischen Kongresses“** - dem Vorläufer des damals noch nicht etablierten estnischen Parlaments – wurde unverzüglich mit dem **Ingangsetzen einer**

Währungsreform nach dieser Maßgabe beauftragt.

Übersetzungen der Modell-Gesetzestexte (abgesehen vom Austauschen der Bezüge zu Westdeutschland durch solche zu Estland) **in die Landessprache** wurden angefertigt **und**, wie vorgeschlagen, umgehend als nationale Gesetze **verabschiedet**.

Es wurde zudem beschlossen, **neue Banknoten**, abgesehen von einem geringen **Kopfgeld** für jeden registrierten Einwohner Estlands, künftig **nur gegen konvertible ausländische Zahlungsmittel** auszugeben.

Die neue Währung wurde gesetzlich bezüglich ihres Außenwertes fest **an die „Deutsche Mark“ gebunden**.

Am Zustandekommen dieser Regelung habe ich nicht mitgewirkt. Wenn ich damals gefragt worden wäre, hätte ich wohl eher für ein „floating“ des Währungs-Wertes – vielleicht innerhalb einer gewissen Bandbreite – gestimmt.

Es wurde eine **Relation von acht „Estnischen Kronen“ zu einer „Deutschen Mark“** festgelegt.

Dabei inspirierte man sich an der damaligen Relation von „Österreichischem Schilling“ zu „Deutscher Mark“.

Wegen der Anbindung des neuen estnischen Geldes an die „DM“ riet ich dem Präsidenten zu einem **Besuch bei der „Deutschen Bundesbank“ noch vor der Durchführung der Währungsreform**, was ebenfalls zustande kam.

Der **Bundesbank-Präsident** erklärte bei dem Besuch seinem estnischen Gast, dass man zwar **keinen Einwand** für die Wahl der DM als Anker habe, dass **aber** Estland in dieser Sache **keinerlei Hilfe** von seiner Institution erwarten könne.

Um die gleiche Zeit erhielten die **baltischen Staaten die Verfügungsgewalt über** die seit Beginn des „Zweiten Weltkrieges“ **bei der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich-BIZ“ lagernden Goldreserven zurück**, wodurch sie in die Lage versetzt wurden, die **Mitglieder-Pflichtbeiträge beim „Internationalen Währungsfonds - IWF“ und bei der „Weltbank“** zu begleichen.

Kurz darauf traf eine erste Delegation des „IWF“ ein. Sie zeigte sich sehr **erstaunt über die großen Fortschritte beim Schaffen eines marktwirtschaftlichen Währungswesens**.

Besonders beeindruckte sie das so rasch zustande gebrachte **gesetzliche Rahmenwerk** der Währung und – nicht zuletzt – die sprachlich **perfekte Übersetzung der Umstellungsgesetze in Englische**.

(Dass ihnen die englischen Fassungen der Währungs-Umsstellungs-Gesetze für Westdeutschland aus dem Jahre 1948 vorgelegt worden waren, erfuhren sie nie.)

Über die Qualität der 1992 angefertigten Übersetzung dieser Texte ins Estnische hat sich nie jemand geäußert, weder von Muttersprachlern, noch von anderen.

(Letztendlich ist deren Güte irrelevant, weil in Fachkreisen nur die Version in englischer Sprache eine Rolle spielt.)

Meine Teilhabe an der Reform wurde **verschwiegen**; **ich selbst zeigte mich**, um Risiken bezüglich meines EU-Auftrages zu vermeiden, den IWF-Leuten **nicht**.

Die estnischen **Banknoten wurden in Großbritannien gedruckt. Münzen sollten mit einer aus der Vorkriegszeit stammenden Prägemaschine**, die sich noch immer im Besitz der Zentralbank befand, **hergestellt werden**.

Beim ersten Test **brach ein wesentliches Teil dieser Maschine**. Ersatz war nicht vorhanden. Deshalb wurde ein **neues Gerät** beim Hersteller der alten Maschine, einer Firma in Baden-Württemberg, **geordert**.

Die Zeit für die Fertigung der Münzen drängte, weil das Datum der Währungsreform näher rückte.

Die vom Hersteller benannte **Lieferfrist** war **abgelaufen**, aber die **Prägemaschine** war **nicht eingetroffen**.

Die Zentralbank nahm mich – aufgrund meiner Eigenschaft als Angehöriger der deutschen Bundesregierung (in sowjetischem Sinne also als zur „**Nomenklatura**“ gehörend) - „**moralisch in Haft**“.

Man forderte mich auf, die Sache schleunigst in Ordnung zu bringen.

Ich **rief bei der Württemberger Firma an**, wo man mir - nach dem anfänglichen Erstaunen, dass sich jemand auf Deutsch aus Estland meldete – die Antwort gab, dass die Zentralbank die vertraglich **fällige Anzahlung ohne Begründung schuldig geblieben** sei und dass die Maschine deshalb zwischenzeitlich an den ukrainischen Besteller eines gleichartigen Gerätes ausgeliefert worden sei.

Man sei **bereit, pünktliche Anzahlung vorausgesetzt, ein neues Gerät zu liefern**, doch das erfordere einen **Vorlauf von mehreren Monaten**, da es sich um eine Einzelanfertigung handele.

Diese Auskunft leitete ich an die Leitung der Zentralbank weiter, die sie kommentarlos zur Kenntnis nahm. **Münzen** mussten schließlich **im Ausland geprägt** werden.

Als Zwischenlösung wurde zusätzlich **Papiergeld für kleine Nennwerte** – da dafür keine besonderen Sicherheitsvorkehrungen erforderlich waren – **im Lande selbst gedruckt**.

Über meinen *Counterpart* in der Zentralbank nahm ich auch an der Diskussion über die Festlegung des **Termins für die Währungsumstellung** teil.

Der *Counterpart* brachte einen – von ihm eher **witzig gemeinten – Vorschlag** ein:

Man solle die Zeit wählen, in der die **neuen Kartoffeln aus der Erde** schauen, sagte er. Alle lachten.

Ich aber dachte über die Anmerkung nach und kam zur Einsicht, dass dieser **Vorschlag „den Nagel auf den Kopf“ treffe** und äußerte das auch.

Ich lieferte auch die inhaltliche Begründung, weil mir eingefallen war, dass auch die **westdeutsche Währungsreform von 1948 etwa gleich terminiert** gewesen war, woraus ich ableitete, dass für West-Deutschland die „**Kartoffel-Verbindung**“ ebenfalls als **wahrscheinlich** zu unterstellen war.

Geht die Reform gut aus – so meine Überlegung - **ernten die Esten im Herbst des Reformjahres Kartoffeln, die gegen das neue Geld verkauft werden können, während die Saatkartoffeln noch mit dem „alten“ Rubel bezahlt worden waren. Schlägt die neue Währung aber fehl, wäre dennoch die Ernährung der Bevölkerung, zumindest für eine gewisse Zeit nach der Ernte, wenigstens zu einem wesentlich Teil, gesichert**.

Die Anwesenden konnten sich dieser Erkenntnis nicht verschließen; Applaus gab es aber weder für mich, noch für den *Counterpart*.

Die **Ausgabe des neuen Geldes** wurde auf **Ende Mai** angesetzt.

Die Kartoffeln durchbrachen, pünktlich wie immer, die Erdkruste. Die **Währung brach – entgegen russischen „Unkenrufen“ - nicht zusammen**, sondern gedieh.

In dieser Arbeits-Gruppe wurde ein weiteres **wichtiges Detail** der Währungsumstellung

entscheidungsreif gemacht, nämlich die **Behandlung von Rubel-Sparguthaben bei der „Hoiupank“** (= Spar- oder Depositenbank, seit der Neuordnung des estnischen Zentralbankwesens im Jahre 1923 eine Tochter der Zentralbank, die in der Sowjetzeit in die - noch heute arbeitende - russische „Sberbank“ integriert worden war und die nach der Wende wieder aus diesem Verbund gelöst wurde).

Es wurde festgelegt, **Kleinspareinlagen** (bis zu einer, nach heutigen Maßstäben, eher geringfügigen Maximalsumme) **zum Tageskurs** des „Russischen Rubel“ am Stichtag der Währungsumstellung **in „Estnische Kronen“ zu konvertieren, darüber hinausgehende „Rubel“-Guthaben aber auf - nicht umzustellende - Sonderkonten zu verbuchen.**

Zudem wurde vereinbart, dass **derjenige, der weder über ein unter dem Maximum liegendes Sparguthaben, noch über ausreichende Mengen an „Rubel“ in bar verfügt, ein „Kopfgeld“ in „Estnischen Kronen“ erhalten soll.**

Die Kleinsparer-Lösung begünstigte vor allem einkommensschwache Esten, die schon in der Sowjetzeit und, vor allem in der Zeit danach, den größten Härten ausgesetzt waren.

Es wurde erwartet, die von dieser „**Wohlfahrtsmaßnahme**“ Begünstigten würden das Geld sofort abheben und es für irgendwelche Konsumgüter ausgeben. Doch das Gegenteil geschah.

Die Armen bewiesen ihr Vertrauen in den Staat, indem sie ihr erstes neues Geld, trotz ihrer Not, längere Zeit **unangetastet** liessen.

Sie **trugen damit wesentlich zur Stabilität der neuen Währung** in der kritischen ersten Zeit nach deren Einführung **bei.**

„Russische Rubel“ waren zwar nach der Währungsumstellung in Estland – aber nur dort - nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel. Sie blieben aber in Rußland – und auch im übrigen Ausland - werthaltig.

Die Zentralbank hielt die **eingezogenen „Rubel“ unter Verschluss.**

Ich fragte nach, was man mit diesem Geld zu unternehmen beabsichtige und erhielt die – wenig überzeugende - Antwort, dass man vorhabe, das eingezogene „**Besatzergeld**“ **einfach verkommen zu lassen.**

Mein Vorschlag, das **russische Geld** etwa **für die Regulierung von Altlasten aus der Sowjetzeit** zu verwenden, wurde verworfen.

Ein paar Monate nach der Durchführung der Währungsreform bestiegen eines Morgens bei Dienstbeginn gemeinsam mit mir und einer anderen Zentralbank-Bediensteten **drei ungewaschene, nach Schnaps riechende Personen in schmutziger Uniform,** wie es schien Kaukasier, den **Fahrstuhl im Verwaltungsgebäude der Zentralbank.**

Solche Leute haben in einer Zentralbank nichts zu suchen, dachte ich mir, sagte aber – verständlicherweise - nichts.

Die drei verließen den Lift auf der **Etage des Präsidenten-Büros.** Die mit mir im Fahrstuhl anwesende Frau hielt neugierig die Fahrstuhl-Tür ein wenig auf, um zu erkennen, zu welcher Tür diese fragwürdigen Typen gehen würden; es schien, dass sie sich tatsächlich in Richtung des Präsidenten-Büro bewegten.

Einige Tage später las ich eine kurze Notiz in der „**Frankfurter Allgemeinen Zeitung**“ über einen „**Rubel-Skandal**“ **in Estland.**

Ich führte mein Aufzugs-Erlebnis mit dem Gelesenen zusammen.

Zwei Jahre später wurde die Sache aufgrund eines ausführlicheren **Artikels in der gleichen Zeitung** (= „**Der Sturz der Regierung in Tallinn**“. **Frankfurter Allgemeine Zeitung - FAZ. 28.09.1994. Nr. 226, S. 6**) vollständig klar:

Zitat aus dem Artikel:

„Beim Rubelskandal geht es darum, dass die Regierung Laar 1992, nach der Einführung der Kroon-Währung, die eingetauschten Scheine im Werte von 2,3 Milliarden Rubel, damals etwa 35 Millionen Kroon, nicht, wie mit Moskau vereinbart, an Rußland geliefert, sondern für knapp 2 Millionen Dollar, etwa 25 Millionen Kroon, als „Altpapier“ an „unbekannte Ausländer“ verkauft hatte. Nach Zeitungsberichten sollen die Rubel in Tschetschenien gelandet sein.“

Für den **Verbleib des Erlöses** aus dieser Transaktion habe ich einige handfeste Indizien:

- In jenen Tagen fragte mich mein *Counterpart* nach einer **Modellsatzung für eine betriebliche Wohnungsgenossenschaft**. Er begründet diese Anfrage mit einem **Angebot des Chefs der Zentralbank** an deren Mitarbeiter, ihnen als Entschädigung für die Mehrarbeit bei der Währungsreform **finanzielle Hilfe beim Erwerb privatisierter Plattenbau-Wohnungen** zu gewähren, ein Angebot, das man selbstverständlich annehmen wolle, wofür aber ein geeigneten Träger, etwa eine Genossenschaft, erforderlich sei.

- Just in jenen Tagen erhielten zudem alle **Abteilungsleiter**, auch mein Ansprechpartner, einen **funkelnagelneuen „Opel-Astra“ für dienstlichen Gebrauch**, mit der ausdrücklichen Erlaubnis, die Wagen auch privat nutzen zu dürfen (wenn sie – wie mein *Counterpart* berichtete - den Treibstoff selbst bezahlen).

Nicht nur dem Verfasser, auch einer damals zufällig anwesenden **Mitarbeiterin der „Finnischen Zentralbank“** fiel das auf, was von ihr mit der kurzen Bemerkung „**Das stinkt**“ kommentiert wird.

Meine Beobachtungen wurden von der Leitung der Zentralbank **bemerkt**. Ich wurde **fortan geschnitten** und bei der „**EU-Kommission**“ **als wenig kooperationsbereit angeschwärzt**.

Der **Präsident der „Eesti Pank“** gab – für Außenstehende damals **überraschend** – seinen **langfristigen, gut dotierten Posten auf** und wandte sich der **Politik** zu. Er bekleidete in mehreren Regierungen hohe Posten. Jahre später wurde er „**Kommissar**“ für Estland in der „**EU-Kommission**“.

Abschließend noch ein **weiterer Aspekt bezüglich der „Eesti Pank“**, der für das Bemühen um die **Renaissance eines auf den Nutzen für das Gemeinwesen und auf die Bürgerschaft ausgerichteten Finanzwesens** Bedeutung erlangen könnte:

Die schon kurz angesprochene „**Estnische Sparbank**“ (= *Eesti Hoiupank*) wurde bald nach der estnischen Währungsreform **an die „Swedbank“ übertragen**.

Es ist bis heute unklar, welchem der Zweck diese **Aushändigung des „Tafelsilbers“ Estlands an eine ausländische Geschäftsbank** diene, **welche Gegenleistung** die „*Swedbank*“ leistete und, vor allem, **ob die Transaktion legal war** oder nicht, beziehungsweise, **ob sie vielleicht sogar von Anfang an unwirksam war**.

Ich bin jedenfalls der Meinung, dass Estlands **Zentralbank** bei der „*Hoiupank*“-Transaktion **die Grenzen ihrer Befugnisse überschritt**.

Zu ihren Freiheiten gehörte jedenfalls nicht, so meine Meinung, die **Verfügungsgewalt** über Objekte, in diesem Falle die zwar in ihrer Obhut stehende „*Eesti Hoiupank*“, weil das weit **außerhalb ihrer Freiheiten als zentrale Währungsbehörde** lag.

Es könnte sich zeigen, dass die Ungültigkeit der Übertragung der „*Eesti Hoiupank*“ an die „*Swedbank*“ Estland die Möglichkeit gäbe, **Restitution „in natura“** zu verlangen.

Die „*Swedbank*“ könnte wohl **kaum** einwenden, seinerzeit **gutgläubig** gewesen zu sei.

Die (restituierte) „**Estnische Sparbank**“ könnte – so mein weiterer Gedankengang im Sinne dieser Aufzeichnung - als **gemeinnützige** Einrichtung – anknüpfend an ihre historische, allenfalls Grundausrichtung – als „ **Holding**“ und „**Zentralbank**“ **für selbstverwaltete Finanzeinrichtungen des Bürgertums** (sprich: **Genossenschaftliche Banken, Versicherungen auf Gegenseitigkeit** und andere Einrichtungen dieses Typs, etwa **Förderinstitute in kommunaler Hand**) fungieren.

Kondensate als Denk- und Handlungsanregungen

Wenn ein politisches System zusammenfällt, gelingt es zunächst „Aasgeiern“, sich zu bereichern, da keine organisierte Gegenwehr vorhanden ist. „Freibeuter“ sind in solchen Zeiten sofort zur Stelle und greifen ohne Zögern zu.

Die ihnen zugefallene **Handlungsfreiheit verführt moralisch Schwache in Zeiten ungesicherten Rechts** und **schwacher Rechtsdurchsetzung zu Rücksichtslosigkeit gegenüber der Gesellschaft.**

Literarische Befassung mit dem baltischen genossenschaftlichen und kommunalen Bankwesen

Aus meinen Erfahrungen bei meinem Einsatz für die **EU-Kommission in Estland**, in Verbindung mit meinen Beziehungen zum „**Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. - DSGV**“ (vor allem während meiner Zeit bei der deutschen Botschaft in Lima) und der aus der gleichen Zeit stammenden mit dem „**Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband – DGRV**“ erwuchs mein Buch „**Banken im Baltikum – Gestern. Heute. Morgen?**“ (ISBN 3-7819-0590-X, erschienen 1997 im Verlag „Fritz Knapp GmbH“, Frankfurt/M.)

(Siehe zum Entstehen des Buches auch die Anmerkungen im Kapitel „Bangladesch“.)

Im Gefolge der Beratung der Zentralbank von Estland (*Eesti Pank*) 1992/93 lernte ich auch die dortigen **finanzwirtschaftlichen Hinterlassenschaften der Sowjetzeit** im Bankwesen kennen, deren früheres Leitungspersonal nicht nur versuchte, sich in der für diese neuartigen marktwirtschaftlichen Umgebung zu orientieren, sondern zudem seine aus dem Sowjetsystem stammenden Verbindungen möglichst gewinnbringend (weniger für die von ihm vertretene Institution, sondern zu allererst für sich selbst) zu nutzen.

Diese Bemühungen erregten weniger mein Interesse, als vielmehr die Frage nach den **historischen Wurzeln dieser Kreditinstitute**, wobei ich von Anfang an vermutete – wie es sich später als zutreffend erwies - dass diese fast alle auf schon weit vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges existierende Institute zurückgingen.

Wenn auch der **Zugang zu den baltischen Archiven gleich nach der „Wende“** noch sehr **schwierig** war, konnte ich doch viel aufschlussreiches Material zusammentragen und es mit Funden in deutschen Archiven ergänzen.

Daraus ergab sich ein **erster Entwurf des Buches**, mit dem ich beim „DSGV“ vorstellig wurde, weil ich erfahren hatte, dass die Öffnung im Osten dessen Interesse an der Entwicklung des frei gewordenen Baltikums geweckt hatte.

Der Türöffner für mich bei der Sparkassen-Gruppe waren effektive Hilfen, die ich dieser während meiner Zeit an der deutschen Botschaft in Peru - jenseits meiner eigentlichen Aufgaben - erbracht hatte.

Die **deutsche Sparkassengruppe** ventilierte damals die **Idee, eine der privatisierten Banken in Estland zu erwerben**.

Als Ausweis, dass dahinter nicht nur ein rein geschäftliches Interesse stand, sondern dass man an einer das **gemeinnützige Kreditwesen** betreffenden gedeihlichen Entwicklung dieses Landes interessiert sei, wurde eine in diese Richtung weisende Analyse benötigt.

Es fand sich im Umfeld des Verbandes aber niemand, der so etwas hätte liefern können.

Mein **Buch-Entwurf füllte die Lücke**, was dazu führte, dass sich der Präsident des Verbandes der Fertigstellung des Buches persönlich annahm und sogar seinen persönlichen Referenten für diesen Zweck abstellte.

Die **Fertigstellung ging von da ab zügig** voran. Der Verband legte zwar Wert darauf, Besonderheiten des Sparkassenwesens im Buch anzusprechen, sah aber von einer fundamentalen Gestaltung des Werkes nach seinem spezifischen Interessen ab.

Er gewann zudem einen **renommierten deutschen Fachverlag**, mit dem man sich rasch handelseinig wurde, weil der Verband sich verpflichtete, von ihm eine **grössere Zahl Druckexemplare** zu einem recht **ansehnlichen Preis** zu erwerben.

(Die deutsche Sparkassen-Gruppe hatte damals ein **Auge auf die „Eesti Ühispank“**, = Estnische Unionsbank, geworfen, weil diese ihre Wurzeln in einer den Sparkassen ähnlichen Bank aus der Vorkriegszeit hatte.)

Das **Buch wurde fertig**, doch die **Transaktion** des Bankerwerbes kam letztendlich **nicht zustande**.

Zu jener Zeit war die „**Swedbank**“ **ebenfalls auf Partnersuche** im Baltikum. Deren Favorit war die „**Hansapank**“, eine Neugründung nach der Wende, welche sie schließlich erwarb.

Der „**DSGV**“ und die „**Swedbank**“ **diskutierten** – als befreundete, weil beiderseits im europäischen Sparkassenwesen verankerte Gruppierungen - **ihre jeweiligen Einstiegs-Absichten**.

Schließlich konnte die „**Swedbank**“ den „**DSGV**“ davon überzeugen, sich **zurückzuziehen**, um so eine **Konkurrenz unter „Brüdern“ zu verhindern**.

(Die „Ühispank“ ging übrigens letztendlich an die „**SEB - Stockholms Eskilda Banken**“, die zuvor schon die „Bank für Gemeinwirtschaft“, die Bank, bei welcher ich einst gearbeitet hatte, zusammen mit der Vermögensmasse des „**Crédit Lyonnais**“ übernommen hatte.)

Das Buch hatte durch diese Wendung für den „**DSGV**“ seine Bedeutung eingebüßt. Eine **ansehnliche Zahl noch nicht verteilter Exemplare** wurde mir zur **Verwertung nach meinem Gutdünken** überlassen.

Ich stellte in etwa gleiche Partien **allen drei baltischen Ländern** über deren diplomatische Vertretungen in Deutschland **zur Verfügung**.

Man bedankte sich für die Bücher. Was danach mit der Spende geschah, entzieht sich seiner Kenntnis. Ich gehe

aber davon aus, dass alles bei den Archiven der baltischen Länder gelandet und dort noch heute verfügbar ist.

(Ein Indiz: Kürzlich fragte mich – per Mail - ein **lettischer Forscher**, der das **Buch** dort **in einer Bibliothek** entdeckt hatte, nach gemeinnützigen Alternativen zur im Baltikum dominierenden, allein gewinnorientiert arbeitenden Kreditwirtschaft.

Daraus schließe ich, dass mein Werk weiterhin Interessierten, nicht nur in Lettland, sondern auch in Archiven in den beiden anderen baltischen Ländern vorhanden ist.)

BEZÜGE ZUR ÖSTLICHEN OSTSEE IN MEINEM FAMILIEN-LEBEN

Mein langer Weg von der Ostsee in die Welt und wieder an die Ostsee zurück

Die **Ostsee hat mich** seit meiner frühen Kindheit **geprägt**. Ich konnte aber erst gegen Ende meines Berufslebens in die Gegend meiner Herkunft zurückkehren.

Als ich nach meiner Wanderung durch die Welt - am Ende des vorigen Jahrhunderts - wieder in der Ostseeregion eintraf, spürte ich gleich so etwas wie **heimatliche Vertrautheit**.

Nicht zuletzt diese Grundstimmung bewog mich, **in der Nähe der estnischen Kleinstadt Haapsalu/Hapsal (gemeinsam mit meiner inzwischen verstorbenen) Ehefrau einen heruntergekommenen (Rest-)Bauernhof vom Ende des 19. Jahrhunderts** zu erwerben, ihn herzurichten und zu unserem zweiten Wohnsitz zu machen.

Seit zwanzig Jahren pendele ich nunmehr **zwischen Estland und Deutschland**. Im Mai reise ich für die Sommermonate dorthin und kehre im Herbst wieder an meinen deutschen Wohnsitz zurück.

Ostsee-Familie

Meine **Vorfahren**, väterlicher- wie mütterlicherseits, lebten **über mehrere Generationen im ehemaligen Königsberg**, ihre familiären Wurzeln hatten sie jedoch in anderen europäischen Gegenden.

Der Vermittler meines Familiennamens ist ein **unehelich geborener Ur-Ur-Großvater** aus Anklam.

Die großmütterliche Linie auf mütterlicher Seite geht auf **in Preußen angesiedelte Salzburger** zurück.

Die großväterliche Linie liegt im Dunkeln. Wahrscheinlich entstammte der **Großvater** einer **sephardischen, in Preußen „assimilierten“, niederländischen Familie**.

Die väterliche Großmutter hatte **Vorfahren im Memelgebiet**, einige mit deutschen, andere **mit litauischen Wurzeln**. Über den väterlichen Großvater weiss ich nur, dass er „**vereidigter Buchprüfer**“ war.

Besonders intensiv waren in meinen frühen Kindestagen die **Beziehungen zu der sehr agilen mütterlichen Großmutter**.

Sie **führte** nach dem frühen Tod ihres Ehemannes in Königsberg **selbständig eine Bäckerei** und wurde, anders als die väterliche Großmutter, für damalige Verhältnisse, recht wohlhabend.

Meine **Eltern** waren **den Nationalsozialisten** durchaus **zugeneigt**, wie die meisten anderen Familienmitglieder, mütterlicher- und väterlicherseits, **ebenfalls**.

Der **Vater** hatte seine **Jünglingszeit als Soldat im Ersten Weltkrieg** zugebracht.

Dessen unrühmliches Ende **radikalisierte** ihn.

Schon **in den 20er Jahren** trat er der NSDAP bei, was ihm, trotz eher umständebedingter geringer Schulbildung eine **bescheidene Beamtenkarriere** bescherte.

Kurz **vor meiner Geburt** wurde er aber wegen parteischädigenden Handelns **aus der Partei ausgestoßen** und **verlor** damit auch sein **Amt**; die **Familie** war damit **mittellos**.

Beide Eltern waren gelernte **Bankkaufleute**. Sie arbeiteten bei der „**Bank der ostpreußischen Landschaft**“ (der Grundkreditbank der Gutsbesitzer, die **nach dem „Endsieg“ der Nationalsozialisten die zentrale Landwirtschaftsbank für den eroberten Osten** werden sollte), wo sie eine intime Beziehung eingingen.

Meine **Mutter** wurde – **als Ledige** – mit mir **schwanger**.

Die **Ehe**, die mein Vater Jahre zuvor eingegangen war (und aus der es zwei mir und meinen Geschwistern gegenüber verheimlichte Kinder hervorgingen) wurde (**mit** einer „**fadenscheinigen**“ **nationalsozialistischen Begründung**) rasch **geschieden**; unmittelbar darauf **heirateten** meine Eltern.

Ich wurde somit **in eine bestehende eheliche Beziehung hineingeboren**.

Mein **Vater** wurde im Rahmen der Aufrüstung **bald Berufssoldat**; er war der Armee als Veteran aus dem „Ersten Weltkrieg“ durchaus willkommen.

(Die Mutter hatte als Ledige bereits in der Wirtschaftskrise Ende der 20er Jahr ihre Anstellung verloren).

Trotz ihrer **prekären** wirtschaftlichen **Situation** errichteten die Eltern **1935** ein **Einfamilienhaus** in einem Königsberger Vorort.

Bei Kriegsbeginn gehörte mein **Vater** einer **Gendarmerie-Einheit** an, die **in Litauen** eingesetzt wurde. Es gibt starke **Indizien**, dass er – direkt oder indirekt – an den **Greueln** in diesem Land beteiligt war.

Aus der Retrospektive ein schlagkräftiger Verdacht:

An einem **Sommerabend im Jahre 1942** traf er **mit** einigen **Soldaten-Kameraden** und einer deutsch-litauischen Soldaten-Freundin zu einem **Wochenend-Heimat-Besuch** in einem Opel-Blitz des Heeres auf dem elterlichen Anwesen ein.

Wir drei Kinder wurden früh ins Bett geschickt und waren deshalb am nächsten Tag schon früh wach.

Wir gingen in den Garten und fanden dort „Schnapsleichen“.

Das berichteten wir der Mutter, die uns erklärte, dass die Gäste so viel Schlimmes an der Front gesehen hätten, dass sie das im Schnaps hätten ertränken müssen.

Ob sie von dem wusste, was diese Litauen-Einheiten, zu denen mein Vater gehörte, angerichtet hatten oder ob sie unwissend war, weiss ich allerdings nicht.

In der Nachbarschaft des Eltern-Hauses gab es eine (**als Feuerwehrschießschule getarnte**) **paramilitärische Ausbildungsstätte** unter **Leitung** des – **berühmten** – **Ostpreußen-**

Gauleiters Erich Koch, der in den ersten Kriegsjahren ganz in der Nähe meines Elternhauses mit der „**Organisation Todt**“ (ab 1943) eine **unterirdische Munitionsfabrik** aufbaute, in der **ukrainische Zwangsarbeiterinnen** schufteten, was ich, der damals Siebenjährige, hautnah erfuhr.

Dazu ein mir unvergessener Beleg:

Meine Mutter schickte mich **mit** für sie überflüssig gewordenen **Baby-Sachen** zu dürftig mit Planen abgedeckten **Erdhöhlen**, in denen die **Ukrainerinnen mit ihren Säuglingen** untergebracht waren.

Die Babies waren allein, denn die Mütter mussten tagsüber in der Munitionsfabrik arbeiten.

Ich **hinterließ die Sachen an einem Höhleneingang** und machte mich rasch aus dem Staub.

Dies beweist, dass sicher nicht nur meine Mutter von den Zwangsarbeiterinnen, ihren Kindern und deren miserablen Lage wußte, sondern dass dies – durch Mund-zu-Mund-Kommunikation – den meisten am Ort durchaus bekannt war.

Um nicht selbst in den Verdacht der Kollaboration mit feindlichen Kräften zu geraten, wurde ich – das unschuldige Kind – für die Mission ausgewählt. Damit bin ich aber auch der einzige noch lebende Zeuge dieses Geschehens.

Ich kann noch über ein weiteres, für die **Verhältnisse „unter dem Hakenkreuz“** beispielhaftes Kindheits-Erlebnis berichten:

Ebenfalls in der unmittelbaren Nachbarschaft unseres Hauses wohnte die **Familie Conze**. Die Kinder der Familie waren unsere Spielgefährten.

Werner Conze, der Familienvater, bereitete sich damals auf seine **Habilitation (als Historiker) an der Universität Königsberg** vor.

(Er wurde von den Nationalsozialisten unterstützt, weil er deren „**Blut-und-Boden**“-Ideologie **akademisch verbrämte**. **Nach dem Krieg** fand er – bis zu seinem irdischen Ende – **unbeschadet** eine neue akademische Heimat an der **Universität Heidelberg**.)

Eine eigentlich banale, aber dennoch für die Nazizeit aufschlußreiche weitere **Beobachtung bei den Conzes**:

Wir Geschwister gingen – wie schon oft zuvor – morgens in deren Garten, um mit deren Kindern zu spielen.

Auf der Terrasse saßen **Vater Conze und ein Besucher**. Vor sich hatten beide einen **großen Teller mit Wurst**, was allein uns Kindern schon wie ein **Blick in das unerreichbare „Schlaraffenland“** anmutete. Es kam aber noch **dicker**: Beide **aßen die Wurst ohne Brot**, eine **Ungeheuerlichkeit** für uns **auf Verzicht getrimmte Kinder**, was sich aber gerade deshalb aber in mein Gedächtnis eingebrannt hat.

(Jahrzehnte später fand ich heraus, wer der damalige **Tischgenosse** des Werner Conze war. Es war **Theodor Schieder**, ein sich ebenfalls gerade habilitierender **Historiker, ebenfalls ein Favorit der Nazis**.

Theodor **Schieder** lehrte – ebenfalls unangefochten - nach dem Kriege an westdeutschen Hochschulen und wurde **an der Universität Köln im Jahre 1974 mit allen akademischen Ehren verabschiedet**.

Anmerkung: **Bert Gerharts** hat dazu im „**Kölner Stadtanzeiger**“ Nr. 295 vom 17.12.2004 einen sehr erhellenden Artikel, mit Bezügen zu den mit Schieder verbundenen Personen, darunter namentlich angegeben, Werner Conze, verfasst. Großen Widerhall fand dieser der Artikel aber nicht.)

Ein Jahr nach mir wurde mein **Bruder** geboren, der **1945** in Rostock, wohin meine Familie auf der Flucht nach Westen gelangt war, an Typhus **starb**.

1940, also noch in Ostpreußen, erblickte eine Schwester das Licht der Welt. Eine **weitere Schwester** wurde **1945** (in Rostock) geboren.

Meine **Familie** wurde **im Herbst 1944** (angeblich wegen der bombengefährdeten Munitionsfabrik, wahrscheinlich aber, um Zeugen von fragwürdigen Vorgängen um diese fernzuhalten) in den sog. Warthegau **evakuiert**, von wo sie **Anfang 1945 floh**, zunächst auf die Insel **Rügen**, dann nach **Rostock** und schließlich nach **Niedersachsen**.

1947 eröffneten die Eltern in einem Dorf **in Süd-Niedersachsen** ein kleines **Geschäft**, das sie **bis 1951** betrieben.

1952 wurde mein **Vater** bei der gerade entstandenen „**Bank für Gemeinwirtschaft Nordrhein-Wesfalen AG**“ in Düsseldorf **angestellt**, dorthin vermittelt durch ehemalige Kollegen aus Königsberg.

Anfang 1953 **starb** er, der **Ernährer der Familie**, an einer unheilbaren Krankheit.

Die Mutter, ebenfalls ehemalige Kollegin derjenigen, die meinen Vater an die Bank vermittelt hatten, fragte diese um Rat für die Lösung ihrer gravierenden wirtschaftlichen Probleme.

Mir wurde bei dieser Gelegenheit als **Nothilfe** eine **Lehrstelle bei der Bank** angeboten, obgleich ich die eigentliche Voraussetzung, die Hochschulreife, noch nicht erreicht hatte.

Mir ist durchaus bewusst, dass die **nationalsozialistische Zeit zu meinem Leben** gehört. Manche mögen mich, wegen der Verstrickungen der Eltern, sogar – verachtungsvoll - als „**Nazi-Brut**“ einstufen.

Daran kann ich nichts ändern. Ich habe aber gelernt, mich **mit meiner Herkunft und den Gesellschaftsstrukturen**, in die ich hineingeboren wurde, kritisch **auseinanderzusetzen**, was ich bei meinem Gang durch die Welt vielerorts und auf vielfache Weise auch praktiziert habe.

Mein **Augenmerk** richtet sich besonders **auf die Regionen an der östlichen Ostsee**, weil ich mit diesen seit meiner Geburt verbunden bin und weil ich diesen Umstand als die „**in mich eingebrannte**“ **Herausforderung** betrachte, mich **für die gedeihliche Entwicklung der Länder in dieser europäischen Region einzusetzen**.

Dazu gehört mein Einsatz für eine **starke Bürgergesellschaft**, vor allem in denjenigen Landstrichen im Osten, die in das **Zerstörungswerk der Nazis** besonders tief hineingezogen wurden, wozu die baltischen Länder an vorderer Stelle gehören.

Einheirat in eine Familie „Bergischer Adliger“ mit Beziehung zum Baltikum

Meine **Ehefrau Christa** spürte in Estland und in Lettland **familiären Verbindungen zu Livland** nach.

Ihr **Vater**, damals schon verstorben, hatte ihr nämlich **angedeutet**, dass sie, von seiner Familienseite, **aus adligem Hause** stamme. Sein Beruf, Werkmeister bei Krupp in Essen, sprach allerdings nicht gerade dafür.

Er berichtete ihr, ein väterlicher Großonkel trage eigentlich den **Familiennamen „Graf Berg“**, den er aber in den einfacheren, bürgerlich klingenden Namen **„Lohberg“**

umwandelte, weil er Gewerkschaftler war und Adlige nicht in dieses Milieu passten.

Sein Geschlecht gehöre zu den „Grafen Berg“, den Namensgebern des „**Bergischen Landes**“.

Man habe von Verwandten gehört, dass ein gewisser „**Graf Berg**“ in russische Dienste getreten, wodurch er nach Livland gelangt und zu Ehren und Wohlstand gelangt sei.

Christa verfolgte seine Spur, die zu einem livländischen „**Grafen Berg auf Sacknitz**“ (= auf estnisch: *Sangaste*) führte.

(Diese Person ist in Estlands Geschichte durchaus bekannt; sie wird im Volksmund als „**Rukki-Kraaf**“, = Roggen-Graf, bezeichnet. Dieser Herr von Berg wurde vom Zaren wegen seiner **Verdienste um die Erzeugung von guten Roggen für die Ernährung von Truppe und Volk** mit dem **Titel eines (russischen) Grafen** ausgezeichnet; er hätte demnach den Grafen-Titel also in doppelter Version geführt.)

Ausgestattet mit diesem ersten Ergebnis fuhr meine Ehefrau, von mir begleitet, im tiefen Winter 1992 nach *Sangaste*.

„Graf Berg“ hatte dort, (in der Nähe des Mausoleums des russischen Generals Barclay de Tolly) eine seinem Stande angemessene **Residenz im Geschmack des 19. Jahrhunderts** gebaut.

Herrenhaus, Wirtschaftsgebäude - Stallungen, Brennerei und Palmenhaus - und der ansehnliche Park waren zwar **heruntergekommen, aber** in ihren wesentlichen Bestandteilen **noch vorhanden**.

Wie Ortskundige mitteilten, wurde der **landwirtschaftliche Betrieb** noch in den **20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts** von einem „Grafen Berg“, sicherlich ein Nachkomme des Erwähnten, bewirtschaftet. Er ging aber in **Konkurs** und das Anwesen kam in staatliche Obhut.

Im Herrenhaus war ein mit echten Delfter Kacheln verkleideter Termin erhalten, auf denen die Namen des letzten Hausherrn, seiner Ehefrau und seiner Kinder eingebraunt waren.

Das **Herrenhaus war in der Sowjetzeit von den „Jungen Pionieren“ genutzt** worden, was die Ausstattung der Kollektiv-Toilette klar zeigte.

Arbeiter des ehemaligen *Kolchos Sangaste* hatten nach der Wende das Haus, eher schlecht als recht, zu einer **Gästepension** umgestaltet.

Dort wurden wir **für die Nacht einquartiert**.

Es gab nur russische Militär-Eisenbetten mit harten, klammen, klumpigen, mit usbekischer Baumwolle gefüllten Matratzen und Oberbetten, dazu ein paar einfache, aber funktionierende elektrische Heizkörper.

Uns wurde eine nach nichts schmeckende, aber heiße, Suppe und etwas trockenes Schwarzbrot gereicht. Zu trinken gab es nur Wasser.

Das Kaminfeuer verlöschte früh, weil kaum Brennmaterial vorhanden war. **Draußen** herrschten **20 Grad Minus**. Die Kälte kroch immer weiter in den Raum vor.

Es blieb uns nur übrig, früh in die kalt-klammen Betten zu steigen. Die schwachen Elektroheizer kamen nicht richtig gegen die Kälte an.

Wir zitterten dem Morgen entgegen und verließen den Ort nach einem mickrigen Frühstück.

Christa wollte überdies herausgefunden haben, dass **eine Tochter dieses „Roggen-Grafen“ nach Essen verheiratet** worden war.

Der Vater habe nur Töchter gehabt, dafür aber viele. Für eine anständige Aussteuer reichten die Mittel nicht, doch er habe auf diese Weise eine zumindest **einigermaßen standesgemäße, den familiären Wurzeln nahe Verbindung** zustande gebracht.

(Die **Familien-Angelegenheit** blieb **nebulös**, für mich sowieso, aber auch für Christa, weil ihre noch lebenden Verwandten nicht weiter recherchierten. Sie hatten einfach **kein Interesse** an den Vorfahren.)

Christa hatte weiter gebohrt und meinte, noch **weitere Hinweise auf baltische Verwandtschaft** entdeckt zu haben.

Sie forschte im Adelsregister im lettischen Staatsarchiv nach einer vermuteten **Familien-Linie**, die im Ort **„Erlaa in Livland“** ansässig gewesen sein sollte.

Aus dem Abgleich einer historischen Karte von Livland (hier eingefügt) mit einer modernen Straßen-Karte ergab sich, dass **„Erlaa“**, **lettisch „Ērgli“**, tatsächlich existiert.

Christa und ich fuhren dorthin und befragten den freundlichen Bürgermeister. Er sagte, den Namen *Erlaa* höre er zum ersten Mal.

Er stellte aber spontan eine **deutsch sprechende Russin** für einen Rundgang durch die nähere Umgebung ab.

Die Dame führt uns zu einer **Burgruine am Ortsrand**; sie bemerkte, dass sie eigentlich nichts von der Geschichte des Ortes wisse.

Es wurde rasch klar, dass die fast vollständig verwitterten Trümmer wohl schon Jahrhunderte dort lagen, dass dies also nicht der gesuchte Ahnen-Sitz sein konnte.

Etwas abseits zeigte sich jedoch ein recht **gut erhaltenes stattliches Haus**, das durchaus der gesuchte frühere Herrnsitz hätte gewesen sein können.

Die **Begleiterin** bemerkte unser Interesse und **blockte sofort ab**, weshalb wir die weitere Erkundung aufgeben mussten.

Sie liess uns nur noch wissen, das gesichtete Gebäude sei ein **Altenheim** und könne schon deshalb keinesfalls der gesuchte Ort sein.

Es liegt nahe, dass sie vermutete, wir würden versuchen, selbstverständlich ohne Rücksicht auf die Alten im Heim, **fragwürdige Besitzansprüche** durchzusetzen.

SCHLUSSWORTE

Der Leser hat mit meinen Darstellungen nicht nur erfahren, was ich meine, zur Rückkehr der Genossenschaften ins Wirtschafts- und Gesellschaftsleben der baltischen Länder beitragen zu können.

Er hat auch gelesen, was mich auf meinem Weg von der Ostsee in die Welt und zurück bis

zu meinen Aktionen in Estland und den anderen beiden baltischen Ländern begleitet hat.

Die dargestellten Erlebnisse in meinem Leben haben nicht alle etwas mit meinem genossenschaftlichen Engagement zu tun; die beschriebenen Ereignisse – ich habe nur eine kleine Auswahl von ebenfalls berichtenswerten Erlebnissen in die Darstellung eingebunden – weil ich keine Memoiren im Sinn hatte.

Ich wollte nur mit einigen ausgewählten Beispielen zeigen, was mich bis heute, also bis in mein Alter von nunmehr 85 Jahren, stets gedanklich begleitet.

Ich habe diese Aufzeichnung unternommen, weil ich, trotz vieler Rückschläge, immer noch hoffe, dass sich Personen finden, die meine Gedanken aufgreifen und Initiativen zu einer zukunftssicheren Gestaltung der baltischen Länder unter Berücksichtigung des baltischen kulturellen Erbes entweder selbst in Gang setzen oder sie zumindest unterstützen.

Mir ist durchaus bewusst, dass sich erste greifbare Ergebnisse wohl erst nach meinem Ende zeigen werden.

Weil der Weg aber in jedem Fall steinig und lang sein wird, wollte ich mit dieser Aufzeichnung einen Anstoss geben, ihn wenigstens zu beginnen.

Sollte jemand zu der Meinung gelangen, dass es ratsam wäre, mich in Vorhaben in diesem Sinne einzubinden, bin ich zu ehrenamtlicher Mitarbeit bereit, solange ich lebe und dazu gesundheitlich in der Lage bin.